Die Stromkrise S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 28 – 16. Juli 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Der nächste Gefahrenherd für den Euro: Wenn Italien im Schuldensumpf versinkt, befürchten Experten eine Katastrophe. Bild: pa

Am Rande der Panik

Nun auch noch Italien: Die Euro-Regierungen sind mit ihrem Latein am Ende

Das Gerede über eine „Verdoppelung des Rettungsschirms“ für Italien ist nichts als ein Ausweis der Hilflosigkeit. Die Verantwortlichen wissen nicht weiter.

Eine an Panik grenzende Nervosität hat die europäischen Hauptstädte ergriffen, seit nun auch Italien in die Riege der „Wackelkandidaten“ hinab zu sinken droht. Schon die Rettungsschirme für die Schulden Griechenlands, Portugals und Irlands haben die Zahlerländer an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit getrieben. Italiens Volkswirtschaft ist mehr als doppelt so groß wie jene der drei Pleiteländer zusammen. Eine „Rettung“ nach dem bisherigen Muster ist daher völlig illusorisch.

Dass dennoch von einer Verdoppelung des Euro-Rettungsschirms auf 1500 Milliarden Euro geredet wird, ist Ausweis der beängstigenden Hilflosigkeit der politischen Akteure. Sie flüchten sich in die Aufblähung offenkundig gescheiterter Instrumente, weil sie schlicht nicht weiter wissen. Während die Euro-Finanzminister noch daran tüfteln, wie man Griechenlands Schulden strecken könne, um einen hellenischen Staatsbankrott („Umschuldung“) zu vermeiden, sprechen es selbst prominente Politiker mittlerweile offen aus: Griechenland sei nicht zu retten, offenbarte Ex-Finanzminister Peer Steinbrück, die „Umschuldung“ sei unvermeidlich.

Allerdings könnte der letzte mögliche Zeitpunkt für eine „geordnete Teilinsolvenz“ bereits verstrichen sein. Dafür wäre ein Mindestmaß an Vertrauen nötig, so Finanzexperten. Dieses Vertrauen aber habe die Politik durch ihre falschen, wirklichkeitsfremden Versprechen, ihr gnadenloses Schönreden und den Bruch unzähliger Regeln selbst soweit zerstört, dass Hellas vermutlich in einen chaotischen Zusammenbruch steuere.

> Hellas steuert auf einen chaotischen Zusammenbruch zu

Der Groll der Politik richtet sich abermals auf die Rating-Agenturen. Dass die Agenturen weder neutral noch uneigennützig agieren, ist dabei eine Binsenweisheit. Allerdings waren es die europäischen Politiker, welche dem Urteil der Agenturen selbst quasi Gesetzesrang einräumten. Das rächt sich nun an allen.

Wieder wurde jetzt die Idee einer europäischen Rating-Agentur als Gegengewicht zu den US-Firmen aufgeworfen. Indes: Erstens gibt es bereits europäische Rating-Agenturen. Zweitens würde eine weitere, auf Initiative der EU gegründete Agentur sofort in den Verdacht geraten, Gefälligkeitsurteile zu fällen.

Es ist ein berechtigter Verdacht: Österreichs Kanzler Werner Faymann verlangt von den Agenturen mehr „Einfühlungsvermögen“ in die Probleme der Europäer. Was das heißen kann, ist längst bekannt: Als EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia (Spanien) schon 2005 die Ungereimtheiten der griechischen Haushaltszahlen zur Sprache bringen wollte, vergatterte ihn der portugiesische EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Ganz im „europäischen“ Sinne wurde seither einfühlsam über Athens Phantasie-Zahlen hinweggesehen – bis es zu spät war. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Panzer, Pech und Pannen

Nun gehen auch unsere Politiker in den Sommerurlaub. Wären sie Schulkinder, würde man ihnen wohl für ihre unbefriedigenden Leistungen zur Strafe das Ferienlager streichen. Die Liste der Eintragungen ins Klassenbuch ist lang. Da sind die von der Koalition nicht aus Einsicht, sondern aus politischem Opportunismus beschlossene Energiewende, die dilettantische Einführung des Biosprits, den keiner haben will, und die internationale Blamage in der Libyen-Frage. Dann ist da noch der Plan, die Steuern zu senken, wobei die Wähler längst durchschaut haben, dass es dabei nur um Schützenhilfe für die „Steuerpartei“ FDP geht, damit die 2013 wenigstens die Fünf-Prozent-Hürde schafft. Mit dem Latein am Ende, fällt den Regierenden beim großen Thema Euro-Rettung nichts Besseres ein, als unser Geld unverdrossen ins klamme Ausland zu verschieben. Bei alldem macht die Opposition auch keine gute Figur. Mit dem Atomausstieg müsste doch eigentlich ihr Herzenswunsch in Erfüllung gegangen sein, aber sie nörgelt munter gegenan, weil nicht sie, sondern die anderen es gemacht haben. Und in Sachen Panzer-Deal mit despotischen Wüstensöhnen feierte sie voll inszenierter Empörung eine Orgie parlamentarischer Heuchelei. Dass sie es besser können, bewiesen die Abgeordneten in der PID-Debatte. Vom Fraktionszwang befreit, rangen sie, nur ihrem Gewissen verpflichtet, leidenschaftlich um die beste Lösung. Ganz einig waren sie sich dann wieder, als sie sich noch schnell vor den Ferien die Diäten erhöhten. Eigentlich müssten unsere Politiker zur Strafe eine Ehrenrunde drehen. Aber das kann wohl niemand wirklich wollen.

Moral der Etappe

Beim Rüstungsexport ging es immer auch um Wirtschaftspolitik

Als im Bundestag über das mögliche Panzergeschäft mit Saudi-Arabien debattiert wurde, blieb die Regierungsbank leer. Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Kabinett schweigen dazu und verweisen auf ihre Geheimhaltungspflicht. Eisern bleiben sie dabei, das heikle Geschäft weder zu bestätigen noch zu dementieren. Dafür überließen sie es einigen Abgeordneten der Regierungsfraktionen, es gleichwohl vor dem Parlament mit strategischen Argumenten zu rechtfertigen. Da war von Saudi-Arabien als Garant für Stabilität in der Region die Rede, von außenpolitischer Verlässlichkeit und der Zustimmung Israels und der USA. Die Gegner führten Demokratiedefizite in dem Wüstenstaat an und äußerten die Befürchtung, die Scheichs könnten die 200 deutschen Panzer gegen ihre aufmüpfige Bevölkerung einsetzen. Außerdem dürften Leopard-Panzer als „Symbole der Aggression“ grundsätzlich nicht exportiert werden.

> Deutschland weltweit an dritter Stelle

Das wirkt indes wenig überzeugend, ist Deutschland doch gerade in Zeiten der rot-grünen Koalition zum drittgrößten Rüstungsexporteur der Welt aufgestiegen. Dabei wurde auch Saudi-Arabien großzügig mit modernstem Kriegsgerät ausgerüstet. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1998 waren die „Friedensbewegten“ plötzlich in der Realität angekommen. An der deutschen Rüstungsindustrie hängen nämlich über 80 000 Arbeitsplätze. Ohne die Exportaufträge kann sie ihre Produktionskapazitäten nicht mehr auslasten, denn die Bundeswehr fällt wegen fortdauernder Truppenreduzierungen und Kürzungen im Wehretat als wichtigster Kunde weitgehend aus. Bei dem Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien, dessen Volumen auf etwa zwei Milliarden Euro geschätzt wird, geht es nicht nur um Sicherheitspolitik oder Menschenrechte, sondern auch um Wirtschaftspolitik und Arbeitsplätze. *Jan Heitmann*

Camouflage beendet

CDU-Haushaltspolitiker fordert Länderfinanzausgleich für die EU

Bislang hatten nur Euro-Skeptiker den Vorwurf erhoben, die Euro- werde zur Transferunion. Nun ist mitten aus dem Lager der Kanzlerpartei CDU die Forderung nach einem Länderfinanzausgleich für die Europäische Union erhoben worden. Georg Schirmbeck, immerhin Bundestagsabgeordneter und dort Schatzmeister der Landesgruppe Niedersachsen seiner Fraktion, sagte gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung", ähnlich wie in Deutschland die reichen Bundesländer die ärmeren unterstützten, müsse in Europa ein Finanzausgleich zwischen dem leistungsstarken Norden und dem strukturschwachen Süden entwickelt werden. Bei den Haushalts- und Finanzpolitikern im Bundestag reife die Einsicht, dass mit Sparmaßnahmen und Euro-Rettungsschirmen Griechenland, Spanien und Portugal auf Dauer nicht geholfen sei.

> Kritik nur aus CSU und FDP

Widerstand gegen diese unverblümte Forderung nach der Transferunion ist seitens der etablierten Parteien bisher nur aus der CSU und der FDP bekannt geworden. „Wer einen europäischen Finanzausgleich fordert, treibt die Idee der europäischen Einigung in den Ruin“, kommentierte der Unions-Obmann im Bundestagsfinanzausschuss und Vorsitzende der CSU-Mittelstands-Union, Hans Michelbach, den Vorschlag seines Fraktionskollegen. Wer einen europäischen Finanzausgleich wolle, müsse auch sagen, welche Ausgaben im eigenen Land er dafür kürzen wolle.

Der FDP-Finanzexperte Frank Schäffler nannte den Vorstoß von Schirmbeck „absurd“. Schon in Deutschland seien dadurch die Verschuldungsprobleme von Bremen, Berlin und dem Saarland nicht gelöst worden. Diese Bundesländer hingen vielmehr dauerhaft am Tropf der Geberländer. *M.R.*

MELDUNGEN

Paradies für Sportler

Moskau – Wie 2014 in Sotschi sollen alle Organisatoren und Teilnehmer der Fußballweltmeisterschaft 2018 Steuererleichterungen erhalten. Eine enstprechende Vereinbarung mit dem Weltfußballverband FIFA wird im Herbst unterzeichnet. Alle Organisationen, die mit der Weltmeisterschaft zu tun haben, werden demnach für die Zeit der Spiele steuerfrei in Russland agieren können. Firmen und Organisationen können Valuta in unbegrenzter Höhe ein- und ausführen. Mitarbeiter der Fußball-WM benötigten weder eine Arbeitserlaubnis noch ein Visum für die Dauer von fünf Monaten. Mitreisende Fans können Mehrfachvisa zu erleichterten Bedingungen erhalten. Für sie will man sogar kostenlose Transfers zu den verschiedenen Austragunsorten einrichten. *MRK*

CDU droht Facebook-Party

Hasloh – Dem CDU-Ortsverband in Hasloh bei Hamburg droht Ungemach. Beim sozialen Netzwerk Facebook hat die Ortsvorsitzende Dagmar Steiner zum Sommerfest eingeladen. Der Haken dabei ist, dass es ihn nicht gibt. Steiner hat nämlich vergessen, beim Kästchen „private Veranstaltung" einen Haken zu setzen. Innerhalb kurzer Zeit haben sich bereits Hunderte zu der Veranstaltung angesagt. Es fehlt auch nicht an hämischen Bemerkungen, denn gerade die Union tut sich mit der Forderung hervor, Facebook-Partys zu verbieten und deren Verursacher für die Folgen schadenersatzpflichtig zu machen. Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) fordert sogar einen „Führerschein" für alle Internet-Nutzer. So mancher CDU-Ortsfürst würde den wohl nicht bestehen. Die CDU in Berlin-Spandau fleht nach einer ähnlichen Panne, von weiteren Zusagen abzusehen und in Freiburg-Vauban hat sie ihre Veranstaltung wieder gelöscht. Im hessischen Dietzenbach dagegen will man die ungebetenen Gäste abschrecken: durch eine drastische Anhebung des Bierpreises. *J.H.*

»Schweigender Protest« in Minsk

Revolution durch soziale Netzwerke? – »Kämpfen nicht um ein Stückchen Wurst, sondern um die Freiheit«

Nach seiner umstrittenen und vom Westen nicht anerkannten Wiederwahl im Dezember ging der weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko mit großer Härte gegen Kritiker seiner Herrschaft vor. Mehrere ehemalige Präsidentschaftskandidaten ließ er auf Jahre ins Gefängnis werfen, die Opposition gilt inzwischen als enthauptet. Trotz einer nie dagewesenen Welle von Massenrepression regt sich weiter Protest. Nach arabischem Vorbild organisieren sich Oppositionelle über elektronische soziale Netzwerke, um Anhänger und Sympathisanten auf die Straße zu bringen.

Der östliche EU-Nachbarstaat erlebt derzeit die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion vor 20 Jahren. Der hauseigene Rubel, wegen seiner einstigen Hasenmotive auf den Banknoten als „Sajtschiki" belächelt, war seit jeher von Inflation gebeutelt, und wer es sich leisten konnte, tauschte überschüssige Mittel in harte Währung um. Doch seit Jahresbeginn zerrinnt den Menschen das sauer erarbeitete Geld buchstäblich unter den Händen. Im Mai musste die Regierung in Minsk den Rubel um mehr als ein Drittel gegenüber dem Dollar abwerten.

Der Zuwachs an Kaufkraft, den Lukaschenko den Beschäftigten der Staatsbetriebe vor der Wahl mit einer willkürlichen Lohnerhöhung um bis zu 50 Prozent bescherte, um gut Wetter zu machen, ist längst wieder aufgezehrt. Seit dem Frühjahr sind Versorgungs- und Devisenengpässe spürbar. Die Preise von Grundnahrungsmitteln wurden eingefroren, woraufhin einige Geschäfte nicht mehr neu beliefert wurden. Hamsterkäufe sogar von Seife und Salz fegten die Regale leer. Hauptstadtbewohner berichten von astronomisch hohen Preisen bei nicht reglementierten Gütern.

Massive Inflation und Versorgungsengpässe drohen nun die Grundlage des stillen Gesellschaftsvertrags zwischen Lukaschenko und seinem Volk zu brechen: die Hinnahme von Willkürherrschaft, Rechtlosigkeit, Korruption und milliardenschwerer Bereicherung des Staatschefs und seiner Entourage gegen die Verheißung politischer Stabilität und Berechenbarkeit sowie die Erfüllung von Konsumwünschen der entstehenden Mittelschicht. Viele Weißrussen haben sich in den vergangenen Jahren einen bescheidenen Wohlstand erarbeiten können und sind vom Raubtierkapitalismus mit Massenverarmung wie im östlich angrenzenden Russland bislang verschont geblieben.

Und so wächst trotz scharfer Unterdrückung jeglicher Opposition die Protestbereitschaft gegen den Autokraten Lukaschenko. Vor kurzem kam es an einem Grenzübergang zu Polen zu spontanen Unmutsbekundungen und Rangeleien mit der Miliz gegen das neue Verbot, das in Belarus billige Benzin auszuführen – was in der Praxis bedeutet, nicht vollgetankt in EU-Länder fahren zu dürfen (*PAZ* berichtete).

Nicht mehr nur eine vereinzelte Aktion sind mittlerweile die über Facebook koordinierten „schweigenden Proteste" der Bewegung „Revolution durch soziale Netzwerke". Diese sind insoweit von einer neuen Qualität, als sie mit vorher nicht gekannter Regelmäßigkeit stattfinden, und das abseits von Wahlkampagnen. Wie jeden Mittwoch seit dem 8. Juni rief die Bewegung auch vergangene Woche wieder zu friedlichen Demonstrationen gegen das Lukaschenko-Regime auf. Nicht nur in der Hauptstadt Minsk, sondern in fast allen Gebietshauptstädten des Landes – auch das ein Novum – waren so meist junge Erwachsene zu zentralen Schweigekundgebungen in den Zentren zusammengeströmt – ohne Sprechchöre, Handzettel, Transparente oder Armbinden, auch ohne die verbotene historische weißrot-weiße belarussische Nationalflagge, bisher sicheres (Selbst-)Erkennungszeichen der Opposition. Nur das gemeinsame Klatschen oder Aufstampfen als einzigem Ausdruck von Protest unterschied die Teilnehmer von zufällig flanierenden Passanten.

Massen-Verhaftungen durch Zivilbeamte von der Straße weg

Der Sicherheitsapparat reagierte indessen gewohnt rigoros und griff zum probaten Mittel der Massenverhaftungen. Nach Angaben der weißrussischen Menschenrechtsorganisation „Viasna" wurden nach Versammlungen am 22. Juni landesweit 460 Menschen von der Straße weg eingesperrt, allein in Minsk etwa 160; am Mittwoch darauf noch einmal 250, am Nationalfeiertag am 3. Juli mindestens 300 (siehe *PAZ* Nr. 27). Nach der immer gleichen Vorgehensweise stoßen Milizionäre in zivil die ohne Angabe von Gründen Verhafteten in bereitgestellte Gefängnisbusse ohne Nummernschilder, darunter auch ausländische Journalisten. Etliche Dutzend der „Zugeführten" wurden in den vergangenen Tagen und Wochen in Schnellverfahren zu Arresten von sieben bis 14 Tagen Dauer verurteilt.

In einem trotzigen offenen Brief an Lukaschenko machten die Initiatoren des schweigenden Protestes den Präsidenten persönlich für die Repressionen verantwortlich. Seit Wochen wiederhole sich das Gleiche: „Personen mit unklarer Berechtigung, die sich nicht ausweisen, schlagen unter Verletzung der Verfassung und anderer von Ihnen unterzeichneter Gesetze der Republik Belarus friedlich eingestellte Bürger, die ruhig in den Straßen ihrer Städte spazieren gehen."

Die anonymen Autoren unterstrichen, „unter allen Umständen" weitermachen zu wollen. Die Einschüchterungen würden die Demonstrationen nicht beenden, bald würden Zehntausende von Menschen ihre Angst verlieren. „Wir kämpfen nicht um ein Stückchen Wurst und um 20 Dollar zusätzlich, sondern um die Freiheit", heißt es in dem Brief, den die Agentur BelaPAN verbreitete.

Auf einer Pressekonferenz des ukrainischen Internetportals „Obozrjewatjel" zur aktuellen Lage im Nachbarland äußerten Politikexperten die Ansicht, dass ein ernsthafter Widerstand in Weißrussland gerade erst entstanden sei. Nach Meinung des Politologen Wladimir Gorbatsch vom westlich orientierten Institut für Euro-Atlantische Zusammenarbeit in Kiew könnten schon im Herbst „unumkehrbare politische Umwälzungen" für den Fall eintreten, dass nicht mehr Hunderte, sondern Tausende Lukaschenko-Gegner verhaftet würden. „Die wirtschaftliche Situation verurteilt sowohl die Regierung wie auch die Gesellschaft zum Konflikt", so der Politologe.

Gegenwärtig ist trotz wachsenden Zulaufs die Zahl der schweigend Protestierenden noch immer gering. Selbst in der Zwei-Millionen-Stadt Minsk dürften es bisher nur wenige Tausend gewesen sein. *Christian Rudolf*



„Verhaftungen friedlicher Bürger": Zivilpolizisten drängen klatschende Demonstranten ab. Bild: pa

Die Schulden-Uhr:

Wo bleibt nur das Geld?

Angesichts der stetig wachsenden Verschuldung könnte man meinen, dass der Staat unterfinanziert wäre. Aber davon kann keine Rede sein, auch wenn gerade von linker Seite gerne darauf verwiesen wird, dass die Einkommenssteuer gar nicht so hoch sei. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn in Deutschland kommen zur Einkommenssteuer noch unverhältnismäßig hohe Sozialversicherungsbeiträge. So kommt es, dass in der Bundesrepublik ein alleinstehender, durchschnittlicher Arbeitnehmer 2009 mit 41,3 Prozent direkten Abgaben belastet wurde. Zum Vergleich: In Italien waren es 29,3 Prozent, in Frankreich 27,7, in Großbritannien 25,3, in den USA 22,4, in der Schweiz 21,5, in Japan 20,1, in Spanien 19,7 und in Südkorea gar nur 11,8 Prozent. *M.R.*

1.963.900.670.345 €

Vorwoche: 1.962.542.464.747 €
Verschuldung pro Kopf: 24.038 €
Vorwoche: 24.021 €

(Dienstag, 12. Juli 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Offene Fragen bleiben

Bundestag genehmigt Präimplantationsdiagnostik

Die umstrittene Präimplantationsdiagnostik (PID) wird nach einer Entscheidung des Bundestages unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland zugelassen. Mehrheitlich stimmten Abgeordneten aller Parteien, nur dem eigenen Gewissen unterworfen, für den Antrag von Ulrike Flach (FDP). „Mehr als ein Dammbruch" sei im Gesetz enthalten, kritisierte die Grünen-Abgeordnete Katrin Göring-Eckart die Entscheidung des Bundestages. Betroffene Frauen würden nun zunehmend unter Druck geraten, die PID wie die heute bereits vorgeschriebenen Untersuchungen während der Schwangerschaft anzuwenden. Andere Verbotsbefürworter kritisierten, dass die nun umgesetzte Gesetzesvorlage offen lasse, bei welchen genetischen Krankheiten die PID gelten solle. Ilja Seifert (Linke) warnte allgemein vor der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung.

Innerhalb jeder Fraktion fanden sich sowohl Gegner wie Befürworter der PID. Lautstark und ostentativ applaudierte etwa Jürgen Trittin (Grüne), als Sozialministerin Ursula von der Leyen für die PID plädierte und auf die vermeintliche Notlage betroffener Paare verwies. Auf ihnen laste die Verantwortung vor Gott, vor dem ungeborenen Leben und den eigenen Kindern. Ihrer Gewissensentscheidung müsse Raum gegeben werden. Mit ähnlichen Argumenten war in den 80er-Jahren für die Freigabe der Abtreibung und die „soziale Indikation" plädiert worden, die nach Schätzungen von Lebensschützern bis heute acht Millionen Ungeborene in Deutschland das Leben gekostet hat.

Gegner befürchten gezielte Selektion vor der Geburt

Bei der PID fürchten die Gegner jedoch noch eine andere Dimension. Es geht um die Festlegung bestimmter genetischer Standards vor der Geburt. In einigen Ländern werden bereits weibliche Embryonen aussortiert, weil der spätere Brautpreis zu kostspielig ist. Davon wollte Flach, Initiatorin des letztlich erfolgreichen Antrags, nichts wissen. Sie behauptete, dass die PID den Betroffenen „die Entscheidung für ein Kind erleichtern" könne. Es handle sich nur um wenige hundert Fälle pro Jahr. Auch Peter Hintze (CDU) unterstützte sie darin und wollte die Menschen nicht einer rigiden Moral durch das Strafgesetz unterwerfen.

Weitgehend unbeeindruckt blieben die Abgeordneten mehrheitlich von den Warnungen von Kirchenvertretern und dem höchsten europäischen Gericht. Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Robert Zollitzsch, hatte die PID als „gezielte Selektion" bezeichnet. Auch der Rat der Evangelischen Kirche (EKD) hatte die PID mehrheitlich abgelehnt. Das hinderte den Vorsitzenden des Rates, Nikolaus Schneider, jedoch nicht daran, Wasser in den Wein seines eigenen Gremiums zu gießen. Die PID sei „keine Selektion", behauptete er.

Der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof, Yves Bot, bekräftigte kurz vor der Bundestagsentscheidung, dass dem menschlichen Embryo ab dem Zeitpunkt der Befruchtung Menschenwürde zukomme. Darauf wies der gesundheitspolitische Sprecher der christdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Peter Liese, hin. In dem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ging es um den Antrag des Bonner Forschers Oliver Brüstle, der menschliche Embryonen patentieren lassen will. *HEB*

Locken mit Zinsen

Ausländische Banken entdecken deutsche Anleger

Wie erklärt eine Bank ihren Kunden, dass sie für Tagesgeld nicht einmal ein Prozent bezahlt, wenn Institute wie die Bank of Scotland mit über zwei Prozent werben? Bisher hatten derartige Lockangebote nur für begrenzte Anlagebeträge und für eine begrenzte Zeit gegolten, doch die Bank of Scotland wirbt nun damit, genau das nicht zu tun, und versucht so, das Geld deutscher Sparer einzusammeln. Das Kreditinstitut mit Hauptsitz in Edinburgh ist nicht das einzige, das die deutschen Anleger für sich entdeckt hat.

Da etablierte deutsche Banken ihren Kunden für die überwiegend kurzfristig und konservativ angelegten Gelder trotz einer Inflation von über zwei Prozent und Erhöhung der Leitzinsen nur geringe Zinsen zahlen, ist es für die „Ausländer" einfach, hier billig Geld zu bekommen. Seit April geht die russische VTB und seit dem 1. Juli die niederländische ABN Amro mit ihrer Tochter Moneyou in Deutschland auf Kundenfang. Aber auch in der Finanzkrise gestrauchelte Banken wie die IKB und die Commerzbank kämpfen mit höheren Zinsen um Tagesgelder. Ein Grund für die Entdeckung der deutschen Sparer sind die 2013 in Kraft tretenden international gültigen Eigenkapitalvorschriften, bei denen Kundengelder viel zählen. Außerdem hat die Finanzkrise gezeigt, dass es sinnvoll ist, bei der Refinanzierung nicht zu sehr auf den Kapitalmarkt zu setzen. Zudem kann man hier billig angeworbenes Geld im weltweiten Geschäft gewinnbringend einsetzen. Die neuen Mitbewerber setzen die deutschen Banken unter Druck, sie müssen höhere Zinsen zahlen – was nur gut für den Kunden ist, solange der Preiskampf nicht ruinöse Züge annimmt. *Bel*

Falsche Stelle?

Von THEO MAASS

Ein alter Freund von mir ist zum fünften Mal Vater geworden. Inzwischen ist das Kind so groß, dass es auf den öffentlichen Spielplätzen seine Zeit verbringen kann. Dort im bürgerlichen Charlottenburg fühlt sich mein Freund jetzt fremd. Bekopftuchte Mütter klären ihn auf: Schweinefleischwürstchen seien schmutzig, er solle erst mal den Koran lesen, damit er weiß, was „richtig“ ist und überhaupt: Ist denn ihr Junge schon beschnitten? Ich kenne meinen Freund nun seit 25 Jahren, immer war er optimistisch und lebensfroh, aber jetzt ist er etwas deprimiert. Ich frage mich: Ist das Rassismus oder türkische Leitkultur in Deutschland?

Dieser Tage beginnt ein Prozess gegen vier Ausländer. Die damals 14- bis 18-jährigen jungen Männer aus dem Irak, dem Kosovo, Bosnien und Kenia sind nach Deutschland gekommen, weil dieses Land großzügig ist, ihnen Asyl gewährt hat oder aus humanitären Gründen darauf verzichtet hat, sie wieder in ihre Heimat abzuschieben. Das Quartett hatte im Februar einen 30 Jahre alten Malergesellen grundlos ins Koma geprügelt und ihn dabei rassistisch beschimpft: „Scheiß-Deutscher“ (*PAZ* berichtete). Erstmalig wird in Deutschland nun auch das rassistische Motiv der Tat bei dem jetzt beginnenden Prozess eine Rolle spielen, obwohl es bereits in der Vergangenheit eine Vielzahl von deutschfeindlichen Übergriffen gegeben hat.

Über Rassismus gegen Deutsche reden? Für manche ein inakzeptabler Tabubruch. Der Berliner „Tagesspiegel“ schimpft: „Die Rassismus-Debatte beginnt – leider an der falschen Stelle ... Der Kampfbegriff der Deutschenfeindlichkeit soll .... die Mehrheit moralisch entlasten: Wenn junge Türken, Kosovaren und Libanesen auch Rassisten sind, sind wir vielleicht gar nicht so schlimm?“

Das Blatt sorgte sich schon früher diesbezüglich. Ein „Tagesspiegel“-Autor befand am 19. Februar 2010: „Mindestlöhne sind ausländerfeindlich ... Wer sie einführen will, nimmt ein Ansteigen der Ausländerarbeitslosigkeit in Kauf. Wer also sind die wahren Möllemann-Haiders in diesem Land?“ So betrachtet erscheinen SPD, Grüne, Linke und Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen geradewegs als „Rassisten“. Unternehmen, die ihre Beschäftigten mit fünf Euro oder weniger pro Stunde nach Hause schicken, wird diese Argumentationshilfe sehr gelegen kommen. Derselbe „Tagesspiegel“-Autor weiß sogar Ausländergewalt zu rechtfertigen. Am 16. November schrieb er: „In Berlin gibt es ausländische Jugendbanden. Das ist ein Problem. Noch größer wäre das Problem, wenn es sie nicht gäbe ... Sie sind jung, mutig, mobil, hungrig, risikobereit, initiativ. Solche Menschen braucht das Land.“

Attacke gegen Privatschulen

Potsdam streicht Zuschüsse dramatisch – Betreiber wittern ideologische Absichten



Finanzierung fraglich: In der ersten Klasse der Waldhofschule in Templin lernen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam

Bild: pa

Den von Landeszuschüssen abhängigen privaten Schulen Brandenburgs droht das Aus. Die mit der Linkspartei regierende SPD plant nach eigenen Angaben Kürzungen um 17 Millionen Euro für drei Jahre ab 2012. Angesichts des Erfolgs privater Schulen und der mangelnden Akzeptanz für rot-rote Schulpläne in Berlin wie Brandenburg erhöhen Potsdam und Berlin den Druck auf Schulen in privater Trägerschaft.

„Sehr merkwürdige Signale aus der Politik“ vernahm der Schulleiter Torsten Ruschewski schon im April für seine in freier Trägerschaft befindliche, 180 Schüler starke Mosaik-Grundschule in Hohen Neuendorf. Brandenburgs rot-rote Landesregierung kündigte an, bisherige Zuschüsse zu den Personalkosten freier Schulen zu senken. Für Hohen Neuendorf bedeutet dies das Aus dortiger Pläne einer neuen weiterführenden Oberschule in privater Hand. Die Hoffbauer-Gesellschaft, bisher größter freier Träger, will in Brandenburg keine Schulen mehr gründen.

Kurz vor den Ferien verschärft die Landesregierung damit erneut den Druck auf private Lehranstalten: Grundschulen sollen ab 2012 über drei Jahre insgesamt 20 Prozent weniger Zuschuss erhalten. An Oberschulen sollen die Kürzungen nach Befürchtungen der Betroffenen sogar bis zu 30 Prozent ausmachen. Zeitpunkt und Höhe der Streichungen lassen den Schulen kaum Handlungsspielraum. Die Kürzung übersteigt weit, was die schwarz-rote Koalition den Privaten einst zumutete. Diese müssen umgehend das Schulgeld deutlich erhöhen, mehr Schüler aufnehmen oder schließen. Erst vor Tagen kündigte Brandenburg an, das Schulabkommen mit Berlin neu verhandeln zu wollen. Die Zahl der Brandenburger Schüler auf Berlins Schulen habe stark abgenommen, daher prüfe man die „Berechtigungsgrundlage“ der dafür bisher an Berlin gezahlten zehn Millionen Euro im Jahr, so das Potsdamer Bildungsministerium. Umgekehrt besuchen immer mehr Berliner Schüler Brandenburg, allerdings Privatschulen. Der Trend könnte sich noch verschärfen, denn auch Berlin kündigt an, die Fördermittel für Private 2012 um 7,3 Millionen Euro und 2013 um zehn Millionen Euro einzudampfen.

> Schüler flüchten von staatlichen Lehranstalten

Die Mark ringt seit Jahren mit Schließungen öffentlicher Schulen. Die Versorgung auf dem Land ist ausgedünnt und wird oft nur mit langen Schulwegen aufrechterhalten. Viele Schüler haben keine Wahl der Schulform mehr. Alternative, oft kleine und private Schulen wirken dem entgegen. Sie durchkreuzen mit kleinen Klassen und an Elternwünschen orientierten Lehrplänen mit Abitur in 13 Jahren und Erhalt des Klassenverbandes sowohl die Strukturpläne als auch die Schulvorstellungen von Rot-Rot. Billiger sind sie obendrein und tragen zu besseren Ergebnissen bei Pisa-Tests bei, sagen jedenfalls deren Träger.

Vor allem um ihre eigene Schulpolitik durchzuboxen, setzt die Landesregierung daher den Rotstift an. Schon im Februar hatte Brandenburgs SPD die Genossen in der Regierung aufgefordert, die Zahl der Privatschulen zu begrenzen und Mittel zu kürzen. Rot-Rot solle dazu bis Jahresende Vorkehrungen treffen, so die Partei. Ziel sei es, öffentliche Schulen zu stärken. Davon allerdings ist das Land weit entfernt. Zwischen 2006 und 2010 ist die Schülerzahl an allgemeinbildenden Privatschulen um ein Viertel auf 25894 geklettert. In Jahr 2006 waren es noch 20608. Es gibt derzeit 127 Privatschulen, 2008 waren es noch 104. Im jugendlich geprägten Potsdam erreicht die private Schülerquote bereits 20 Prozent. Zuletzt kamen pro Jahr landesweit 20 Anträge für Schulgründungen dazu. Außerdem planten viele Private einen nachfragebedingten Ausbau, und das bei insgesamt sinkenden Schülerzahlen.

Diesen Plan müssen sie aufgrund der Mittelkürzungen aufgeben. Brandenburg zahlte den Privaten bisher 94 Prozent der Kosten einer staatlichen Lehrkraft an einer vergleichbaren Einrichtung, Berlin 93. Die Betriebskosten müssen die Privaten selbst tragen, außerdem je nach Schulart mehrere Jahre nach Öffnung ohne Förderung auskommen.

Henning Schluß, Leiter des evangelischen Schulvereins in Oranienburg, vermutet: „Rot-Rot setzt auf Rückverstaatlichung des Bildungswesens und legt es darauf an, das vom Grundgesetz verbürgte Recht auf Gründung von Schulen in freier Trägerschaft systematisch auszuhöhlen, indem freie Schulen unbezahlbar werden.“ Mit einer Volksinitiative wollen Eltern wie Träger sich wehren. Gelingt der Initiative die Sammlung von 20000 Unterschriften, muss der Landtag sich mit deren Forderungen befassen. Die sehen die finanzielle Gleichstellung privater Schulen mit staatlichen und mehr Entscheidungsfreiheit auch für staatliche Schulen vor.

Tatsächlich spricht viel für ein speziell rot-rotes Problem mit nichtstaatlicher Schulbildung, denn auch im rot-roten Berlin steigt die Nachfrage nach Alternativen zu dortigen Bildungsvorstellungen des Landes. Vor zehn Jahren gab es dort noch 16600 Schüler solcher Schulen, inzwischen 28000.

Bundesauszeichnungen für Private wie die Waldhofschule in Templin zählen in der Potsdamer Koalition wenig. Aus Berlins verpatzter Einführung der Sekundarschule hat Potsdam zudem nicht gelernt: Dies verursachte einen Ansturm auf Gymnasien und Brandenburger Privatschulen. Zum Trost für Rot-Rot in Brandenburg dürfen die Berliner Eltern dieser Schulflüchtlinge nicht bei der Volksinitiative mitmachen, weil sie, obschon betroffen, ja Bürger eines anderen Bundeslandes sind. *SV*

Streit um Aufklärung

Stasi-Aufarbeitung: Opposition wirft Rot-Rot Blockade vor

Die Enquete-Kommission des Landtags von Brandenburg dient offiziell der „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur“. Inzwischen ist ihre Arbeit von dauerndem Streit bedroht. Mangelnde Einsicht bei der rot-roten Landesregierung, ein Rücktritt und die Frage, ob Ex-Landesvater Manfred Stolpe und Linkspartei-Übervater Heinz Vietze sich vor dem Gremium verantworten müssen, lähmen die dringend nötige Aufarbeitung.

Der Landwirtschaftsexperte Jens Schöne sollte bis vor wenigen Tagen in der Enquete-Kommission falsche Kontinuitäten und Altlasten im Agrarsektor Brandenburgs erhellen, doch der Experte hat das Gremium verlassen. Als Grund gab er an, dass „der öffentlich dokumentierte Umgang von Vertretern der Regierungskoalition mit den Gutachten und ihren Verfassern für mich schlicht nicht akzeptabel“ sei. Seit Wochen wirft die Opposition der regierenden Koalition aus SPD und Linkspartei vor, Kommissionsmitglieder öffentlich abzuwerten. Die zweifelt den Wert der Kommissionsgutachten an. Schöne bestätigte nun, als Wissenschaftler „fortlaufend angegriffen und diffamiert“ zu werden.

> Brandenburgs Regierung agiere »parteiisch«

Der Zeithistoriker der Stasi-Unterlagenbehörde, Helmuth Müller-Enbergs, teilt diese Kritik. Das Verhalten von Rot-Rot habe „in der Demokratie nichts zu suchen“, schrieb der von den Grünen in die Kommission Berufene. Er attackiert insbesondere die Vorsitzende der Enquete-Kommission Susanne Melior (SPD). Melior unternehme nichts gegen die Vorwürfe, so Müller-Enberg. Auch der von der CDU entsandte Wissenschaftler Klaus Schröder greift Melior an. Sie leite Sitzungen parteiisch, bevorzuge regierungsnahe Vertreter.

Die vier SPD-nahen Mitglieder der Kommission streiten sich indes mit den anderen über die Frage, wer vor dem Gremium aussagen soll. Regierungsnahe Vertreter strichen Manfred Stolpe (SPD) von der Liste. Er könne zur fraglichen Neubildung der Parteienlandschaft nichts sagen, begründen die SPD-Gremiumsmitglieder die Streichung. Auch Heinz Vietze, einst Strippenzieher der PDS, später der Linkspartei, soll demnach nur kurze Zeit einem für die Untersuchung relevanten Gremium angehört haben. Die anderen Mitglieder sehen das nicht so, doch derzeit erreicht die SPD, dass die Kommission weitgehend ausgebremst wird, obwohl es eher Grund zur Fundamentalkritik an der SPD gäbe. *SV*

Beamte gesucht

Potsdam erwägt Rückkehr zur »Buschzulage«

Brandenburg will zukünftig Beamte aus anderen Bundesländern mit einer Prämie in seine Dienste locken. Zunehmend herrscht bei den Landesbediensteten Personalmangel – bundesweit zahlt nur das Land Berlin seinen Beamten weniger als Brandenburg: Ein Gesetzentwurf von Finanzminister Helmuth Markov (Linke) sieht nach Angaben des Magazins „Spiegel“ eine Prämie für Beamte und Richter anderer Bundesländer vor, wenn diese in den Dienst des Landes Brandenburg wechseln.

Mit der „Ausgleichszulage bei Dienstherrenwechsel“ greift Potsdam auf ein Mittel zurück, womit schon Anfang der 90er Jahre beim Aufbau der Landesverwaltung dem Personalmangel abgeholfen wurde. Der aktuelle Entwurf sieht vor, dass Beamte in einem begrenzten Zeitraum und schrittweise zurückgehend die Differenz zu ihren alten Bezügen in Form eines Zuschlags erhalten. Die Vorlage hat eine gewisse Sprengkraft: Schon in der Vergangenheit hatte die unterschiedliche Bezahlung von Landesbediensteten für Kritik gesorgt. Auch der aktuelle Vorstoß Markovs sorgt bereits im Vorfeld für Verärgerung. Der brandenburgische Landeschef des Deutschen Beamtenbunds, Heinz-Egon Müller, lehnt den Vorschlag als „Rückschritt in alte Zeiten“ ab.

Brandenburg steht mit seiner Prämienlösung allerdings nicht allein da. Bereits Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben zu einer ähnlichen Lösung gegriffen, um ihren Personalbestand aufzustocken. Seit der von Bund und Ländern im Jahr 2006 beschlossenen Föderalismusreform liegt die Zuständigkeit für die Besoldung in der Hand der Länder. Bundesweit haben sich seitdem Differenzen von bis zu zehn Prozent bei den Gehältern für Landesbeamte entwickelt. *N.H.*

Alter Tunnel neu genutzt

Berlin erhält eine neue S-Bahnlinie. Die S 21 soll den neuen Hauptbahnhof (ehemals Lehrter Stadtbahnhof) von der (nördlichen) Ringbahn mit der sogenannten Nordsüdbahn verbinden. Ein Teil der Strecke ist sogar schon fertig. „Nazi-Diktator Adolf Hitler ließ ihn (das Tunnelteilstück) bis 1939 bauen“, dramatisierte die „Bild“-Zeitung die Geschichte des Bauwerks. Der Sachverhalt ist aber vielschichtiger.

Auch der Bahnhof Potsdamer Platz wurde damals bereits viergleisig ausgeführt. Der Bau einer zweiten Nordsüd-Bahn ist aber kein Produkt „nationalsozialistischer Verkehrspolitik“, sondern war schon zurzeit von Monarchie und Weimarer Republik geplant. Während heute aber nur eine Verbindungsbahn vom Potsdamer Platz bis zur nördlichen Ringbahn gebaut werden soll, war damals eine Weiterführung zum südlichen Teil der Ringbahn vorgesehen. Für diese Verbindung scheint aber nun kein Geld mehr da zu sein. *T.M.*



Zeitzeugen



Stanislaw Tillich – Der 52-jährige Elektroingenieur, der einer sorbischen Familie entstammt, war noch zu DDR-Zeiten der CDU beigetreten. Seit 1999 gehört er dem Landeskabinett an, seit 2008 ist er Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Als Schirmherr des Symposiums zu Fragen der Jugendgewalt meldete er sich mit dem kritischen Hinweis zu Wort, dass es auch „Probleme in den Familien“ gebe: Viele Eltern seien heute nicht mehr in der Lage oder willens, der Erziehungspflicht gegenüber ihren Kindern nachzukommen. Solchen nur noch formal intakten Familien müsse zu mehr „Lebenskompetenz“ verholfen werden. Nachdenkliches äußerte der Ministerpräsident auch zum Thema demografischer Wandel: Zwar sei es zutreffend, dass im Jahr 2050 auf einen Erwerbstätigen 1,5 Nichterwerbstätige kommen. Dies solle man aber nicht immer nur negativ sehen. Schließlich sei es vor 150 Jahren in Deutschland umgekehrt gewesen, da kamen auf einen Nichterwerbstätigen zwei Erwerbstätige. Seitdem habe sich aber nicht nur die Altersstruktur geändert, sondern in viel stärkerem Maße die Produktivität des einzelnen Erwerbstätigen. Diese positive Entwicklung werde weitergehen – wovor also solle man da Angst haben?

Rudolf Hänsel – Der Diplompsychologe leitete von 2001 bis 2007 die Staatliche Schulberatungsstelle in München. Er gilt als Experte zum Thema „Medien und Gewalt“. Auf dem Dresdner Symposium ging er mit den Produzenten von „Killerspielen“, aber auch mit den elektronischen Medien hart ins Gericht. Es sei unbestreitbar und – entgegen mancherlei Verharmlosungen – auch empirisch bewiesen, dass Gewalt in den Medien direkt zur Verbreitung eines Gewaltklimas in der Gesellschaft beitrage und somit auch der Jugendkriminalität Vorschub leiste. Die Politik und insbesondere auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten dürften nicht länger vor der Spiele-Lobby und deren Wirtschaftsinteressen kapitulieren. Herstellung, Werbung, Einfuhr, Verkauf und Verbreitung sollten auf nationaler Ebene verboten werden; dem müsse dann eine internationale Ächtung von „Killerspielen“ folgen.

Martine und Jürgen Liminski – Das französisch-deutsche Autorenehepaar („Abenteuer Familie“) hat gemeinsam das „Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie“ aufgebaut. Ihre besondere Fachkunde in allen mit Familie zusammenhängenden Fragen ist über jeden Zweifel erhaben: Die Familie Liminski zählt Vater, Mutter und zehn Kinder. Martine Liminski stammt aus der Bretagne und war Direktorin einer École maternelle in Straßburg. Jürgen Liminski hat in Spanien Geschichte, Politik und Publizistik studiert. Heute ist er als Redakteur beim Deutschlandfunk tätig; zuvor war er Ressortleiter bei der „Welt“ und beim „Rheinischen Merkur“. Den Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ist er als Autor lesenswerter Beiträge zu außenpolitischen und familienpolitischen Themen bekannt.

Mehr Familie – weniger Gewalt

Ursachen der Jugendkriminalität – und was man dagegen tun kann

Die gute Nachricht zuerst: Die Zahl jugendlicher und heranwachsender Gewalttäter ist laut Statistik des Bundeskriminalamtes rückläufig. Und nun die schlechte Nachricht: Die Geburtenrate und damit die Gesamtzahl der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden in Deutschland ist ebenfalls rückläufig, über einen längeren Zeitraum sogar stärker als die erste Ziffer. Unterm Strich also kann von einem Rückgang der Jugendkriminalität keine Rede sein.

Für das „Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e. V.“ (IDAF) Grund genug, dem Thema „Bindung – Bildung – Gewaltprävention“ ein mit hochkarätigen Referenten beschicktes Symposium zu widmen. Der Freistaat Sachsen stellte einen ganzen Tag lang den Plenarsaal des Landtags zur Verfügung. Ministerpräsident Stanislaw Tillich und Landtagspräsident Roland Rössler (beide CDU) übernahmen die Schirmherrschaft und ergriffen auch selber das Wort. Und die Linke würzte das Ganze auf ihre Weise, pöbelte von „Rechtsextremismus“ und forderte ein Verbot der Veranstaltung.

In Wahrheit waren Veranstalter und Referenten erfolgreich bemüht, das durchaus emotional besetzte Thema sachlich und ohne Anflug von Populismus abzuhandeln. So appellierte Ralph Richter vom sächsischen Landeskriminalamt an Politik und Medien, den Opfern jugendlicher Gewalt mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Meist sei die öffentliche (beziehungsweise veröffentlichte) Meinung viel intensiver mit der Befindlichkeit der Täter beschäftigt.

Diana Ziegleder, wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut in München, ergänzte: Mehr als drei Viertel aller Opfer jugendlicher Gewalt sind selber Jugendliche. Problematisch ist die hohe Dunkelziffer: Viele bringen die Taten gar nicht erst zur Anzeige, aus Angst vor den Tätern, vor denen sie sich von den staatlichen Instanzen nicht hinreichend geschützt fühlen. So wächst hier eine Generation junger Menschen ohne Vertrauen in unseren Rechtsstaat heran – eine fatale Entwicklung.

> Die Täter finden mehr Aufmerksamkeit als die Opfer

Nach spektakulären Straftaten – Stichwort U-Bahn-Schläger – wird oft nach härteren Strafen gerufen. Deren Wirksamkeit ist allerdings umstritten; dass Strafanstalten, die als Hochburgen des Drogenhandels bekannt sind, kriminelle Karrieren verhindern, darf in der Tat bezweifelt werden.

Besser sind schnell der Tat folgende, erzieherisch wirksame Maßnahmen, die von den Tätern auch ernst genommen werden. Harte Maßnahmen, die vorrangig dem Schutz der Gesellschaft dienen, sollten sich auf die relativ kleine Gruppe der Intensivtäter konzentrieren: Etwa fünf Prozent der straffälligen Jugendlichen stehen mehr als fünfmal vor Gericht; sie begehen 30 Prozent aller Straftaten. Fast 70 Prozent hingegen werden nur einmal straffällig und nie mehr rückfällig.

Intensiv beschäftigt sich Gordon Neufeld mit jugendlichen Intensivtätern. Der weltweit renommierte kanadische Psychotherapeut verwies auf dem Dresdner Symposium auf neuere Ergebnisse der Hirnforschung. Demnach sind bei dieser Tätergruppe Auffälligkeiten in der präfrontalen Hirnrinde nachweisbar, und zwar in jenen Bereichen, die für das innere Alarmsystem zuständig sind. Diese Kinder sind nicht fähig, Gefahren zu erkennen oder die Folgen ihres eigenen Handelns einzuschätzen.

Hauptursache dieser Fehlentwicklung: Defizite in der emotionalen Bindung zwischen Eltern und Kind in den ersten Lebensjahren. Diese Bindung aber, so das einhellige Fazit dieses Symposiums, kann nirgends so intensiv und positiv aufgebaut werden wie in der traditionellen Familie. Sofern diese auch wirklich intakt ist. Denn in Familien, in denen keine Zeit und keine liebevolle Zuwendung für die Kinder übrig ist, in denen gebrüllt, gesoffen und geprügelt wird, können keine Bindung aufgebaut werden. Stimmen aber die Voraussetzungen, kann „mehr Familie“ langfristig weniger Jugendgewalt bedeuten.

Freilich sind die Erfolgsaussichten nicht allzu rosig. Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt sich nicht einfach zurückdrehen. Das beginnt bei den wirtschaftlichen Verhältnissen: Eine Familie mit zwei oder drei Kindern kann heute nicht mehr von einem einzigen Gehalt leben. Die berufstätige Mutter ist ein Faktum, das man jenseits aller extrem feministischen Ideologie zu akzeptieren hat. Also kommt es nun darauf an, die gesellschaftliche Realität so zu organisieren, dass die traditionelle Familie nicht weiter geschwächt und demontiert, sondern wieder gestärkt wird. Dies wäre vorrangig die Aufgabe christlich geprägter Parteien – es sei denn, sie haben inzwischen vergessen, was das C in ihrem Namen zu bedeuten hat. *Hans-J. Mahlitz*



Alltag in Schulen: Jugendlicher filmt prügelnde Klassenkameraden Bild: mauritius

Wem nützen die Tabus?

Bundesweit ist etwa jeder zehnte Jugendliche Ausländer oder ausländischer Abstammung. Aber etwa jeder dritte jugendliche Straftäter fällt in diese Gruppe; bei schweren Gewaltdelikten – Raub, Körperverletzung, Tötungsdelikte – ist der Anteil noch höher.

Genauere Zahlen sind nicht erhältlich. Die letzten amtlichen Statistiken, die Ross und Reiter nennen, sind über fünf Jahre alt. In den Medien wird meist die Herkunft der Täter verschwiegen – man will sich ja nicht dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit aussetzen. Allenfalls ausländische Opfer dürfen noch als solche bezeichnet werden.

Wem sollen solche Tabus eigentlich nützen? Den in Deutschland lebenden gesetzestreuen Ausländern und Zuwanderern ganz gewiss nicht; ihnen

> Rückbesinnung auf die eigenen Werte

droht dadurch eher Pauschalisierung und Diskriminierung.

Vor allem aber verhindern solche Tabus, dass die wahren Ursachen erkannt, erforscht und wirkungsvoll bekämpft werden.

Sind es dieselben Ursachen wie bei den deutschen Gewalttätern? Also vor allem die Zerstörung traditioneller familiärer Bindungen? Auf den ersten Blick wohl nicht. Gerade in Zuwanderergruppen aus dem islamischen Raum hat die Familie doch noch eine starke Bedeutung.

Blickt man aber genauer hin, erkennt man: Mit unserem christlich-abendländischen Familienverständnis hat das nichts zu tun, was sich da in den Parallelgesellschaften der Zuwanderergettos als Familie darstellt. Diese Strukturen hindern die Kinder eher, in eine offene, nach unserem Verständnis rechtsstaatliche Ordnung hineinzuwachsen. Dagegen helfen keine Tabus, sondern nur Ehrlichkeit, Offenheit und Rückbesinnung auf unsere eigenen traditionellen Werte. *H. J. M.*

Die vaterlose Gesellschaft

Kinder brauchen in den ersten sechs Jahren beide Elternteile

Der Krieg ist aller Dinge Vater, so die Erkenntnis des griechischen Philosophen Heraklit von Ephesos. 2500 Jahre später präzisiert der Psychologe Matthias Franz: Der Krieg ist auch der Vater unserer heutigen, zunehmend vaterlosen Gesellschaft.

Franz lehrt an der Universität Düsseldorf psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Auf der Datenbasis der „Düsseldorfer Alleinerziehendenstudie“ untersucht er die Bedeutung des Vaters für die frühkindliche Entwicklung.

Historischer Hintergrund seiner aktuellen Forschungen ist ein in Deutschland seit vier Generationen in Schieflage geratenes Vaterbild. Wie eine seit 1975 laufende Langzeitstudie zeigt, tragen die „Kinder des Krieges“, denen in den ersten sechs Lebensjahren der Kontakt zum Vater fehlt, noch ein halbes Jahrhundert später ein deutlich verstärktes Risiko schwerer psychischer Störungen.

Davon betroffen ist ein Viertel der Weltkrieg-II-Generation. Fünf Millionen deutsche Soldaten gefallen, weitere Millionen in Gefangenschaft, die zurückkehrten, oft so schwer traumatisiert, dass sie in ihren Familien Fremde blieben. Dazu noch 13 Millionen Vertriebene, bei denen der Verlust der Heimat oft einherging mit der Auflösung familiärer Strukturen.

Viele aus dieser Kriegskindergeneration waren offenbar nicht mehr zu stabilen familiären Bindungen fähig. Damit war das Feld bereitet für eine gesellschaftliche

> Jeder zweite Intensivtäter nimmt Drogen oder trinkt

Fehlentwicklung, die spätestens mit der 68er-Kulturrevolution in eine systematische Zerstörung der traditionellen Familie einmündete.

So änderte die Tatsache, dass in Deutschland seit 1945 Frieden herrscht, nichts daran, dass immer mehr Kinder vaterlos aufwachsen. Heute leben bereits 20 Prozent aller Kinder bis sechs Jahre (rund 600000) mit nur einem Elternteil, in 85 Prozent bei der Mutter.

Die Studien von Franz belegen: Viele dieser Mütter leiden unter erheblichen materiellen, gesundheitlichen und seelischen Belastungen, was wiederum zu Verhaltensauffälligkeiten bei den Kindern führt.

Einen konkreten, geradezu erschreckenden Zusammenhang zwischen Familienform und Jugendkriminalität zeigt eine Schweizer Studie: Im Kanton St. Gallen liegt die Quote je nach Deliktart bei Kindern mit einem alleinerziehenden Elternteil um bis zu einem Drittel, bei Kindern aus sogenannten Patchworkfamilien sogar bis zum Doppelten über den Zahlen „normaler“ Kernfamilien mit beiden leiblichen Eltern.

Dies betrifft auch die Anfälligkeit für Drogen- und Alkoholkonsum. Das Kriminologische Institut Niedersachsen sieht hier geradezu den Schlüssel zu Jugendkriminalität und Gewalt. Von einer Gruppe 15-jähriger Mehrfachtäter nehmen 43,4 Prozent regelmäßig harte Drogen, aber nur 3,1 Prozent keine Drogen. Das angeblich harmlose Cannabis konsumieren 32,2 Prozent, 10,4 Prozent trinken regelmäßig (2,5 Prozent nie).

Auch diese Zahlen bestätigen: Die intakte Familie ist für unsere Kinder der beste Schutz vor Kriminalität und Gewalt. *H. J. M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst: Rebecca Bellano (im Mutterschutz); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4085**

Teurer Notstrom statt Atomstrom

Bundesnetzagentur erfasst verzweifelt Energiereserven für den Winter

Die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland ist nach der Abschaltung von Kernkraftwerken gefährdeter als gedacht: Die Bundesnetzagentur prüft letzte Reserven und einen Notplan, vor allem für den Winter. Waren früher Eingriffe ins Netz selten, sind sie zur Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Stromversorgung nun zum Normalfall geworden. Stromausfälle mit weitreichenden Folgen für die Wirtschaft und auf Dauer auch den Standort Deutschland drohen.

In Japan sei im nächsten Frühjahr keines der bisher 54 Atomkraftwerke (AKW) mehr an das Stromnetz angeschlossen, spekulieren deutsche Medien und freuen sich auf die „atomfreie Zone“. Die Regierung des Kaiserreichs hat nämlich jüngst umfangreiche Tests aller AKW verkündet, um dem „Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung“ zu entsprechen, so das Wirtschaftsministerium in Tokio. Rund zwei Drittel der Atomanlagen sind derzeit vom Netz abgekoppelt. Wenn die Tests das Hochfahren der Anlagen verzögern, droht sich der durch das Erdbeben von Fukushima bedingte sowie durch Prüfungen von Kraftwerken noch verschärfte Stromengpass auszuweiten. Knapp ist Strom schon jetzt. Das Handelsministerium drängt daher zugleich darauf, Reaktoren wieder ans Netz anzuschließen, was teils an der mangelnden Zustimmung der Anwohner scheitert. Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln warnte bereits davor, dass in Japan der Strom knapp werden könnte. Obwohl Japan als drittgrößter Atomstromproduzent der Erde gilt, beträgt der Anteil dieser Energieart an der Gesamtversorgung nur rund 25 Prozent. Das Land ist da-

> »Erneuerbare Energien« können Kernkraft noch nicht ersetzen

her mit Deutschland vergleichbar: Die hiesigen 17 Meiler tragen knapp 23 Prozent zum Energiemix bei.

In Deutschland ist die Stimmung in der Bevölkerung indes weitaus ablehnender gegenüber jeder Nutzung von Kernkraft, und das ganz ohne Atomunglück. Das weiß auch die Bundesnetzagentur. Nachdem acht Atomanlagen im März abgeschaltet wurden, ist die Belastung des Netzes hoch. Die Energieversorger mussten seither bereits hunderte Male mit aufwändigen Extramaßnahmen die Netzstabilität aufrechterhalten, Kraftwerke zu- oder abschalten. Doch die Regelungstechnik hat Grenzen und die alternativen Energien jedenfalls halten mit den Atom-Abschaltplänen der Politik nicht mit. Ein „jährlicher Zubauwert von etwa 2800 Megawatt“ an Photovoltaikanlagen ist laut jüngstem Bericht der Bundesnetzagentur für dieses Jahr vorhersehbar. Zum Vergleich: Ein größeres Kernkraftwerk wie das KKE im Emsland liefert 1400 Megawatt, und zwar berechenbar und unabhängig von der Sonneneinstrahlung oder der weiteren Entwicklung am Solarmarkt. Die „Daten verschaffen allen Marktakteuren Klarheit“, titelte die Bundesnetzagentur im Juni zurückhaltend zu ihren „aktuellen Zahlen über den Zubau von Photovoltaikanlagen“.

Tatsächlich machen die Daten die Not der Netzverwalter offenkundig, bei zu wenig Zuwachs an

> Für die Verbraucher dürfte es ein kalter und dunkler Winter werden

erneuerbaren Energien die Versorgung stabil zu halten. „Nach dem Moratorium für Kernkraftwerke wollen wir die Reserven erfassen“, sagt nun eine Behördensprecherin. Im Sommer herrscht demnach noch keine Gefahr eines Kollaps', doch was im Winter passiert, kann die Netzagentur nicht beantworten. Experten befürchten jedoch schon in einigen Monaten einen Engpass, wenn der Winter kommt und die Stromnachfrage steigt. Vor allem der Süden Deutschlands könnte dann im Dunkeln bleiben, denn ein Großteil der von Politikern eilig stillgelegten AKW trug dort bisher zur Grundversorgung bei. Wenn im Winter der Wind ausbleibt und zudem wenig Sonnenenergie gewonnen werden kann, drohen dem Süden der Republik dunkle wie kalte Tage und Nächte. Die Bundesnetzagentur müsste dann alle Kraftwerksreserven aufbieten, um gegenzusteuern. Ob sie ausreichen, weiß sie offenbar noch nicht – ein Armutszeugnis für die Politik.



Die Agentur benötigt daher nun eine genaue Bestandsaufnahme. Ein Register soll nun auch Kleinanlagen mit einer Leistung ab 20 Megawatt erfassen. Diese Art der Erfassung auch kleinster Kapazitäten ist neu. Die großen Stromerzeuger, aber auch Stadtwerke und andere Betreiber müssen jetzt ihre Anlagen zwecks möglicher Notfallsteuerung melden. Selbst Generatoren sind gefragt. Damit stehen auch alte Reservekraftwerke, beispielsweise Kohlekraftwerke, bald wieder im Einsatz und somit auch im Zentrum des Streits um die Sauberkeit der Energie.

Die Energiekonzerne warnen indes, eine Wiederbelebung alter Kraftwerke stoße trotz aller Bemühungen an Grenzen. Gemeint sind Grenzen der Wirtschaftlichkeit. Strom könnte somit im Winter nicht nur knapper, sondern auch schmutziger und teurer werden, eben Notstrom für alle. *SV*



:Ausgeräumte Ebenen statt naturnaher Landschaft: Windkraftanlage und Rapsfeld in Dithmarschen Bild: imagetrust

MELDUNGEN

BND-Baupläne weg

Berlin – Mehrere als Verschlusssachen eingestufte Baupläne für die neue Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND) in Berlin sind abhandengekommen. Nach einem Bericht des „Focus“ könnten die als nur für den Dienstgebrauch eingestuften Dokumente möglicherweise bereits vor einem Jahr von dem streng bewachten Baugelände entwendet worden sein. Sie beträfen mit dem Technik- und Logistikzentrum vor allem den geheimsten Teil der künftigen Geheimdienstzentrale. BND-Präsident Ernst Uhrlau musste am Dienstag einräumen, dass er über den Umfang des Verlustes keine genauen Kenntnisse hat. Konsequenzen schloss er aus. Innenpolitiker verschiedener Parteien forderten eine rasche Aufklärung. *CR*

Teures TV-Interview

Regensburg – Das Landgericht Regensburg hat den Bischof der katholischen Priesterbruderschaft St. Pius X. (FSSPX), Richard Williamson, in Abwesenheit wegen Volksverhetzung verurteilt. Das Gericht blieb mit der Geldstrafe in Höhe von 6500 Euro unter der Strafforderung der Staatsanwaltschaft. Wie schon im vergangenen Jahr das Regensburger Amtsgericht kam auch die zweite Instanz zu dem Schluss, dass der 71 Jahre alte Brite den Holocaust an den Juden durch das NS-Regime bestritten habe. Williamson hatte im Jahr 2008 während eines Aufenthalts im Priesterseminar Zaitzkofen bei Regensburg in einem Interview mit einem schwedischen TV-Sender den Massenmord an sechs Millionen Juden abgestritten. In dem Berufungsprozess wurde vor allem erörtert, ob Williamson als britischer Staatsbürger überhaupt verurteilt werden könne, wenn er auf Bundesgebiet für einen ausländischen Sender ein Interview gibt. *CR*

Bock zum Gärtner gemacht

Ex-Bischöfin zur »Lutherbotschafterin« der EKD ernannt

Im April 2012 wird Margot Käßmann wieder in ein öffentliches kirchliches Amt zurückkehren. Das Leitungsgremium der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bestimmte die ehemalige Ratsvorsitzende und Landesbischöfin, die nach einer Trunkenheitsfahrt vor 16 Monaten zurückgetreten war, zur neuen „Lutherbotschafterin“. Sie soll den bisher schleppend verlaufenden Prozess der Vorbereitungen zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017 neuen Schwung verleihen.

Ob sie allerdings die richtige Person für diese Aufgabe ist, darüber säte sie selbst bei einer Pressekonferenz Zweifel. Gefragt, welche inhaltlichen Schwerpunkte sie denn als Lutherbotschafterin setzen wolle, nannte sie „Frieden stiften“ und „Gerechtigkeit in unserem Land“. Diese bereits sattsam aus ihrem Munde bekannten Formeln wirken im Denken Luthers allerdings wie Fremdkörper. Der Reformator kannte keine Scheu, etwa im Bauernkrieg, zu Mord und Totschlag aufzurufen, wenn es denn seiner Sache und der fürstlichen Politik zum Wohle gereichen würde.

Auch bei dem zentralsten Feld lutherischer Theologie, der Rechtfertigung des Sünders allein aus Gottes Gnade, will Käßmann nicht auf Luthers Wegen wandeln. „Wir müssen unser Leben nicht rechtfertigen“, sagte sie. Das aber ist nur die halbe Wahrheit. Ein lutherischer Christ ist zwar, oberflächlich gesehen, frei vom irdischen Leistungsdruck, aber endzeitlich gesehen, muss er sich sehr wohl vor dem Jüngsten Gericht verantworten und rechtfertigen. Das für Luther so zentrale Wort der „täglichen Buße“ oder „Herzensbuße“

> Käßmann will gar nicht auf Luthers Wegen wandeln

nahm die gefallene Bischöfin erst gar nicht in den Mund.

Hat man hier den Bock zum Gärtner gemacht? Schon öfter war Käßmann in früheren Zeiten in theologische Fettnäpfchen reformatorischer Theologie getreten. So konnte sie beispielsweise nicht sachgerecht erklären, um was es eigentlich bei der zu Luthers Zeiten so heftig diskutierten Ablassfrage in der katholischen Kirche eigentlich ging.

Die Benennung Käßmanns, hieß es aus informierten Kreisen der EKD, sei eine Art Verzweiflungsschritt. Das EKD-Kirchenamt in Hannover und der bisherige Jubiläumsbeauftragte in Wittenberg, Prälat Stephan Dorgerloh (SPD), versuchen bereits seit fünf Jahren der „Luther-Dekade“ Leben einzuhauchen. Die Erfolglosigkeit der bisherigen Mission bestätigte der neue EKD-Vorsitzende und Käßmanns Nachfolger, Nikolaus Schneider, ungewollt auf besagter Pressekonferenz: Die Lutherbotschafterin solle „nachvollziehbar machen, warum es sich lohnt, sich auf den Weg zum Reformationsjubiläum zu machen“.

Insider aus dem Kirchenamt behaupten, ihre Ernennung hänge auch damit zusammen, dass sie nach ihrer Rückkehr in eine offizielle Aufgabe weniger schädliche Schlagzeilen zu politischen Fragen produziere. Mit Kopfschütteln war jüngst registriert worden, dass sie sich kürzlich einmal gegen und dann für die Luftschläge gegen Libyen ausgesprochen hatte. Die neue Aufgabe solle sie nun auf „neue Ideen“ bringen.

Für die Aufgabe als Jubiläumsbeauftragte wird Käßmann in Berlin ein Büro mit Mitarbeitern und einem Reiseetat erhalten. Dafür verzichtet sie auf die Hälfte ihres Bischofsgehaltes, wie sie am Freitag ankündigte. Ihren Mund wolle sie sich allerdings nicht verbieten lassen. Nicht jede Predigt werde sie im Voraus im EKD-Kirchenamt abliefern. In der evangelischen Kirche gebe es schließlich „keine Schweigepflicht“. *Hinrich E. Bues*

Aufmarsch der Salafisten

Pierre Vogel trat in Hamburg auf – Weniger Teilnehmer als erwartet

Ein ungewohntes Bild bot sich am vergangenen Sonnabend den Hamburgern am Bahnhof Dammtor. Am Spätnachmittag finden sich geschätzte 1000 Anhänger des Salafisten-Predigers Pierre Vogel ein. Einige der männlichen Teilnehmer erscheinen traditionell in ihre makellos weiße arabische Kleidung, den Thawb, gewandet. Unter den weiblichen Besuchern zeigen sich einige den relativ wenigen, dafür aber umso erstaunteren Deutschen in einen Ganzkörperschleier gehüllt. Es sollte nicht allein bei einem Verstoß gegen das Vermummungsverbot bleiben. Interessant, die taktische Geschicklichkeit der Organisatoren zu erleben, auf die sanfte Tour Auflagen zu umschiffen. So hatte die Innenbehörde darauf bestanden, dass auf der Veranstaltung keine Trennung der Geschlechter vorgenommen werden dürfe. Dennoch wird die Trennung schließlich auf dem Wege der höflich vorgetragenen Bitte durchgesetzt. Ein vollbärtiger junger Muslim aus dem Führungszirkel äußert seine Enttäuschung. Er hatte mit mehr Besuchern gerechnet. Dann äußert er seine Genugtuung, dass die Veranstaltung in Hamburg überhaupt stattfindet. Stand sie doch bis zuletzt auf Messers Schneide. Die oppositionelle CDU hätte die Veranstaltung lieber verboten gesehen. Aus deren Fraktion verlautete: „Vogel ist ein gefährlicher Islamist, der in unserer Stadt nichts zu suchen hat. Der Senat hat die Pflicht, diese demokratiefeindliche Veranstaltung zu verhindern.“

Es werden Handzettel verteilt, in denen in falschem Deutsch davor gewarnt wird, sich „in keinster

> Geschickt bereitet Vogel sein Gedankengut auf

Weise von keinem dieser Islamhasser und Hetzer provozieren zu lassen“. Ferner erging der Rat, sich von jedem Interview zu distanzieren, „denn die Medien würden Euer Gesagtes nur verdrehen und aus dem Kontext ziehen!!!“

Vogel zeichnet ein hohes Maß an Rhetorik aus. Geschickt und nicht nur an schlichte Gemüter gerichtet, bereitet er sein Gedankengut auf. Dabei überschreitet er niemals die Grenzen des politisch Vertretbaren. Salafistische Ideologie behutsam dargereicht, auch mit rheinischem Humor. Nur in Einzelfällen verfällt der vor zehn Jahren zum Islam Konvertierte in Rabulistik, als er von „Hampelmännern“ beim Verfassungsschutz spricht, sowie die staatlichen Auflagen als „Schwachsinn“ geißelt. Auch wenn ihm untersagt war, sich zu Afghanistan zu äußern, gingen dem Salafisten die Themen nicht aus. Und so lauschen seine Anhänger zwei Stunden lang gebannt der Stimme ihres Herrn, der sich gestenreich und weitschweifig über die Ungleichbehandlung von Muslimas, Ganzkörperverschleierung und sogar Ehrenmorde verbreitet. Seine Zuhörer bekunden ihre Zustimmung und mehrmals erschallt aus muslimischen Kehlen ein lautstarkes „Allahu akbar“.

Unter einer Brücke haben sich die Gegendemonstranten versammelt. Es werden Rufe laut: „Freiheit!“ und „Salafisten sind Faschisten!“ Auch einige Aktivisten aus dem linken Lager haben sich unter die Gegendemonstration gemischt, scheiterten aber mit ihrem Versuch, diese mit ihren Parolen aufzumischen. Es ergeben sich auch leidenschaftlich geführte Diskussionen zwischen Vertretern beider Lager, wobei der eigene Standpunkt teilweise recht vehement artikuliert wird. Dennoch bleiben Tumulte aus. Die Polizei beobachtete das Geschehen in kleinen Formationen diskret aus dem Hintergrund. Die Veranstaltung endete nach zwei Stunden in Ruhe. Ruhe vor dem Salafisten-Sturm? *Michael Johnschwager*

MELDUNGEN

Christen fliehen aus Nordsudan

Juba – Nach der Abspaltung des Südens verlassen tausende Christen den Nordsudan. Zumeist handelt es sich um Arbeitsmigranten aus dem Süden, die bisher eine gewisse Glaubensfreiheit genossen hatten. Inzwischen hat eine große Wanderungsbewegung in den Süden eingesetzt. Etwa 75 Prozent der Katholiken sollen bereits geflohen sein. Die Christen befürchteten, dass im Norden das islamische Religionsgesetz, die Scharia, durchgesetzt wird. Die Flüchtlingswelle stellt den neuen Staat Südsudan vor große Probleme. Die Kirchen wollen zur Einheit des Landes beitragen. In dessen Verfassung steht, Glaubensüberzeugungen dürften keine neuen Spaltungen fördern. *J. H.*

Burmesen auf der Flucht

Pyinmana – Tausende Burmesen sind auf der Flucht vor den Soldaten des vom Militär beherrschten Vielvölkerstaates Myanmar, dem ehemaligen Burma. Das Land zählt 48 Millionen Einwohner und 135 verschiedene Ethnien und ist einer der engsten Verbündeten der Volksrepublik China. Seit Mitte Juni droht ein erneuter Krieg zwischen Regierungstruppen und Aufständischen im sogenannten Shan-Staat, der Chinas Provinz Yunann gegenüberliegt. Große Teile der Grenzbevölkerung – nach Schätzungen des katholischen Hilfswerks Don Bosco mindesten 10 000 Bauern – retteten sich inzwischen über die gemeinsame Grenze in die Volksrepublik und appellieren nun an die Regierung in Peking, dem seit Jahren vor allem ethnisch und religiös bedingten Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Die Regierungstruppen rekrutieren derweil die Verbliebenen und senden sie als Vorhut voraus, um ihre Soldaten vor ausgelegten Minen zu schützen. *J. F.*

Staatsbesitz im Ausverkauf

Europäische Regierungen werfen alles auf den Markt – Chance für politisch-strategische Investoren

Europäische Regierungen werfen derzeit so viel Staatsbesitz auf den Markt wie nie zuvor. Doch das reichliche Angebot an Privatisierungskandidaten könnte die erhofften Einnahmen geringer ausfallen lassen als geplant. Aber auch für die Steuerzahler könnte sich mache Privatisierung langfristig als teure Angelegenheit mit hohen Folgekosten entpuppen.

Noch bevor der geplante Privatisierungsfonds Griechenlands offiziell eingerichtet ist, dürfte bei den zuständige Stellen in Athen schlechte Stimmung herrschen. Eine Informationsveranstaltung des griechischen Staates im exklusiven Londoner Claridge's Hotel, welche die milliardenschwere Klientel der Investment-Banken und der Privaten Beteiligungsgesellschaften im Auge hatte, ist mehr als ernüchternd verlaufen. „Selbst in guten Zeiten hat Griechenland keine Investoren angezogen", so die weit verbreitete Meinung in der „City of London". Im Angebot waren 850 Häfen, 39 Flughäfen, Energiefirmen, Banken, Rüstungsunternehmen, Straßen aber auch tausende Hektar an Bauland. Kurioser Bestandteil des Angebots war auch ein 1968 stillgelegtes Salzwerk. Für das mangelnde Interesse bei potentiellen Käufern gibt es triftige Gründe: Außer an den negativen wirtschaftlichen Aussichten stoßen sich die Investoren an einer überbordenden Bürokratie, mächtigen Gewerkschaften, weitverbreiteter Korruption und einem Mangel an Transparenz der Verwaltung.

Allesamt Missstände, die über Jahrzehnte gewachsen sind und die sich auf kurze Sicht nicht abstellen lassen. Bei der Zurückhaltung privater Investoren, die sich – wenn überhaupt – nur einige Filetstücke herauspicken werden, wird die Stunde der strategischen Käufer schlagen, die langfristige politische Ziele verfolgen. China hat sich bereits den größten Hafen des Landes in Piräus gesichert und Interesse an der Staatsbahn OSE signalisiert. Ziel ist die Nutzung Griechenlands als Drehscheibe im Handel mit den Balkanländern und Europa insgesamt. Ähnlich langfristige Ziele stehen hinter Russlands Interesse am griechischen Energiesektor.



Möglicher Kandidat für eine Privatisierung: Der Duisburger Hafen Bild: mauritius

Griechenland will durch den Verkauf von Staatsbeteiligungen 50 Milliarden Euro einnehmen – noch in diesem Jahr sollen fünf Milliarden und im nächstes Jahr 15 Milliarden Euro realisiert werden. Wie ehrgeizig – aus Sicht vieler Beobachter jedoch realitätsfern – das Vorhaben ist, lässt sich daran ablesen, dass die einkalkulierten 50 Milliarden Euro fast den gesamten Einnahmen entsprechen, die Deutschland innerhalb der letzten 20 Jahre durch Privatisierungen eingenommen hat. Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat für das nächste Jahr Privatisierungserlöse in Höhe von 5,1 Milliarden Euro angekündigt – eine Verdoppelung gegenüber den ursprünglichen Planungen. Kandidaten, die für eine Privatisierung in Frage kommen, sind Post und Telekom, die Flughäfen München und Köln/Bonn sowie der Duisburger Hafen. Ein heißer Verkaufskandidat ist auch die TLG Immobiliengesellschaft, die Liegenschaften der ehemaligen „Treuhandgesellschaft" im Wert von 1,7 Milliarden Euro im Besitz hat und jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag an den Bund an Gewinn abwirft.

> Wettbewerb auf den Märkten muss vorher gesichert werden

Die griechischen und deutschen Privatisierungspläne werden auf ein reichhaltiges Angebot anderer Staaten treffen: Das krisengeplagte Irland will fünf Milliarden Euro durch den Verkauf von Beteiligungen an einer Fluglinie und Häfen des Landes einnehmen. Spanien erwägt den Verkauf von Anteilen an der Lotterie „El Gordo". Neben der traditionsreichen Lotterie werden Beteiligungen an den Flughäfen Madrid und Barcelona auf den Markt geworfen. Nahezu Ausverkaufsstimmung herrscht im Nachbarland Portugal: Der Staat will sich von der Fluglinie TAP, Elektrizitätsversorgern, Wasserwerken, TV- und Radiosendern, Flughafengesellschaften und Banken trennen. Verschwinden soll auch das Instrument der „Goldene Aktie", mit der sich der portugiesische Staat bisher Einfluss in Unternehmen gesichert hat. Auch Großbritannien denkt über den Verkauf staatlicher Beteiligung nach. Pläne zum Verkauf von Immobilien sind wegen der stark gesunkenen Marktpreise zunächst auf Eis gelegt worden. Eine Entscheidung, vor der angesichts des Überangebots an Lotteriegesellschaften, Fluglinien und Häfen nicht nur die britische Regierung stehen wird.

Allerdings ist dies nicht der einzige Fallstrick, wie Untersuchungen der Weltbank und des internationalen Währungsfonds zeigen. Vor allem bei den Versorgern wie Energie- und Wasserwerken drohen massive Preiserhöhungen, falls im Vorfeld nicht für Wettbewerb auf den Märkte gesorgt wurde. In Lateinamerika musste in den 1990er-Jahren die Hälfte der Verträge bei privatisierten Wasserwerken nachverhandelt werden, da die Preiserhöhungen für die Bürger nicht mehr tragbar waren.

Dass viele Regierungen dem ordnungspolitischen Kardinalfehler, der Privatisierung von Monopolen, widerstehen werden, wenn ihnen finanziell das Wasser bis zum Hals steht, ist kaum wahrscheinlich.

Norman Hanert

Streit um Raketen

Russen drohen mit neuem Wettrüsten

Im Vorfeld des Nato-Russland-Gipfels, der am 4. Juli in Sotschi stattfand, hatte Dmitrij Rogosin, ständiger Vertreter Russlands bei der Nato, mit einem neuen Wettrüsten gedroht, falls der Westen weiterhin auf einem Alleingang in Sachen Raketenabwehr bestehe. Russland werde dann eine eigene Raketenabwehr installieren und aus dem erst in diesem Jahr mit den USA beschlossenen Start-Abkommen über die nukleare Abrüstung wieder aussteigen. Später führte Rogosin aus, dass sein Land bereits über ein eigenes Abwehrsystem verfüge: Die Flugabwehrraketen S-300 und S-400 mit einer Reichweite von mehreren tausend Kilometern seien zum Schutz der Industrieanlagen um Moskau stationiert. Nach ihrer Weiterentwicklung könnte Russland bis 2015 über einen eigenen hochmodernen Raketenschutzschild verfügen.

Der Kreml werde seine Abwehrraketen im grenznahen Bereich zu Polen stationieren. Das Königsberger Gebiet war schon mehrfach im Gespräch. Auch die baltischen Staaten fürchten selbst 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion eine mögliche Bedrohung durch russisches Militär.

Während die Russen nach anfänglicher Ablehnung des Raketenschutzschildes nun auf Kooperation drängen, bevorzugt die Nato die Entwicklung zweier paralleler Systeme, die einander ergänzen. Die Russen fordern von der Nato vertraglich festgelegte Garantien für die eigene Sicherheit, die die Nato ihnen nicht geben will. Die Nato sei zwar bereit, die Russen zu Aufklärungsdaten, nicht aber zur Kommandostruktur zuzulassen, erklärte der Militärexperte Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (Bits) auf eine Presseanfrage. Angesichts dieser festgefahrenen Positionen wundert es nicht, dass der Nato-Russland-Gipfel ergebnislos verlief. Experten glauben, dass es erst 2012 oder 2013, also nach den Präsidentenwahlen in Russland und den USA zu einer Einigung in der Sache Raketenschutzschild zwischen der Nato und Russland kommen wird. Zurzeit dürfte keine der beiden Seiten – schon allein aus wirtschaftlichen Gründen – an einem neuen Wettrüsten interessiert sein. Die USA stehen am Rande der Zahlungsunfähigkeit und Russland kämpft mit Inflation und steigenden Verbraucherpreisen. *M. Rosenthal-Kappi*

> Einigung erst nach 2012 zu erwarten

Eingefangen und verkauft

In der Dritten Welt blüht wieder der Sklavenhandel – Freikäufe umstritten

Mit einem dringenden Appell hat sich John Eibner, US-Geschäftsführer der Organisation Christian Solidarity International (CSI), an das Repräsentantenhaus in Washington gewandt und gefordert, die Sklaverei im Sudan müsse ein Ende haben, sonst sei ein dauerhafter Friede im neuen Staat Südsudan nicht erreichbar. Im Zeichen von rassistischem und religiösem Fanatismus würden noch immer mit Billigung der Regierung in Karthum vor allem Frauen und Kinder des Stammes der Dinka aus dem Gebiet Bahr-al-Ghazal (Gazellenfluss) und des Nubaflusses als Sklaven gehalten. Dort befindet sich die Nahtstelle zwischen dem muslimischen Norden und dem christlich oder animistisch orientiertem Süden, vornehmlich von Menschen dunkler Hautfarbe besiedelt. Verschärft werden die Spannungen immer wieder auch dadurch, dass im Süden reiche Ölquellen sprudeln, deren „schwarzes Gold" bislang auf Rechnung der Nordens vor allem vom Roten Meer aus nach China verschifft wurde.

Zurzeit leben, so nordsudanesische Regierungsquellen, rund 35 000 solcher Unfreien im Norden des Landes. Sie wurden zum großen Teil während des Bürgerkrieges zwischen den beiden Landesteilen von bewaffneten Reiterhorden eingefangen. Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen bestätigt die Sklaverei im Sudan, nachdem unabhängige Untersuchungskommissionen durch das Land reisten und entsprechende Belege fanden.



Menschen als Ware: Freigekaufte sudanesische Sklaven Bild: imagetrust

Der Sklavenhandel in Nordafrika, von Mauretanien und der Elfenbeinküste bis in den Sudan, hat eine lange, durch den Koran gedeckte Tradition. Leibeigene werden als selbstverständliche Einrichtung aufgeführt, sollten allerdings eine gute Behandlung erfahren. Auch in Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria, Togo und Benin werden meist Kinder als Sklaven rekrutiert, die in den Kakaoplantagen der Westküste ungeschützt Pestizide versprühen und schwere Lasten tragen müssen. Die UN-Sonderberichterstatterin zur Sklaverei, Gulnara Shahinian aus Armenien, hat wiederholt öffentlich die mauretanische Regierung abgemahnt.

Menschenrechtsgruppen wie SOS Esclaves gehen von 600 000 Leibeigenen allein für Mauretanien aus, obwohl es in dem fundamentalistisch geführten Staat seit 2007 ein Gesetz gegen die Sklaverei gibt. Terres des hommes rechnet weltweit sogar mit mehr als zwölf Millionen versklavten Menschen, wobei auch sogenannte Zwangsarbeiter erfasst sind. Diese gibt es in Brasilien, in Indien, in Pakistan, in Nepal und in Bangladesch. In Nepal trifft es vor allem tausende minderjähriger Mädchen zwischen dem vierten und dem 15. Lebensjahr. Als sogenannte „Kamalaris" sind sie rechtlos und haben bis zu 16 Stunden zu arbeiten, werden zudem oft sexuell missbraucht. Tausende werden auch an Bordelle im benachbarten Indien verkauft. Haiti und die Dominikanische Republik stehen ebenfalls auf der Liste der inkriminierten Staaten.

Auf Kritik vor allem von Unicef und der britischen Organisation Anti Slavery International stößt immer wieder die Praxis von CSI, Sklaven freizukaufen und dafür Spenden zu sammeln. Das ermutige geradezu, sich immer neue Opfer zu beschaffen, um an die harten Dollars von CSI zu kommen. Erst dadurch werde ein lukrativer Markt für den Sklavenhandel geschaffen. Aus diesem Grund wurde bereits das System der Identifizierung mittels Fingerabdruck eingeführt, um einen Mehrfachverkauf zu verhindern. *Joachim Feyerabend*

So wichtig wie das Militär

Israel investiert kräftig in Wissenschaft und Bildung – Bedeutender Standortvorteil für die Wirtschaft

Seit vielen Jahren und Jahrzehnten bringt Israel, das kleine und in vieler Hinsicht bedrohte Land am Mittelmeer, viele Nobelpreisträgern und tausende erfolgreiche Patente hervor. Das ist ein wesentlicher Standortfaktor, der erheblich zum Erfolg der israelischen Wirtschaft beiträgt. Worin aber liegt dieses „israelische Geheimnis“ der erfolgreichen Forschung?



Rehovat: Solarenergieanlagen auf dem Gelände des Weizmann-Instituts

Bild: akg images

Es „basiert auf dem Bildungssystem“, verrät der Präsident der Tel Aviv University (TAU), Joseph Klafter, freimütig. Es brauche eine Grundstimmung in einem Land, in der Bevölkerung, die quasi in der Luft liege. Auch die Israelis könnten „Innovation nicht lehren“, sie aber den Studierenden erklären. Denn „passieren“ müssten die neuen Entdeckungen bei den Studenten selbst, so der Präsident der TAU.

Wer Israel besucht und dabei die Wissenschaftsszene in Augenschein nimmt, dem fällt eines auf: Selbst wissenschaftsferne Menschen, die ihr Leben lang mit Forschung selbst nichts zu tun hatten, sind stolz auf die Wissenschaftstürme des kleinen Landes. Sie gehören in vielen Bereichen der Forschung zu den besten weltweit. Dieser Erfolg entsteht jedoch nicht rein zufällig oder auf Grund einer überdurchschnittlichen Intelligenz der Bevölkerung. Die Investitionen für Bildung und Forschung stehen neben den Ausgaben für das Militär ganz oben auf der Agenda des Landes.

Das Weizmann Institute of Science (WIS) ist einer dieser weltberühmten „Leuchttürme“ der Wissenschaft. Die Anfänge des WIS, das 1949 offiziell gegründet wurde, gehen auf das Daniel-Sieff-Forschungsinstitut zurück, das 1934 von Israel und Rebecca Sieff im Gedenken an ihren Sohn Daniel gestiftet wurde. Die treibende Kraft hinter der wissenschaftlichen Arbeit an diesem Institut war Chaim Weizmann, ein renommierter Chemiker und Zionist, der später zum ersten Präsidenten des Staates Israel gewählt wurde.

Eine Wissensmaschine der Extraklasse wird das WIS auch genannt, weil aus seinen Reihen bereits 1400 Patente angemeldet und 169 Abkommen mit israelischen Firmen verzeichnet werden konnten. Im Jahre 1954 entwarf man hier einen der ersten Computer der Welt, später wurden wichtige Medikamente zur Behandlung von Multipler Sklerose und von Krebserkrankungen entdeckt.

Elite und Topqualität gelten hier als erstrebenswert

Der heutige Präsident des WIS, Daniel Zajfmann, nennt als Hauptfaktor für diesen Erfolg die von „Neugier und Leidenschaft angetriebene Forschung“. Was wie ein Allgemeinplatz klingt, den viele Bildungspolitiker gerne im Munde führen, hat beim WIS einen konkreten Hintergrund: die richtigen Mitarbeiter und die richtigen Studierenden. Die 250 Dozenten und nur 1000 graduierten Studierenden sind handverlesen. Nur die Besten dürfen an dieser Universität mit dem einmaligen Lehrer-Studierenden-Verhältnis lehren oder lernen.

Studiengebühren gibt es nicht. „Wir zahlen für sie, also müssen wir sie auch aussuchen“, sagt der WIS-Präsident. Ein in Deutschland fremdes Denken, ebenso wie der Wille, die „absolute Topqualität“ zu erreichen, wie Zajfmann betont. Man müsse die Studierenden auch richtig behandeln, wozu ein schöner Campus unabdingbar dazu gehöre; ein schönes Umfeld „inspiriere die Studenten“ beim Lernen ebenso wie „freie Luft zum Atmen“, womit er unumwunden einer Entschulung des Studiums das Wort redet. Zum Forschen brauche man die absolute „Freiheit zum Denken“, was extrem wichtig und eben nicht billig zu haben sei.

Die Finanzen fließen auch in Israel nicht von selbst. Wer israelische Universitäten besucht, findet an vielen Gebäuden Tafeln mit den Namen von Mäzenen, die ihr Geld nicht in Aktien oder Immobilien, sondern selbstlos in die Bildung investieren. Das Weizmann-Institut hat für 2011 ein Budget von 200 Millionen Euro. Ein Drittel kommt vom Staat, ein Viertel von den Wissenschaftlern über eingewobene Sponsorengelder (Grants), der Rest und somit knapp die Hälfte wird gespendet. Dabei spielt der „Endowment Fund“ der WIS mit derzeit 1,2 Milliarden Euro Kapital eine wichtige Rolle. Er wird von ehemaligen Studenten und Philanthropen gefüttert. 65 Prozent dieses Fonds sollen nie angetastet werden. Im Laufe der Zeit soll das Kapital weiter wachsen, sodass die Universität nur aus der Universität gefördert werden kann. Ein ähnliches Konzept verfolgt auch die weltberühmte Harvard-University in Boston. Erhebliche Mittel investiert das WIS in eine erfolgreiche „Wissenschafts-Vermittlung“. Das 2001 gegründete „Davidson Institute for Science Education“ will „Null bis 120-Jährigen“ die Forschung näherbringen, berichtet Zajfmann. Egal ob jung oder alt, für die Forschung und deren teilweise bahnbrechende Erkenntnisse ließen sich viele begeistern. Nicht zuletzt auf diesem Wege überlegt sich dann der eine oder andere, in eine wissenschaftliche Karriere einzusteigen oder ein Teil des eigenen Vermögens den großen Fonds des WIS zu stiften – um so das Leben der zukünftigen Generationen nachhaltig und erfolgreich zu fördern.

Förderung durch Wirtschaft und Mäzene spielt eine große Rolle

Hinrich E. Bues

KURZ NOTIERT

Japaner entdecken seltene Erden: Auf dem Meeresboden des Pazifik haben japanische Geologen umfangreiche Lagerstätten der sogenannten Seltenen Erden entdeckt. In einem elf Quadratkilometer großen Gebiet in internationalen Gewässern vor Hawaii konnte in einer Tiefe von 3500 bis 6000 Metern eine hohe Konzentration der Metalle ermittelt werden: In zehn Liter Tiefseeschlamm wurden bis zu neun Gramm der in Oxid-Verbindungen vorliegenden Metalle ermittelt. In nur einem Quadratkilometer des untersuchten Meeresbodens lagern genügend Seltenerdmetalle, um ein Fünftel des jährlichen globalen Bedarfs zu decken. *N.H.*

Sorgenfall Slowenien: Das im Jahr 2007 der Euro-Zone beigetretene Slowenien hat zunehmend Probleme, sein Haushaltsdefizit zu begrenzen. Das lange Zeit als wirtschaftlich solide geltende Land wird bis zum Jahresende ein Defizit von 5,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Staatshaushalt vorweisen. Besondere Besorgnis erregt der schnelle Anstieg der Staatsschulden, deren Quote 2005 erst bei 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag und die im Jahr 2011 bereits die 40 Prozent-Marke überschreiten wird. *N.H.*

Bankenrettung in Moskau: Zehn Milliarden Euro kostet Russland die Rettung der „Bank von Moskau“, die erst vor kurzem in feindlicher Übernahme von der staatlichen Außenhandelsbank (VTB) übernommen wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die immense Finanzlücke noch nicht bekannt. Der Fall der „Bank von Moskau“ hatte mit der Absetzung des ehemaligen Bürgermeisters Jurij Luschkow begonnen. Der flüchtige, Luschkow nahestehende Bankmanager Andrej Borodin wird verdächtigt, die Krise durch faule Immobilienkredite in großem Stil hervorgerufen zu haben. Die russische Zentralbank gewährt der Bank von Moskau nun einen Zehnjahreskredit über 7,4 Milliarden Euro zum Zins von 0,25 Prozent. Weil ausländische Gläubiger von einem Bankrott der Bank betroffen wären, zieht der Staat die teure Rettung vor. *MRK*

Polens Griff in die Trickkiste

Vierzehn Kohlekraftwerke von Emissions-Abgaben befreit

Einen Tag vor Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen scheinen die Behörden des Landes noch einmal tief in die Trickkiste gegriffen zu haben: Noch fristgerecht vor Auslaufen einer Sonderregelung am 30. Juni wurde für 14 Kohlekraftwerke eine Befreiung von Kohlendioxid-Abgaben erteilt, so die Umweltschutzorganisation „Client Earth“. Nur in einem einzigen Fall soll die Bedingung für die Erteilung einer Befreiung von den Emissions-Abgaben wirklich erfüllt sein. Voraussetzung wäre es gewesen, dass bis zum 31. Dezember 2008 zumindest die Finanzierung der Bauvorhaben auf den Weg gebracht worden wäre. Nach Recherchen von „Client Earth“ ein Ding der Unmöglichkeit. Demnach lag nur in einem Fall eine termingerechte Baugenehmigung vor – nach polnischem Baurecht die Voraussetzung, um für die Kraftwerksbauten offiziell die Finanzierung einzuleiten.

Bis zum 31. September muss die EU-Kommission Stellung zu den erteilten Genehmigungen beziehen. Zurück gehen die derzeit über Gebühr gedehnten Sonderregelungen auf EU-Verhandlungen im Jahr 2008. Damals war es der polnischen Führung gelungen, großzügige Übergangsfristen bei der Begrenzung der Kohlendioxid-Emissionen auszuhandeln. Noch im Jahr 2013 können 70 Prozent der Emissions-Berechtigungen im eigenen Land kostenfrei zugeteilt werden, erst im Jahr 2020 soll der Anteil der zu bezahlenden Emissions-Zertifikate auf 100 Prozent steigen. Die Polen zugeteilten Emissionsmengen waren so reichlich bemessen, dass nicht genutzte Emissions-Zertifikate in der Vergangenheit an Spanien und Irland weiterverkauft werden konnten. Letzter Höhepunkt dieser Politik war die Blockade einer weiteren Erhöhung des Reduktionsziels bei Kohlendioxid-Emissionen auf einer Tagung der EU-Umweltminister am 21. Juni 2011.

Bedingungen sind nur in einem einzigen Fall erfüllt

In Deutschland hat unterdessen der Bundestag am 7. Juli 2011 den Weg für die unterirdische Kohlendioxid-Speicherung freigemacht. Erstmals zum Einsatz könnte das umstrittene Verfahren im brandenburgischen Jänschwalde kommen, wo das Unternehmen Vattenfall ein 250 Megawatt-Demonstrationskraftwerk für 1,5 Milliarden Euro errichten will. Neben hohen Kosten könnte sich die deutsche Energiewirtschaft in Zukunft allerdings auch noch mit einem triumphierenden polnischen Umweltminister konfrontiert sehen. Nicht ausgeschlossen ist, dass sich Andrzej Kraszewski demnächst als Vorreiter beim Klimaschutz präsentieren wird. Michael Mann von der „Boston University“ – renommierter Verfechter der These eines vom Menschen verursachten Klimawandels – will eine der Ursachen des vorübergehende Stillstands der globalen Erwärmung zwischen 1998 und dem Jahr 2008 herausgefunden haben: Im Fachmagazin „Proceedings of the National Academy of Sciences“ nennt er die überproportionale Steigerung der Kohleverbrennung in China als eine der Ursachen für den Stillstand der Erwärmung. Die bei der Kohleverbrennung freiwerdenden Schwebteilchen der Schwefelgase wirken in der Atmosphäre abkühlend, weil sie das einfallende Sonnenlicht reflektieren. *N.H.*

Kraftstoff der Zukunft

Carbozol könnte der Brennstoffzelle zum Durchbruch verhelfen

Nach langer Durststrecke könnte die Brennstoffzelle als Antrieb von Autos vor dem Durchbruch stehen. Die entscheidende Wende dazu könnte von dem Kohlenwasserstoff Carbazol ausgehen. Angesichts langfristig schwindender Erdölreserven forschen weltweit Autohersteller und Zulieferer an neuen Antriebstechniken. Schwerpunkt derzeit sind Elektroautos mit Hochleistungsbatterien. Allein BASF, größter Chemiekonzern der Welt, will in den nächsten Jahren einen dreistelligen Millionenbetrag in die Forschung und Produktion von neuartigen Batterien investieren.

Wasserstoff, lange Zeit als Energieträger der Zukunft gehandelt, weist immer noch zahlreiche Probleme in der alltäglichen Anwendung auf. Der Durchbruch der Brennstoffzellentechnik mit Wasserstoff könnte nun von einem Zusatzmittel kommen, an dem Wissenschaftler der Universität Erlangen-Nürnberg forschen: N-Ethylcarbazol, kurz Carbazol genannt. Als Zusatz zu Wasserstoff scheint Carbazol bekannte Nachteile, an denen die Brennstoffzellentechnik immer noch krankt, zu vermeiden. Wasserstoff muss stark gekühlt oder unter hohem Druck gelagert werden – Durch Zugabe von Carbazol kann der flüchtige und hochexplosive Wasserstoff quasi gezähmt werden. Es dient dabei nur als Trägersubstanz, die selbst nicht verbraucht wird. Mithilfe eines Katalysators kann dem Carbazol der gespeicherte Wasserstoff wieder entzogen werden, damit dieser anschließend in einer Brennstoffzelle zu Strom für einen Elektroantrieb umgewandelt werden kann. Zurückbleiben würde das entladene, nun energiearme Carbazol, das an einer Tankstelle gegen energiegeladenes, wasserstoffhaltiges Carbazol ausgetauscht würde. Wolfgang Arlt, Professor für Verfahrenstechnik, hat zur weiteren Forschung einen Förderantrag über 400 000 Euro beim Bundesverkehrsministerium gestellt. Seiner Meinung nach lässt sich mit Carbazol bei vergleichbarem Volumen wesentlich mehr Energie speichern als mit Batterien oder flüssigem Wasserstoff. Auch im Ministerium, dass den Förderantrag prüft, wird das Potenzial des Carbazols gesehen: „Das Zeug ist ein Wundermittel“, gibt sich Staatssekretär Rainer Bomba im Interview mit „Auto Bild“ überzeugt. Etwas mehr Bedenken scheinen noch die Autohersteller zu haben, die noch ungelöste Probleme sehen. Unklar ist, ob diese Hindernisse wirklich so schwerwiegend sind oder ob man eine weitere Verzögerung bei der Einführung der bisher schon vorliegenden Wasserstofftechnik vermeiden will. Daimler hat mit Wasserstoff-Fahrzeugen (F-Cell) immerhin erfolgreich eine „Weltumrundung“ absolviert und die Einsatzreife der Technik bewiesen. Was zur Marktreife fehlt, ist ein flächendeckendes Tankstellen-Netz für Wasserstoff.

Effizienter als Batterien und flüssiger Wasserstoff

Die Forschung an der neuen Generation von Hochleistungs-Batterien ist allerdings bisher auch noch nicht abgeschlossen. Trotz hoher Beträge, die in die Forschung geflossen sind, ist der entscheidende Durchbruch noch nicht geglückt. Batteriebetriebene Elektroautos kranken nach wie vor an einer zu geringen Reichweite. Sollte die Forschung an Carbazol schnell genug vorankommen, hätte der Kohlenwasserstoff das Potenzial, die Nachfolge des heute verwendeten Benzins anzutreten. *N.H.*

Weitab vom Pfad

Von Jan Heitmann

Ausgerechnet die! Das wird mancher gedacht haben, als bekannt wurde, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) die Ex-Bischöfin Margot Käßmann zu ihrer „Lutherbeauftragten“ ernannt hat. Genau die, die während ihrer Zeit im hohen Kirchenamt weniger durch theologisches Wirken, sondern vielmehr durch unqualifizierte Äußerungen zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aufgefallen ist. Ausgerechnet die, die sich selbst in ihrem Denken und Handeln nur ungern an Luther zu orientieren scheint. Nicht erst seit dieser Personalentscheidung fragt man sich, was eigentlich in die EKD gefahren ist. Seit langem laufen ihr die Mitglieder weg, in den Gottesdiensten herrscht gähnende Leere. Doch statt ihr kirchliches Profil zu schärfen und den Menschen wieder eine geistliche Heimstatt zu geben, betreibt sie eine Art Nebenpolitik. Libyen, Stuttgart 21, Hartz IV oder die Bundeswehr – alles Themen, zu denen sie sich mehr oder minder qualifiziert zu Wort meldet. Noch gut in Erinnerung ist der letzte Kirchentag Anfang Juni in Dresden, bei dem die Grünen das Zepter übernommen und die Veranstaltung zu ihrem Parteitag umfunktioniert haben. Keine Frage, Kirche soll sich auch einmischen. Aber nicht so.

Die Deutschland-Blase

Von Hans Heckel

Nun auch noch für Italien zahlen? Banken-Experte Hans-Peter Burgdorf warnt im ZDF vor den Reaktionen der Deutschen: „Ich habe das Gefühl, das machen die Menschen nicht mehr mit. Das führt zu weit.“ Viele Argumente sind den deutschen Euro-Befürwortern nicht geblieben, um ihre Landsleute von den Vorzügen zu überzeugen, die „gerade unser Land“ angeblich aus der Einheitswährung zieht.

Neben nebulösen Hinweisen auf die kriegerische Vergangenheit Europas, die ohne Euro unsere Zukunft werden würde (was kaum jemand glaubt), hört man vor allem eines: Der deutsche Export profitiere auf einmalige Weise vom Euro, ein Kollaps der Währung und die Einführung eines Nord-Euro oder gar wieder der D-Mark könne dem Außenhandel Deutschlands schweren Schaden zufügen.

So erstaunlich es aus der Feder eines erklärten Euro-Skepikters wie des Verfassers dieser Zeilen klingen mag: Hier haben die Euro-Befürworter sogar Recht. Aber genau darin liegt das Problem.

> Der Euro verzerrt die deutschen Export-Bedingungen

Eine Währung spiegelt, normalerweise, die Stärke ihrer Volkswirtschaft wider. Sie spiegelt sich in Zinsniveau und Wechselkursentwicklung. Wer dieses Gleichgewicht von Währung und Wirtschaftskraft aus den Angeln hebt, der kann kurzfristig durchaus Vorteile ziehen. Etwa, wenn eine Währung, die ungleich härter ist als die Volkswirtschaft, der sie dient, niedrige Zinsen ermöglicht. Die durch „geliehene Stabilität“ niedrigen Zinsen erst entfachten die Immobilienblase in Spanien und die Schuldenparty in Griechenland.

Heute sehen wir jedoch, dass die Realität damit nur zugedeckt wurde. Mit den De-facto-Pleiten im Süden erhebt sie so grausam wie schockartig ihr Haupt.

Deutschland hat, gemessen an seiner Konjunktur, derzeit viel zu niedrige Zinsen, was seine Wirtschaft billig an Geld kommen lässt. Dies ist Folge der Schwäche in anderen Euro-Ländern, deretwegen auch der Wechselkurs unserer Währung weit unter einem Deutschland derzeit angemessen Niveau liegt. Folge: Deutschland ist beispiellos günstig, der Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt ist von einem Drittel auf die Hälfte gestiegen, was eine enorme Abhängigkeit vom Außenhandel mit sich bringt.

Nebenbei dämpft der billige Euro auch den Kostendruck, der die deutsche Wirtschaft zu D-Mark-Zeiten zur Weltmeisterschaft in Innovation zwang. Aber eben nur vorrübergehend, wie das Schicksal der Süd-Länder lehrt. Eines Tages wird der Markt die Verzerrung platzen lassen. Dann platzt auch eine Deutschland-Blase, die ihre Entstehung zu einem wesentlichen Teil den schiefen Relationen verdankt, die der Euro herbeigezaubert hatte. Und dann entpuppen sich die derzeit so günstigen Export-Bedingungen als schädliches Doping.



Die deutsche Industrie boomt, doch schon 50 Prozent der Wirtschaftsleistung wird im Export erwirtschaftet – ein bedenklich hoher Wert: Arbeiterin an der Kabelnabe einer Windkraftanlage in Husum

Bild: H. Proepper/dapd

Trotz ihrer Angst

Von Christian Rudolf

Seit fünf Wochen in Folge gehen in Weißrussland Menschen gegen das Lukaschenko-Regime und für mehr politische Freiheit auf die Straße. Regelmäßig Mittwoch für Mittwoch. Nicht mehr nur in der Hauptstadt Minsk, sondern auch in 20 weiteren Städten. Und wenn es nur einige Hundert auf einmal sind – sie sind da. Im demonstrationsverwöhnten Berlin schaut bei einer der gefühlt zehn Demonstrationen täglich gegen dieses oder jenes kaum einer mehr auf. Aber im diktatorisch regierten Minsk gehen Bürger, die sich ohne Genehmigung unter freiem Himmel versammeln, ein echtes Risiko ein – Studienplatz, Arbeitsstelle und körperliche Unversehrtheit stehen auf dem Spiel. Doch auch brutale Polizeigewalt und Massenverhaftungen – 1700 Menschen hat das Regime bisher wegsperren lassen – haben den Zulauf der Unzufriedenen nicht stoppen können.

Die aktuelle Protestwelle hat keinen Spiritus rector, der sie leitet. Wie auch – die Führer der Opposition sitzen entweder im Gefängnis oder sind emigriert. Die Leute führen keine Fahnen und Transparente mit sich, ihre politischen Vorstellungen sind noch diffus und sie eint kein Programm. Es wäre sicherlich verfrüht, in den Protesten schon Anzeichen für eine Revolution zu sehen, die den Diktator Lukaschenko aus dem Amt fegen könnte. Doch deren Regelmäßigkeit ist neu und die Unruhe im Volk spürbar. Auch in der DDR 1989 hat alles mit der miesen Versorgungslage begonnen und damit, dass die Menschen trotz ihrer Angst und der Übermacht des Unterdrückungsapparates immer wieder auf die Straße gegangen sind.

Moment mal!



FDP bei 25 Prozent – wie ginge das?

Von Klaus Rainer Röhl

Die FDP dürfte nach dem Allensbacher und anderen Demoskopie-Instituten gar nicht mehr in der Regierung sein. Westerwelle schon lange nicht mehr Außenminister. Der sich einst die von seinem Parteifreund Jürgen Möllemann angepeilten 18 Prozent unter die Schuhsohlen und auf sein lächerliches Guido-Mobil aufmalen ließ, ist nur noch Außenminister auf Butterbrot und wird international nicht ernst genommen.

Die Aussichten für die FDP, in den nächsten Bundestag zu kommen, sind zurzeit fast null. Wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde, mit mehr Glück als Verstand, doch noch überspringt, ist sie für die Union kein Partner mehr für eine Regierungsbildung. Nach den Angstwahlen und der deutschen „Energiewende“ kommen nur noch SPD und Grüne in Betracht, um Angela Merkels Ziel zu erreichen, ihre Macht, koste es, was es wolle, zu behalten. Die Wahlen sind aber erst 2013. Bis dahin regiert die FDP noch mit. Kopflos durch bis 2013, ohne eigenes Konzept. Die Panik-Wende der Union zu den „erneuerbaren Energien“ und das mehr als panisch zu nennende Spiel mit dem Euro-Rettungsschirm haben (fast alle) FDP-Abgeordneten abgenickt. Wohl wissend, dass die „Energiewende“ nur mit neuen Kohlekraftwerken und viel Russen-Gas von Schröders Gazprom bewerkstelligt werden kann und der sogenannte „Rettungsschirm“ ein Milliarden-Grab auf Kosten der deutschen Steuerzahler wird. Augen zu und durch. Aber die Zahl der FDP-Mitglieder und Abgeordneten wächst, die weiter denken als bis zum Wahltag. Junge Frauen und Männer, die auch nach diesem Datum noch in einer wahrnehmbaren liberalen Partei sein wollen. Da keine charismatische Führungsfigur ihnen den Weg wies und sie auch eher ein Misstrauen gegen charismatische Führer hegen, haben sie beschlossen, das Schicksal der Partei nunmehr selbst in die Hand zu nehmen. Als eine Gruppe innerhalb der FDP, als „Liberaler Aufbruch“. Solche Gesprächsgruppen gab es immer in der Partei, ihre Duldung gehörte zum liberalen Selbstverständnis. Ob es linksliberale Gesprächskreise waren wie der um die Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger oder nationalliberale wie die Gruppe „Liberale Offensive“ um den ehemaligen Generalstaatsanwalt Alexander v. Stahl, der von seiner eigenen Parteifreundin Leutheusser-Schnarrenberger aus seinem Amt geworfen wurde. Die Nationalliberalen gab es seit der Gründung der FDP. Heuss, Dehler, Mende zählten dazu und auch Graf Lambsdorff. Mit der Wahl Westerwelles als Parteivorsitzendem verschwand die „Liberale Offensive“ jedoch von der Bildfläche. Im Herbst 2000 lud mich eine Gruppe von FDP-Mitgliedern zu einer Lesung ein, nach Lemgo in Westfalen. Lauter blutjunge Leute. Und wen traf ich da? Unverhofft kommt oft: Frank Schäffler. Heute Bundestagsabgeordneter und Mitgründer des „Liberalen Aufbruch“.

> Zahl der FDP-Mitglieder, die weiter als bis zum Wahltag denken, wächst

Auf 20 bis 25 Prozent schätzen die jungen Liberalen die Chancen für eine erneuerte, wirklich liberale FDP. Wie nicht anders zu erwarten, versucht die linksliberale Presse, aufmerksam die Szene überwachend, jeden Widerstand gegen das System zu personalisieren. „Spiegel“-Journalismus ist Personalisierung. Das kann auch heißen, einen unliebsamen Abweichler vom Mainstream als Ziel für einen späteren Abschuss zu markieren. Ein „Spiegel“-Reporter wird in Marsch gesetzt, um Frank Schäffler zum Anführer des „Widerstands gegen die Euro-Rettung“ zu ernennen. Einer ist also gegen die „Rettung“. Schlimm. Der Reporter begleitet den Abgeordneten zu einer Talkshow, zu Vorträgen nach Marburg und nach Bern in der Schweiz, immer bemüht, den 42-jährigen als pausbäckig, naiv, eitel und verlegen wie ein „Schüler bei der Abiturprüfung“ ein bisschen herabzustufen. Aber die Zielmarkierung gerät zum Gegenteil: Der „Spiegel“-Schreiber wird zum Propagandisten des Abweichlers: „Mit jeder schlechten Nachricht vom Euro gewinnt Schäfflers Position neue Anhänger. Vor über einem Jahr, als der Bundestag die ersten Hilfen für Griechenland beschloss, stimmte Schäffler dagegen – als Einziger in der FDP. Als es wenig später um den Euro-Rettungsschirm ESFS ging, hatte er in der Fraktion zwei Sympathisanten. Der Antrag, in dem Schäffler die Euro-Wut der Basis zu bündeln versuchte, fand auf dem Parteitag in Rostock immerhin 173 Unterstützer.“ Was eine richtige „Spiegel“-Häme sein will, muss natürlich das Wichtigste auslassen. Die Existenz des „Liberalen Aufbruch“ wird brav verschwiegen. Die Anträge und Programme des „Aufbruchs“ nicht gelesen und die wachsende Zahl ihrer Unterstützer nicht erwähnt. Doch im Zeitalter des Internets ist das nutzlos, jeder kann heute das Programm des „Liberalen Aufbruch“ lesen.

Im Bundestag bilden die Euro-Gegner längst eine verschworene Gemeinschaft, zusammen mit anderen Abgeordneten. Wenn 20 von ihnen gegen den „Europäischen Rettungsschirm“ stimmen, hat Merkel keine eigene Mehrheit mehr. Und dann? Neuwahlen? Oder durchwursteln bis 2013? Was tun, wenn die FDP sich dann mit vier Prozent oder 4,9 Prozent wiederfindet? Vielleicht müssen die Liberalen dann einmal die Geschichte der österreichischen Schwesterpartei FPÖ studieren. Jahrelang blieben die dortigen Liberalen bei sechs Prozent der Stimmen im Nationalrat einflusslos. Bevor Jörg Haider 1983 Parteivorsitzender wurde und anfing, die Partei umzukrempeln und gegen die verfilzten sozialdemokratischen und christdemokratischen Großparteien einen konsequent liberalen Kurs anzusteuern, war die FPÖ auf dem Tiefpunkt, erhielt noch gerade mal fünf Prozent der Stimmen. Unter Haider wurde die FPÖ bei einer der nächsten Wahlen mit 26,9 Prozent die zweitstärkste Partei und bildete mit den dortigen Christdemokraten eine Regierungskoalition. Die Linke war aus dem Häuschen, in ganz Europa. Haider sei Populist. Viel mehr konnte man nicht vorbringen. Der Druck auf die FPÖ wurde übergroß. Doch die Partei hielt stand. Nach langem parteiinternem Hin und Her und dem frühen, bis heute nicht ganz aufgeklärten Tod des Kärntners, könnte die Schwesterpartei der FDP unter dem neuen Parteiobmann Heinz-Christan Strache mit zu erwartenden 30 Prozent der Stimmen bei der nächsten Wahl sogar das Kanzleramt übernehmen. Auch Strache und seine FPÖ sind, wer würde das anders erwarten, dagegen, dass Milliarden EU-Gelder in ein Fass ohne Boden wie das sogenannte „Rettungspaket“ gepumpt werden.

> Der Blick nach Österreich weist den Weg zum Erfolg

Was lernen wir daraus? Um es kurz zu machen, die FDP muss, wenn sie in zukünftigen Wahlkämpfen nicht mehr als die Interessenvertretung von Hoteliers und Zahnärzten gelten will, etwas weniger vom Geld reden und mehr mit den „Menschen in unserem Lande“. Liebe Parteifreunde! Die nächste Wahl kommt bestimmt. Von Österreich lernen heißt siegen lernen. Wir brauchen eine wirklich freiheitliche FDP, die nicht nur über Steuern redet, sondern auch von der individuellen Freiheit in unserem Land. Freiheit für alle. Um Himmels willen, keine Ausländerfeindlichkeit. Aber: Etwas mehr Deutschfreundlichkeit stünde der Partei gut an. Die „Menschen in diesem Lande“, das sind nämlich die Deutschen. Erinnern wir uns an das Wort des großen Graf Lambsdorff: „Immer, wenn versucht wurde, Freiheit, Rechtsstaat und offenes geistiges Klima dadurch zu schützen, dass man sie einschränkt, war der Totalitarismus hinterher eher stärker als schwächer ... Genau das geschieht aber, wenn schon manchem Konservativen aus den demokratischen Parteien ein hässlicher rechter Aussatz angedichtet wird oder wenn schon bei den nationalliberalen Mitgliedern der FDP eine Gleichsetzung mit Rechtsradikalen erfolgt. Nationalliberale sind immer ein Teil der FDP gewesen.“ Schluß der Debatte? Nein. Beginn der Debatte.

Wo Christo und Canetti lebten

Bulgarien: Bekannt durch seine Sandstrände – Handwerkskunst und Traditionen wurden immer gepflegt

Der Balkan, das sind nicht nur Bruderkrieg und ethnische Auseinandersetzungen. Bulgarien, die Heimat von Christo und Elias Canetti, bietet neben Sandstränden entlang der Schwarzmeerküste auch einzigartige Kulturschätze.



Historisches Balkandorf: Viele alte Häuser wie dieses und typisches Kopfsteinpflaster in Bozhentsi Bild: R. Diekmann

Einst hielten die dicken Mauern der gewaltigen Festungsanlage Carevec oberhalb des Jantra-Flusses feindliche Truppen davon ab, die Region zwischen Balkangebirge und Donauebene zu erobern. Heute lockt das historische Mauerwerk zahlreiche Touristen an, die sich zu jeder Jahreszeit durch das restaurierte Tor des Balduin-Turms über Ruinen hinauf zur Hügelspitze bemühen, wo einst die Zaren und Patriarchen repräsentative Paläste bewohnten.

Die Häuser der denkmalgeschützten Stadt Weliko Tarnowo erinnern an Schwalbennester auf felsigem Grund und umschließen die Festung wie ein Gürtel. Zwischen den drei Hügelplateaus oberhalb der Jantra-Schleife entstanden Wohnbezirke für Asenen, Juden und Franken. Allein im Stadtteil Assen gibt es ein halbes Dutzend sehenswerte Kirchen zu erkunden. Die berühmtesten Bauten in der Altstadt wurden von Nikola Ficew entworfen, der den neuzeitlichen Baustil der nationalen Wiedergeburt maßgeblich prägte. Von Ficew stammt auch das Wirtshaus des Hadzi Nikoli, das heute Weinbar, Restaurant und ein ethnografisches Museum beherbergt.

Nach der Zerstörung Tarnowos durch die Osmanen im Jahr 1393 zogen sich Klerus und Aristokratie ins vier Kilometer entfernte Arbanassi zurück. Geschickt und lautlos nutzten die Flüchtlinge die bereits vorhandenen Verkehrs- und Kontaktstrukturen und bauten den kleinen Ort zu einem strategischen Knotenpunkt des Handels auf dem Balkan aus. Die stattlichen Herrenhäuser und architektonisch geformten Brunnen aus dem 16. und 17. Jahrhundert bezeugen eindrucksvoll den ökonomischen Wohlstand der privilegierten Bewohner jener Zeit. Den besten Blick über das Balkangebirge hat man übrigens vom Hotel Arbanassi-Palast, der ehemaligen Residenz Todor Schiwkows, der von 1954 bis 1989 Staatschef von Bulgarien war. Das malerische Dorf blieb der Nachwelt in seiner ganzen Schönheit erhalten und gilt als Schmuckstück architektonischer Meisterleistung (Weltkulturerbe der Unesco). Sehenswert sind das Dragostinow-, Konstantzaliew- und Hadjiilew-Haus sowie die sieben christlich-orthodoxen Kirchen. Besonders eindrucksvoll ist die Metropolitenkirche Geburt Christi aus dem 17. Jahrhundert mit reich verzierten Innenwänden und Deckengemälden, die auf Kirchgänger und Besucher eine starke Wirkung ausüben. Wer in den mit Gold und Silber geschmückten Gotteshäusern andächtig den stimmgewaltigen Chorälen der orthodoxen Freizeitmönche lauscht, versteht, dass der Ort ein Zentrum der orthodoxen Christen gewesen sein muss.

Vielleicht hätte Christo seine Freude daran gehabt, jedes einzelne Gebäude von Etara in weiße, grüne oder rote Tücher zu hüllen. Das originellste Freilichtmuseum Bulgariens liegt unweit von Weliko Tarnowo in der Nähe von Gabrowo, dem Geburtsort des weltbekannten Verhüllungskünstlers. Etara pflegt alte Volksbräuche und zeigt seinen Besuchern traditionelle Handwerkskunst. Wer einmal hier ist, kann auch hinauf zum Sokolski Kloster „Maria Himmelfahrt“ wandern. Das Nonnenkloster bot Haijduken (bulgarischen

> Teilweise scheint die Zeit stehengeblieben zu sein

Freiheitskämpfern) Schutz gegen die Osmanen und bietet heute Touristen bescheidene Unterkünfte in schlicht eingerichteten Klosterzellen. So richtig historisch wird es auch im Balkandorf Bozhentsi, das ebenfalls zum Unesco-Weltkulturerbe gehört. Dort scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Rechts und links der kopfsteingepflasterten Gassen stehen uralte Häuser und drei original bulgarische Tavernen, in denen traditionell-bulgarischer Joghurt sowie eine köstliche Bohnensuppe nach Art des Hauses serviert werden. Freunde der Holzschnitzkunst werden sich über das Daskolow-Haus in Trjawna freuen. Dort fertigten zwei Meister unabhängig voneinander zwei bezaubernde Zimmerdecken mit jeweils einer Sonne in ihrer Mitte an.

Bulgariens Hauptstadt Sofia ist eine Kulturmetropole mit einer bewegten Geschichte. Konstantin der Große bezeichnete „Serdica“ als sein Rom. Das war im 4. Jahrhundert und galt der Siedlung, die seinerzeit das Zentrum der römischen Provinz Thrakien bildete. Die Rotunde der Kirche St. Georgi zeugt davon. Sie ist das älteste Gebäude der Stadt, wurde auf den Ruinen einer römischen Thermenanlage erbaut und steht in einem weitläufigen Innenhof, umgeben von Präsidentenpalast und Luxushotel. Abgesehen von der tristen Vorstadt und den stalinistischen Protzbauten gibt es großartige historische Bauwerke, bedeutende Museen, repräsentative Galerien, renommierte Theater und Konzertsäle zu besuchen. Neben all den Sehenswürdigkeiten dominiert das imposante Wahrzeichen der Stadt: die Aleksander-Newski-Kathedrale, Sitz des Patriarchats der bulgarisch-orthodoxen Kirche. Der monumentale Kuppelbau im neobyzantinischen Stil ist jünger als man vermuten möchte. Die fünf Kirchenschiffe und fünf blattgoldverzierten Kuppeln entstanden nämlich erst zwischen 1904 und 1913 nach den Entwürfen des Petersburger Architekten Pomerancew, der durch das Moskauer Kaufhaus „GUM“ bekannt geworden ist. Für Eindruck sorgen auch die von einem russischen Diplomaten in Auftrag gegebene russische Kirche Heiliger St. Nikolai, deren vergoldete Zwiebeltürmchen in den blauen Himmel ragen, und das Nationaltheater Iwan Wasow der Wiener Architekten Helmer & Fellner. Sie haben auch das Kroatische Nationaltheater in Zagreb, das Berliner „Theater Unter den Linden“ und das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg entworfen.

Renato Diekmann

IN KÜRZE

Das Treffen der Königinnen

Der Gedanke an diese Rarität lässt die Herzen der Sammler aus aller Welt höher schlagen: die Blaue Mauritius symbolisiert alles, was eine Briefmarke zur Besonderheit macht: absolute Seltenheit, ein hoher Wert und eine faszinierende Entstehungsgeschichte. Unter dem Titel „Die Blaue Mauritius. Das Treffen der Königinnen in Berlin“ wird das Museum für Kommunikation Berlin vom 2. bis zum 25. September rund drei Viertel der heute noch existierenden 27 Mauritius-Marken zeigen. In dieser einzigartigen Ausstellung führt das Museum, selbst im Besitz einer Blauen und einer Roten Mauritius, damit die bislang größte Anzahl dieser philatelistischen Kostbarkeiten in seiner Schatzkammer zusammen. Die aufgrund der kurzen Ausstellungsdauer limitierten Eintrittskarten können ab Juli 2011 unter www.mauritius-in-berlin.de



gebucht werden. Neben den zeitgebundenen Tickets (8 Euro, ermäßigt 5 Euro) gibt es VIP-Eintrittskarten ohne Zeitbindung zum Preis von 22 Euro. Die vor über 160 Jahren in der britischen Kronkolonie Mauritius herausgegebenen und nun in Berlin zu bewundernden Marken stammen unter anderem aus den Sammlungen Ihrer Majestät Königin Elisabeth II. von England, der British Library, der Postmuseen in Den Haag und Stockholm, des Blue Penny Museums (Port Louis/Mauritius) sowie von einer Reihe privater Sammler. *PAZ*

»Grazil und elegant, voller Einfälle und Wendungen«

Bedeutende Orchester geben sich zum Mozartfest 2011 in der Residenz Würzburg ein Stelldichein

Ohne Musik wäre das Leben ein Irrtum“. Dieses Wort Friedrich Nietzsches wäre das geeignete Leitmotiv beim Mozartfest. Die Formenvielfalt Mozarts – Sinfonien, Serenaden, Solokonzerte, Kammermusik, Kirchenmusik, Vokalmusik – ist aufgeboten. Es gibt einen Mozarttag in der Innenstadt und eine Mozartnacht in der Residenz. Es gibt Mozart für Kinder und Lesungen über Mozart und aus Mozarts Briefen. Außer Mozart hört man Händel und Haydn, Beethoven und Schubert, Schumann und Mendelsohn, Dvorak und Smetana. Aber auch spätere Komponisten wie Kodaly und Schostakowitsch, Prokofieff und Gershwin sind „eingestreut“.

Bedeutende Orchester spielen, wie das Bayerische Rundfunkorchester und die Bamberger Sinfoniker. Der Dirigent Thomas Hengelbrock, der Geiger Gidon Kremer, der Cellist Heinrich Schiff, die Klarinettistin Sabine Meyer geben sich die Ehre. Entsprechend sind die Schauplätze des Geschehens: Residenz und nochmals Residenz, der Hofgarten, der Rokokogarten von Veitshöchheim, die Wallfahrtskirche Käppele, der Würzburger Dom.



Im Hofgarten der Residenz Würzburg: Festteilnehmer Bamberger Sinfoniker Bild: Mozartfest Würzburg

Das Konzert der Bamberger Sinfoniker in der Residenz bot zwei Höhepunkte: der Oboist Francois Leleux spielte in eigner Bearbeitung Arien aus der Zauberflöte. Der helle, versonnene Klang dieses Instrumentes schwebte im Kaisersaal und verlieh diesen großen Arien kammermusikalische Intimität – ein Musikereignis der besonderen Art!

Und der Meister auf der Oboe dirigierte dann die Sinfonie Nr. 4 von Schubert, vom Komponisten selbst „die Tragische“ genannt. Das Werk ist vielgestaltig: düster, melodisch, jubelnd, triumphal. Mit eindringlicher Dramatik treibt Francois Leleux die Musik voran, bis zum grandiosen Ende – höchstes Lob für Orchester und Dirigent! Und nochmals die Bamberger Sinfoniker im Kaisersaal der Residenz: Mozarts bekanntes Violinkonzert in D-Dur KV 218, ein „echter“ Mozart, grazil und elegant, voller Einfälle und Wendungen, wurde von Rainer Küchl, dem Konzertmeister der Wiener Philharmoniker ge-spielt. Über Mozarts herausragendes Pianistentum vergisst man oft, dass er auch ein Meister auf der Geige war, der sich in diesem Konzert schöpferisch voll entfaltet. Es folgte die achtsätzige Haffner-Serenade, ein Auftragswerk des reichen Kaufmanns gleichen Namens aus Salzburg zur Hochzeit seiner Schwester. Es ist das umfangreichste Werk seiner Art, der im 18. Jahrhundert beliebten Abend- und Nachtmusiken, die in der Regel im Freien, in den Parks des Adels und des reichen Bürgertums aufgeführt wurden. Mozart hat dieses Werk, um die drei konzertanten Sätze gekürzt, auch als Haffnersinfonie komponiert.

Im Würzburger Kiliansdom wurden, neben dem Requiem, wohl Mozarts bekannteste Sakralwerke, die Krönungsmesse in C-Dur und die Motette „Exultate, jubilate“, zu Gehör gebracht, aufgeführt vom Würzburger Domchor und von Mitgliedern des Philharmonischen Orchesters Würzburg. Die dreisätzig angelegte, sehr lange Motette ist ein einziger Jubel, in Koloratur gesetzt und verlangt der Sängerin alles ab. Transzendenz und Diesseitigkeit, Sakrales und Weltliches vereinigt gerade Mozart wie kaum ein anderer unserer großen Komponisten.

Zum Abschluss gab es eine Serenade im festlich illuminierten Hofgarten der Residenz. Die Zeit ist voll mit einbezogen: Das Musikfest beginnt am späten Abend, um 21 Uhr, und endet in der Nacht um 23 Uhr. Mozarts bekanntestes Werk, die Serenade aller Serenaden „Eine kleine Nachtmusik“, eröffnet das Spiel. Es folgt das wunderschöne dritte Hornkonzert in Es-Dur KV 447 und das Fest endet – nicht mit Mozart oder einem seiner Zeitgenossen, sondern mit Zoltan Kodalys „Tänzen aus Galanta“, einer glanzvollen Ehrbezeigung an die Musik der ungarischen Zigeuner, voller Csardas-Rhythmik. Was in Würzburg wohl einmalig ist: der vollendete Zusammenklang von Musik, Architektur, Plastik, Malerei und Gartenkunst. Dazu nochmals ein – leicht abgewandeltes – Nietzschewort als Kommentar: Ästhetisch ist die Welt noch zu ertragen. *Werner Dremel*

Eine wechselvolle Beziehung

Otto von Habsburg – ein Kronprinz, der lange Zeit Vertriebener war und nun endgültig heimgekehrt ist

Manche sagen, die Donaumonarchie sei schon mit dem Ableben des „ewig" regierenden Kaisers Franz Joseph im November 1916 zu Grabe getragen worden. Aber nun ist sie jedenfalls endgültig Geschichte, denn Otto von Habsburg war der letzte, der wenigstens kleine Hoffnungen auf eine Restauration haben konnte.

Sein langer Lebensweg ist zugleich Abbild eines Jahrhunderts dramatisch wechselnder Beziehungen der Österreicher zum Hause Habsburg. Denn als Otto 1912 geboren wurde, schien die Welt noch heil: Österreich-Ungarn war eine Großmacht und republikanische Ideen hatten kaum Anhang. Auch die Sozialdemokraten, die bei den Wahlen 1911 stärkste Fraktion geworden waren, blieben staats- und kaisertreu. Doch die Probleme waren offenkundig: soziale Spannungen, wachsender Nationalismus und Separatismus, eine zu schwache Industrie und eine zu kleine Kriegsmarine. Und dass eine Endzeitstimmung herrschte, belegen Zeitdokumente, Literatur und Kunst.

Der Mord an Thronfolger Franz Ferdinand 1914 brachte es mit sich, dass nun Ottos Vater Karl Thronfolger war. Krieg hatte aber schon vor dem Attentat in der Luft gelegen und die k.u.k. Armee zog unter dem Jubel der Bevölkerung ins Feld. Dem folgte bald Ernüchterung, denn an der Ostfront gab es schwere Rückschläge. Und die Stimmung daheim trübte sich im Laufe des Krieges nicht nur wegen der Verlustmeldungen, sondern vor allem wegen der Versorgungslage, die gegen Kriegsende bereits katastrophal war. Wegen Einberufung von Familienvätern waren viele Familien bitterer Not preisgegeben.

Mit dem Tod von Kaiser Franz Joseph war der vierjährige Otto zum Thronfolger geworden. Otto, der nach eigenem Bekunden das Ableben seines Urgroßonkels und die Krönung seines Vaters in Ungarn aktiv miterlebte, wurde vor allem von seiner Mutter Zita von Bourbon-Parma gemäß der streng katholischen Familientradition erzogen. Doch der wachsende Unmut in der Bevölkerung, durch die Schamlosigkeit von „Schiebern" und „Kriegsgewinnlern" weiter angeheizt, richtete sich letztlich gegen den „obersten Kriegsherrn" selbst. Noch kaum gegen Franz Joseph, wohl aber gegen Karl.

Höhepunkt war dann die „Sixtus-Affäre", benannt nach einem Bruder von Kaiserin Zita, der in der belgischen Armee diente. Es ging dabei um Geheimverhandlungen für einen Separatfrieden. Mit dem Scheitern und Auffliegen dieser Pläne im April 1918 war Kaiser Karl gegenüber dem Deutschen Reich diskreditiert, und für die Deutschnationalen, aber auch für viele andere wurde Zita zur „italienischen Verräterin" und Karl zu deren „Pantoffelhelden".

Der Zerfall des Reiches war mit der Ausrufung von Nachfolgestaaten im Spätherbst 1918 besiegelt. Die Reichsratsabgeordneten der Gebiete mit deutscher Mehrheit, die sich als Provisorische Nationalversammlung zusammengeschlossen und einen Staatsrat gebildet hatten, proklamierten am 12. November die „Republik Deutsch-Österreich" mit dem Anschluss an das Deutsche Reich als Staatsziel. Tags davor hatte Kaiser Karl zwar nicht auf den Thron, wohl aber auf „jeden Anteil an den Staatsgeschäften" verzichtet.

Im März 1919 widerrief Karl den Verzicht und ging ins Exil in die Schweiz. Damit begannen auch für Otto viele Jahre unsteten Lebens, denn mit dem „Habsburgergesetz" wurde nicht nur der habsburgische Familienfonds (nicht das Privatvermögen) konfisziert, sondern auch der „ehemalige Träger der Krone" auf Dauer und alle Familienmitglieder solange des Landes verwiesen, als sie nicht den Verzicht auf Herrschaftsansprüche und die Loyalität zur Republik erklärten. Karl wurde nach seinen Restaurations-Versuchen in Ungarn 1921 von der Triple-Entente nach Madeira verbannt, wohin ihm die Familie nachfolgte und wo er 1922 verstarb.

Die Familie übersiedelte nach Spanien, wo Otto 1930 die Reifeprüfung ablegte. Von Benediktinern aus Pannonhalma hatte er Privatunterricht erhalten – und das erklärt, warum seine Herzurne in dem westungarischen Kloster beigesetzt wird. 1935 promovierte er an der Katholischen Universität Löwen. Und um diese Zeit begann auch seine politische Tätigkeit als Unterstützer der Paneuropa-Idee und als engagierter Gegner von Kommunismus und Nationalsozialismus.

Kurz vor dem Anschluss bot er der „austrofaschistischen" Regierung, die 1935 die Landesverweisung aufgehoben hatte, noch an, die Führung einer Allparteien-Regierung zu übernehmen, was aber abgelehnt wurde. Dass ihn Hitler ernst genommen hatte, belegt der auf ihn wegen Hochverrats ausgestellte Steckbrief. Er floh daraufhin samt Familie über Luxemburg, Frankreich und Portugal in die USA. Dort suchte er Kontakt mit Präsident Franklin D. Roosevelt und stellte Österreich als erstes Opfer Adolf Hitlers dar. Es ist noch umstritten, wie sehr er damit die Haltung der Alliierten gegenüber Österreich beeinflusste, aber er lieferte damit auch eine Gründungsthese der Zweiten Republik.

Nach dem Krieg lebte Otto von Habsburg zunächst in Frankreich und seit 1954 mit Gattin und Kindern in Pöcking. Die Landesverweisung war wieder in Kraft und auch als er 1961 die „Verzichtserklärung" unterschrieb, war noch an keine Rückkehr zu denken, denn das „Gespenst Habsburg" hatte für die Linke damals annähernd den Stellenwert wie heute der „Faschismus". Erst 1966 unter der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) war es dann so weit. Seither hielt sich Otto immer wieder in Österreich auf und die Söhne leisteten Wehrdienst im Heer der Republik.

In der Paneuropa-Union, in Büchern, auf Vortragsreisen und ab 1979 als Europa-Parlamentarier der CSU widmete er sich intensiv der Einigung Europas einschließlich der Länder hinter dem Eisernen Vorhang – eines föderalen und christlichen Europas. Ein Triumph war das „paneuropäische Picknick" am 19. August 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze, das Hunderten DDR-Bürgern die Flucht ermöglichte und den Zerfall des Ostblocks einleitete. Alle Nachrufe würdigen heute Otto von Habsburgs Rolle, denn auch die SPÖ hat seit Bruno Kreisky eingesehen, dass mit Habsburg-Jägerei kein Staat zu machen ist – und auch eine Republik kann ein wenig Glanz und Gloria gut gebrauchen.

R. G. Kerschhofer



Ein letzter Gruß: Otto von Habsburg Bild: pa

Der Anfang vom Ende der Zweiten Republik

Vor 75 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg, der mehr als eine halbe Million Menschenleben kostete

Spaniens Zweite Republik weist einige Ähnlichkeiten mit der zwölf Jahre älteren Weimarer Republik auf. Wie die deutsche wurde auch die spanische schließlich zwischen links und rechts zerrieben, während die staatstragende Mitte zusammenschrumpfte. Und auch in Spanien bildete ein stark geschrumpftes Militär einen sich als unpolitisch verstehenden „Staat im Staate". In Spanien ist die Schrumpfung der Armee allerdings nicht die Folge von Druck von außen gewesen, sondern einer Reform, welche die junge Republik bereits im ersten Jahr ihrer Existenz 1931 vornahm. Die Truppenstärke wurde halbiert, die Zahl der Offiziere gar von etwa 22 000 auf 8000 verkleinert. Trotzdem jubelte der verantwortliche Kriegsminister, sein Land habe nun eine republikanische Armee, die bereit sei, „ihr Leben für die Verteidigung der Volksrepublik hinzugeben". Er sollte sich irren.

> Die deutsche Luftwaffe errichtete für die Nationalspanier eine der ersten Luftbrücken

Auch die katholische Kirche erhielt gleich zu Beginn einen schlechten Eindruck von der Republik. In der Nacht zum 11. Mai 1931 marschierten Menschenhaufen durch die Straßen Madrids und steckten Kirchengebäude und Klöster an. Vielleicht noch schlimmer als die Taten des Pöbels war, dass Polizei und Feuerwehr als Vertreter der Staatsgewalt erst am 12. Mai eingriffen, also ähnlich wie bei der „Reichskristallnacht" den Mob gewähren ließen.

1936 kam es zu einem massiven Linksruck in der vielen Rechten ohnehin schon suspekten Republik. Bei den Parlamentswahlen vom 16. Februar 1936 erlangten die Linken 4,7 Millionen Stimmen, während auf die Rechten 3,9 Millionen entfielen. Ähnlich wie in der späten Weimarer Republik war die Mitte marginalisiert. Auf sie entfielen gerade einmal 0,4 Millionen Wählerstimmen. In der Folge übernahm eine Volksfrontregierung die Macht. Im Siegestaumel griffen ihre Anhänger Gefängnisse, Zeitungsredaktionen und abermals Kirchen an und lieferten sich Zusammenstöße mit der Polizei. Auf dem Lande kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Volksfrontanhängern und der Guardia Civil.

Am 10. Mai 1936 kam es im spanischen Parlament zu einem heftigen Wortgefecht zwischen dem Chef der Volksfrontregierung, Casares Quiroga, und dem monarchistischen Oppositionsführer Calvo Sotelo. Der Ministerpräsident rief dem Oppositionellen zu: „Wenn etwas passieren könnte, tragen Sie selbst die volle Verantwortung." Nicht einmal einen Monat später, in der Nacht vom 12. zum 13. Juli, wurde Sotelo von uniformierten Angehörigen der von der Republik gegründeten städtischen Polizei aus seiner Wohnung abgeholt und in einem Polizeiauto erschossen. Dieser Mord trieb die monarchistischen Carlisten in die Arme der Militärs, die nun die Zeit zum Eingreifen gekommen sahen.

Der Militäraufstand begann am 17. Juli 1936 in Melilla in Spanisch-Marokko. Zur Führungsperson der Aufständischen entwickelte sich Francisco Franco. Franco hatte eine beispiellose militärische Karriere hinter sich. 1926 wurde der 1892 in Ferrol geborene Galicier der jüngste General einer europäischen Armee. In der Republik setzte sich sein Aufstieg fort. Dort brachte er es bis zum Generalstabschef – bis die Volksfrontregierung ihn als Militärgouverneur auf die Kanarischen Inseln versetzte. Als dann 1936 der Militäraufstand begann, flog er ohne Verzug mit einer Privatmaschine von Teneriffa, wo er seinen Dienstsitz hatte, nach Marokko, um dort am 19. Juli das Kommando über die Truppen zu übernehmen.

Schnell hatte der Aufstand auf das Mutterland übergegriffen. Viel hing nun davon ab, inwieweit Franco mit seinen marokkanischen Truppen den aufständischen Kameraden auf der Iberischen Halbinsel zur Hilfe eilen konnte. Dieses drohte zu einem Problem zu werden, da zwar die Mehrheit des Offiziers- und Unteroffizierskorps des Heeres, aber nur ein Drittel der Marine den Aufstand unterstützte. Das brachte Franco auf die Idee zu einer der ersten Luftbrücken der Geschichte. Da die spanische Luftwaffe klein war und sich bei ihr National- und Rotspanier die Waage hielten, bat Franco am 22. Juli das nationalsozialistische Deutschland um Flugzeuge für den Transport. Die Reichsregierung kam dem Hilfeersuchen nach. Mit 20 Transportflugzeugen vom Typ Junkers Ju 52 brachten die Deutschen Francos Kampfverbände ab dem 27. Juli nach Südspanien.

> Stalin nutzte den Krieg zu »Säuberungen« und der Plünderung des spanischen Goldschatzes

In diesem frühen Stadium des Spanischen Bürgerkrieges, zu dem sich der Militäraufstand und die Gegenwehr der Regierung nun entwickelten, kämpften auf nationalspanischer Seite neben Francos 45 000 Mann starkem Afrikaheer noch 62 000 Angehörige des Heeres, 2000 der Luftwafe, 7000 der Seestreitkräfte und 27 000 der Polizei. Ihnen standen auf der Seite der Regierung 55 000 Mann Landheer, 3000 Mann Luftwaffe, 13 000 Mann Seestreitkräfte und 41 000 Mann Polizei gegenüber.

Zu den spanischen Kriegsteilnehmern gesellten sich im Laufe des Krieges noch Zigtausende von Nicht-Spaniern. Denn der Bürgerkrieg entwickelte sich schnell zu einem Stellvertreterkrieg. Italien entsandte das Corpo Truppe Volontarie (CTV), dessen Stärke mit 70 000 Mann angegeben wird, und Deutschland die vornehmlich aus Luftwaffenangehörigen bestehende Legion Condor, die in den Zeiten des größten Engagements mit bis zu 10 000 Piloten, Technikern und Spezialisten auf dem Kriegsschauplatz präsent war. Es kämpften aber auch Portugiesen, Franzosen, Rumänen der Eisernen Garde und Iren der Irish Brigade auf nationalspanischer Seite. Zur materiellen Hilfe gehörten 750 italienische und 600 deutsche Flugzeuge, 200 deutsche mittlere Panzer und einige Hundert italienische Panzerkampfwagen, deutsche Fernmeldeausrüstungen und bewegliche Flugabwehr-Artillerie sowie italienische Unterseeboote und Überwasserfahrzeuge.

Während sich die Westmächte zumindest offiziell neutral verhielten, unterstützte die Sowjetunion Rotspanien mit 2000 Piloten, Technikern und Offizieren der Geheimpolizei sowie Hunderten Panzern, mehreren alten Artillerie-Batterien und 500 bis 700 Flugzeugen. Die Sowjets nutzten ihren Einfluss, um die Rotspanier mit „Säuberungen" hinter den eigenen Linien auf Stalinkurs zu bringen, und ließen sich ihre Waffenlieferungen mit dem Goldschatz der Zweiten Republik bezahlen.

Schließlich sind noch die Internationalen Brigaden zu nennen, der zwischen 40 000 und 60 000 Freiwillige aus aller Herren Länder angehört haben sollen. Doch auch sie können das Ende der Zweiten Republik nicht abwenden. Am 28. März 1939 fiel als eine der letzten Städte Madrid. Am 1. April verkündete der Sieger Franco das Ende des Bürgerkrieges.

Manuel Ruoff

Deutschlands letzter Kronprinz

Wilhelm von Preußen blieb im Gegensatz zu Urgroßvater, Großvater und Vater eine Regentschaft versagt

Wilhelm von Preußen war der älteste Sohn des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Wilhelm II. Vor 60 Jahren starb er nahe der Stammburg der Hohenzollern in Hechingen.

„Hätte der Kronprinz die Stelle erhalten, für die er geboren war, dem deutschen Volke wäre mit Sicherheit vieles erspart geblieben.“ Der Wahrheitsgehalt der Aussage von Wilhelms Ehefrau Cecilie ist nicht mit letzter Sicherheit zu beurteilen und damit berühren wir ein grundsätzliches Problem bei der Beurteilung des Kronprinzen. Anders als bei anderen preußischen Kronprinzen haben Zeitgenossen und Nachgeborene in diesem Falle nicht die Möglichkeit, den Thronfolger an seiner Regentschaft zu messen.



Wird ihm bis heute übel genommen: Wilhelm von Preußen an der Seite Adolf Hitlers am „Tag von Potsdam“

Ein weiteres Problem kommt hinzu. Nicht umsonst stellt Klaus W. Jonas in seinem Standardwerk zu dem Thema „Der Kronprinz Wilhelm“ dem Vorwort das Schiller-Zitat voran: „Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ In der Tat ist in der Regel der Esel gemeint, wenn der Sack geschlagen oder gestreichelt wird. Oder um es weniger bildhaft zu formulieren: Das Urteil über den letzten Preußen-Kronprinzen ist häufig vom Urteil über Preußen im Allgemeinen und die Hohenzollernmonarchie im Besonderen überlagert.

Unbestritten ist, dass Wilhelm als ältester Sohn des ältesten Sohnes des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm am 6. Mai 1882 in Potsdam zur Welt kam. Er wurde deshalb von Geburt an zum zukünftigen Herrscher Preußens und des Deutschen Reiches erzogen. Zu seinem sechsten Geburtstag im Dreikaiserjahr 1888 bekam der Prinz seine erste Uniform. Gemäß der preußischen Tradition erhielt er eine militärische Ausbildung auf der „Prinzeninsel“ Plön. Entsprechend dem hohenzollernschen Hausgesetz wurde der Prinz anlässlich seines 18. Geburtstages für volljährig erklärt. Mit seiner Großjährigkeitsfeier, die im Beisein des Patenonkels Kaiser Franz Joseph I. im Berliner Schloss stattfand, wurde er in das 1. Garderegiment zu Fuß mit Sitz in Potsdam aufgenommen. Nach einer neunwöchigen Offiziersausbildung übernahm er die Führung eines Zuges der 2. Kompanie, drei Jahre später das Kommando über die gesamte Kompanie.

Allerdings hatte die Ausbildung des Kronprinzen nicht nur eine militärische, sondern auch eine zivile Komponente. Nach alter Hohenzollern-Tradition erlernte er ein Handwerk. Wilhelm entschied sich für das Drechseln. An der von adeligen Familien bevorzugten Universität Bonn studierte er Staats- und Verwaltungsrecht.

1905 heiratete er die vier Jahre jüngere Herzogin Cecilie zu Mecklenburg. Aus der Ehe mit der attraktiven Tochter des mecklenburgischen Großherzogs Friedrich Franz III. gingen vier Söhne und zwei Töchter hervor.

Trotz Spannungen zwischen Vater und Sohn verband Kaiser und Kronprinz ein Hang zur Forschheit und Burschikosität. Mit einer unvorschriftsmäßigen Uniform bei einer Kaiserparade auf dem Tempelhofer Feld, mehr noch aber mit nicht abgesprochenen Äußerungen zur Politik erregte der Sohn des Vaters Unmut. Um den Sprössling aus dem Scheinwerferlicht zu nehmen, schickte Wilhelm II. Wilhelm in die westpreußische Provinz nach Danzig-Langfuhr. Dort übernahm der Kronprinz das Kommando über das 1. Leibhusarenregiment. Ähnlich wie sein Vorfahre Friedrich der Große verlebte auch Wilhelm die glücklichsten Jahre seines Lebens nach eigenem Bekunden fernab der Metropole. War es bei Friedrich Rheinsberg, so bei Wilhelm Danzig-Langfuhr.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges endete diese unbeschwerte Zeit. Standesgemäß erhielt der Kronprinz von seinem Vater das Oberkommando über eine Armee. Da Wilhelm zu diesem Zeitpunkt aber erst 32 Jahre alt war, befahl sein Vater ihm, sich auf das Repräsentieren zu beschränken: „Ich habe Dir das Oberkommando der 5. Armee anvertraut. Du bekommst Generalleutnant Schmidt v. Knobelsdorf als Chef des Generalstabes. Was er Dir rät, musst Du tun.“



Die Kaiser und Kronprinzen des Deutschen Reiches: Wilhelm (ganz in Weiß) mit Vater (r.), Großvater (l.) und Urgroßvater

Folgt man Wilhelms Erinnerungen, dann wäre es wohl besser gewesen, der Kaiser hätte trotz des jugendlichen Alters seines Sohnes diesen nicht an die Leine des Stabschefs gelegt. Denn Wilhelm zufolge war er selber, im Gegensatz zu von Knobelsdorf, für den Abbruch der Abnutzungsschlacht von Verdun, die unzähligen Soldaten das Leben kostete und den Deutschen mehr schadete als deren Gegnern, weil Letztere über die größeren Ressourcen verfügten. 1916 erreichte Wilhelm die Versetzung seines Generalstabschefs und stieg selber zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe „Deutscher Kronprinz“ auf.

Wenn die Kritik an der Abnutzungsschlacht dem Kronprinzen auch zur Ehre gereicht, so wird ihm doch heutzutage seine Mitwirkung beim Sturz des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg übel genommen. Bethmann Hollwegs Rolle beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird heutzutage zwar nicht unkritisch gesehen, doch hatte er sich zu Ende seiner Amtszeit im Angesicht der sich verschlechternden Kriegslage um Demokratisierung und Friedensverhandlungen bemüht. Zudem folgte seinem Sturz die Machtübernahme der Obersten Heeresleitung und damit in den Augen der heutigen Geschichtsschreibung ein weiterer Schritt in Richtung Militarisierung der preußischen und deutschen Politik.

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution und der Abdankung seines Vaters beabsichtigte Wilhelm, seine Truppen an deren Spitze nach Hause zurück zu führen, aber als Deutschlands neuer starker Mann, Friedrich Ebert, ihm dieses untersagte, folgte der Prinz seinem Vater ins niederländische Exil. Allerdings wurde Wilhelm im Gegensatz zu seinem Vater nicht als Zivilist betrachtet und unter ungleich ungünstigeren Bedingungen interniert.

Von daher griff Wilhelm, nachdem er 1919 auf alle Rechte an der preußischen und der deutschen Krone verzichtet hatte, gerne zu, als sein Freund Reichskanzler Gustav Stresemann ihm die Möglichkeit verschaffte, nach Deutschland zurückzukehren. Ab 1923 lebte der Prinz mit seiner Familie abwechselnd in seiner Potsdamer Residenz aus Kronprinzentagen Cecilienhof und dem Landsitz Oels in Schlesien.

Anfänglich hielt Wilhelm sich streng an seine Zusage gegenüber den neuen Herren in seiner Heimat, sich politisch nicht zu betätigen. Das änderte sich etwas, als er Morgenluft für die Monarchie zu wittern begann. 1930 trat er dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten bei. Ihm lag an einer Einigung der nationalen Rechten. Er begrüßte den Zusammenschluss des Stahlhelms mit der Deutschnationalen Volkspartei und den Nationalsozialisten zur Harzburger Front im Jahre 1931 und war nicht abgeneigt, als Kompromisskandidat der nationalen Rechten eine Selbstzerfleischung von Hindenburg- und Hitler-Anhängern beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 1932 zu verhindern. Allerdings verbot ihm dieses sein Vater mit der Begründung: „Wenn Du diesen Posten übernimmst, so musst Du den Eid auf die Republik schwören. Tust Du das und hältst ihn, so bist Du für mich erledigt. Ich enterbe Dich und schließe Dich aus meinem Hause aus. Schwörst Du nur, um den Eid bei Gelegenheit zu brechen, so wirst Du meineidig, bist kein Gentleman mehr und für mich auch erledigt. Hohenzollern brechen ihren Eid nicht. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, dass die Hohenzollern über den republikanischen, roten Ebertschen Präsidentenstuhl wieder zur Macht gelangen.“

Selber am Kandidieren gehindert, unterstützte Wilhelm die Kandidatur Adolf Hitlers. Folgerichtig begrüßte er auch dessen „Machtergreifung“ im darauffolgenden Jahr. In seiner Uniform der Danziger Leibhusaren gab er dem „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 zusätzlichen Glanz und Legitimation. Im selben Jahr trat er in die Motor-SA ein.

Wie für viele andere Konservative wurde auch für Wilhelm 1934 das Jahr der Desillusionierung. Adolf Hitler ging im Kirchenkampf vom Kampf um die Kirche zum Kampf gegen die Kirche über, erteilte der Monarchie eine Absage und brach mit der „Nacht der langen Messer“ offen das Recht. Letztere ging Wilhelm insofern nahe, als die Nationalsozialisten in jener Sommernacht seinen Adjutanten verhafteten und mit General Kurt von Schleicher einen seiner Freunde ermordeten. Wilhelm zog sich wieder aus der Öffentlichkeit ins Privatleben zurück. 1936 trat er aus dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) aus, mit dem die Motor-SA zwischenzeitlich verschmolzen worden war. Fünf Jahre später, im Todesjahr seines Vaters, nahm er lose Verbindung zu einem Widerstandskreis um den preußischen Finanzminister Johannes Popitz auf, der monarchische Restaurationspläne hegte.

Allerdings tat Wilhelm etwas, wofür heutige Geschichtspolitiker wenig Verständnis aufbringen. Er differenzierte nämlich zwischen dem Land und dessen politischem System. So bot er – wenn auch erfolglos – der Wehrmacht seine Dienste an, als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach. Und als seiner Nation unter Adolf Hitler mit dem Sieg über Frankreich gelang, was ihr unter der Regentschaft seines Vaters versagt geblieben war, drückte der Hohenzoller dem Nationalsozialisten dafür in einem Telegramm seine Bewunderung aus.

Das nahm die Grande Nation ihm übel und sie ließ es ihn spüren, als er bei Kriegsende in ihre Gewalt geriet. Sie nahm ihn gefangen und deportierte ihn nach Lindau. Später durfte er sich zwar seinen Wohnort innerhalb der französischen Besatzungszone frei wählen, blieb aber weiterhin unter Arrest. Der Hohenzoller entschied sich für die Burg Hohenzollern. Da die Burg sich nicht heizen ließ und der Militärgouverneur von Hechingen, Oberst Henri Brochu, ihm wohlgesonnen war, konnte er fürs Erste in die Villa Wolf am Fuße der Hohenzollernburg wechseln. Als dieses ruchbar wurde, bekam jedoch der französische Oberst den Befehl, die Villa für sich selber zu requirieren. Wilhelm blieb in Hechingen. In einem Fünf-Zimmer-Haus fand der vormalige Thronfolger der mächtigsten der fünf Großmächte sein letztes Domizil. Gebrochen ob der erlittenen Enttäuschungen, Demütigungen und Schicksalsschläge erlag der passionierte Raucher dort am 20. Juli 1951 seinem zweiten schweren Herzanfall. *Manuel Ruoff*

Ostpreußisches Bier in Ellingen

Aus Anlass des Brauereivolksfestes, das vom 2. bis 5. dieses Monats in Ellingen stattfand, hat das dortige Kulturzentrum Ostpreußen eine kleine Ausstellung über die Geschichte der wichtigsten Brauereien Ostpreußens erstellt. Nachdem die Ausstellung passend zum Volksfest bereits im Erdgeschoss des im Ellinger Barockschloss untergebrachten Kulturzentrums zu sehen war, soll die Öffentlichkeit beim Ellinger Altstadtfest am letzten Juli-Wochenende nochmals die Möglichkeit zum Besuch erhalten. Nähere Informationen erteilt das Kulturzentrum Ostpreußen, Schlossstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 8644-0, Fax (09141) 8644-14, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.

In der Ausstellung ist auf mehreren Bildtafeln die Geschichte des ostpreußischen Brauwesens beschrieben, die in der industriearmen Provinz einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellte. Die 1781 in Königsberg existierenden 224 Privat- und Kleinbrauereien entwickelten sich im 19. Jahrhundert zu modernen Großbetrieben, von denen 1855 noch 55 bestanden. 1913 gab es mit der Brauerei Ponarth, der Aktien-Brauerei Schönbusch, der Brauerei Wickbold, der Brauerei Königsberg (später Ostmark), der Brauerei Rudolph Höhne, der Hufen-Brauerei und dem Bürgerlichen Brauhaus zu Königsberg noch sieben Braustätten in der Stadt. 1939 waren nur noch Ostmark, Hufen, Schönbusch und Ponarth übrig geblieben.

Der größte Königsberger Betrieb war die Brauerei Ponarth, die bereits 1849 aus Platzmangel

Ausstellung im Kulturzentrum

vor die Tore der Stadt verlegt werden musste. Aber auch die Geschichte anderer wichtiger Braustätten wird auf den mit historischen Fotos ergänzten Bildtafeln beschrieben, wie etwa die Brauerei Englisch Brunnen in Elbing, die Danziger Aktienbrauerei, die Tilsiter oder die Memeler Aktienbrauerei.

Ein Teil dieser Braustätten wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Betrieb genommen. So gehört die Elbinger Englisch Brunnen heute dem Heineken-Konzern und die ehemalige Memeler Braustätte ist heute der größte Bierhersteller Litauens und braut in Lizenz auch ausländische Biere wie das dänische „Carlsberg“.

Die Ausstellung, die sich Stefan Graf von Hardenberg und Braumeister Stefan Mützel vom Fürstlichen Brauhaus in Ellingen vorab von Museumsdirektor Wolfgang Freyberg zeigen ließen, enthält zudem zeitgenössische Werbeanzeigen der Braustätten sowie Originalflaschen, bei denen der Inhabername eingeprägt ist. Laut Freyberg ist diese kleine Ausstellung erst der Anfang einer umfangreicheren Forschungsarbeit über das Brauereiwesen in Ostpreußen. Hierzu werden vom Kulturzentrum Ostpreußen leihweise noch Unterlagen und Ausstellungsstücke gesucht. Diese sollen dann in eine größere Präsentation eingebunden werden, wobei die Leihgeber bei entsprechendem Wunsch auch gerne namentlich genannt werden können. Hierzu bittet das Kulturzentrum um Kontaktaufnahme über die obengenannten Kontaktdaten.

Manfred E. Fritsche

Europaweit verbünden tut not

Zu: „Bade-Burka wird erlaubt“ (Nr. 26)

Die meisten der hier lebenden muslimischen Frauen und Mädchen üben ihre Religion ohne öffentliche Vorführung islamischer Bekleidung aus. Im Gegensatz dazu will uns der politische Islam unter anderem mit der Präsenz von Kopftüchern, Burkinis und anderen islamischen Bekleidungen provokativ zu verstehen geben, dass der Koran sein Grundgesetz ist. Sein Endziel ist die Unterwerfung beziehungsweise Islamisierung Europas. Da unsere Politiker eine deutsche Leitkultur ablehnen (der Begriff „Leitkultur“ wurde im Jahre 2000 zum Unwort des Jahres erklärt) und stattdessen den auf Weltherrschaft programmierten Islam etablieren, ist es bereits jetzt zwingend geboten, sich europaweit gegen den politischen Islam zu verbünden, damit unsere Nachkommen nicht schon in absehbarer Zeit unter dem Islam als Menschen zweiter Klasse leiden müssen.

Gisela Reck, Troisdorf

Diplomatische Zurückhaltung bei Ostbelgien – Volksentscheid?

Zu: „Auf das Ende gefasst sein“ (Nr. 27)

Meines Erachtens übt sich die Bundesregierung aus diplomatischen Gründen bezüglich der Zukunft der Deutschen im Gebiet um Eupen und St. Vith in Zurückhaltung, genauso wie sie es bezüglich der deutschen Einheit im Zeitraum zwischen der Grenzöffnung am 9. November und der Öffnung des Brandenburger Tores in Berlin Ende Dezember 1989 tat.

Ich meine, dass die Bundesrepubik schon an Eupen/St.Vith „interessiert“ ist, zumal Ostbelgien bis zum Versailler Diktatfrieden Bestandteil des Deutschen Reichs war und die Abtrennung vom Reich entgegen den Grundsätzen des Völkerrechts durchgeführt wurde. Als Beleg hierfür möchte ich die seit etlichen Jahren bestehenden Kontakte zwischen der „Deutschen Gemeinschaft in Belgien“ und Nordrhein-Westfalen anführen.

Unabhängig von der derzeitigen Position Berlins ist nur das Ergebnis eines möglichen Volksentscheids der Deutschen in Ostbelgien primär. Sollte dieser zu Gunsten einer Rückkehr dieses Gebietes nach Deutschland ausfallen, wird sich vermutlich keine deutsche Regierung dagegen aussprechen.

Die derzeitigen möglichen Gespräche der politischen Vertreter der Deutschen in Ostbelgien mit luxemburger Politikern bedeuten keine Vorwegnahme der Willenserklärung der Ostbelgier. Wer sich früh von außen in die Diskussion um Ostbelgien einschaltet, läuft im übertragenen Sinne Gefahr, „sein Pulver vorschnell zu verschießen“. Darüber hinaus sind die Gemeinsamkeiten der Deutschen in Ostbelgien aus politischer (förderaler Bundesstaat), kultureller und wirtschaftlicher Sicht mit Deutschland größer als mit Luxemburg.

Übrigends kenne ich keine repräsentative Umfrage unter den Deutschen, wie sich denn das Volk zu einer möglichen Rückkehr Ostbelgiens nach Deutschland äußert. Im Artikel wurde zwar eine Umfrage unter Franzosen zitiert, jedoch keine unter Deutschen.

Martin Wuschke, Meine

Wilhelm Schulze

Zu: „Auf der Mauer, auf der Lauer“ (Nr. 25)

Leider musste ich feststellen, dass für den betreffenden Artikel die Autorin und ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld sehr schlampig recherchiert hat. Da ich in der Schulzestraße in Berlin-Pankow aufgewachsen bin, kann ich Ihnen sagen, dass die Straße nicht, wie behauptet, nach dem Grenzsoldaten Egon Schulze benannt wurde, sondern nach dem Unternehmer und Grundstücksbesitzer Wilhelm Schulze. Und das schon seit 1888!

Durch solche Falschaussagen im Zusammenhang mit der Mauer und den Opfern, die sie gekostet hat, verliert die *Preußische Allgemeine Zeitung* an Glaubwürdigkeit. Eine Richtigstellung wäre dringend notwendig.

Udo Agotz, Königs Wusterhausen



Unter „polnischer Verwaltung“: Breslauer „Schöne Madonna“ und „Lied der Deutschen“ Bild: Archiv

Trick 17

Zu: „Unbeirrt abwärts“ (Nr. 25)

Die Griechen stellen Deutsche als Nazis dar – das ist wohl „Trick 17“. Damit lenkt die griechische Elite auch erfolgreich davon ab, was sie selber an Mist gebaut hat. Solchen Weichwährungskorrupties Riesenkredite zu geben. Yachten, Villen, Mercedes, Ferrari, Porsche sind davon auch in Menge gekauft worden. 280 Milliarden Euro sollen Griechen in der Schweiz haben.

Es wird auch viele ärmere Griechen geben, die von dem Geldsegen nur wenig abbekommen haben. Mit Brutal-Sparprogramm macht sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Griechenland verhasst, es trifft speziell hart von Ärmere: eine hohe Mehrwertsteuer, teure Zigaretten, teurer Alkohol und was weiß ich noch alles. Außerdem: schöner Wirtschafsrückgang dadurch.

Klaus Zylla, Kelkheim

Bio-Beißhemmung

Zu: Ehec-Epidemie

Die Ehec-Epidemie ist inzwischen also weitgehend aufgeklärt worden, nachdem sich die Gesundheitsämter und andere Zuständige wochenlang schwergetan hatten, vielleicht gehindert durch eine Beißhemmung gegenüber den in den Skandal verwickelten Bio-Bauernhof.

Da verkauft ein Bio-Bauernhof aus Bienenbüttel (Kreis Uelzen in Niedersachsen) Sprossen als Bio-Nahrungsmittel, wobei jeder glaubt, dieser habe die Sprossen aus eigenem Anbau gezüchtet.

In Wirklichkeit hat er Bockshornkleesamen aus Ägypten importiert, wo es offenbar billiger war, und diesen nur zum Keimen gebracht. Irgendwelche mikrobiologischen Untersuchungen auf schädliche Bakterien wurden nicht vorgenommen nach dem Grundsatz „Das haben wir noch nie so gemacht“, obwohl jedem Ägyptenreisenden die mehr als zweifelhaften hygienischen Zustände dort auf dem Lande auffallen.

Dann bricht die Ehec-Seuche aus und auch drei Angestellte des Bio-Hofes erkranken daran, eine Frau sogar an der schweren Form. Obwohl Ehec bekanntermaßen über Lebensmittel übertragen wird, produziert und verkauft der Bio-Hof weiterhin ungerührt seine Sprossen, bis die Polizei kommt. Mal sehen, ob die Verantwortlichen wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt werden.

Was auf jeden Fall klar geworden ist: Bio-Lebensmittel sind nicht gesünder als solche aus industriell betriebener Landwirtschaft, eher ist das Gegenteil der Fall.

Dr. Wolfgang Bodenstedt, Frankfurt am Main

»Erkläret mir, Graf Oerindur ...«

Zu: „Verständigung durch Anbiedern“ (Nr. 26)

Es ist mir unverständlich, warum zur sogenannten „Beutekunst“, deren Rückgabe sogar von deutscher Seite gefordert wird, nur „kriegsbedingt verlagerte“ deutsche Kulturgüter gehören sollen und nicht auch deutsche Kulturgüter, die zum Teil seit Jahrhunderten in schlesischen, pommerschen oder ostpreußischen Museen, Schlössern oder Archiven lagerten und 1945 Polen oder Russland als Beute in die Hände fielen.

Die Haager Landkriegsordnung von 1907 verbietet eindeutig eine „Wegnahme von Kulturgütern“. Wo ist zum Beispiel der Unterschied zwischen „kriegsbedingt nach Schlesien ausgelagerten“ Autografen von Goethe, Schiller oder Hoffmann von Fallersleben und der Breslauer „Schönen Madonna“, die bis heute im Nationalmuseum in Warschau steht? Warum wird die Rückgabe der Ersteren gefordert, nur weil sie vor 1945 in Berliner Archiven lagerten, während der – völkerrechtswidrige – Raub der Breslauer Madonna offenbar kommentarlos hingenommen wird?

„Erkläret mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur!“ Oder, um mit Goethe (Faust II) zu sprechen: „Ist es auch Unsinn, so hat es doch Methode!“

Sigismund Freiherr von Zedlitz, Berlin

Polen wollte gegen Deutschland losschlagen

Zu: „Auch deutsche Vertreibung richtig bewerten“ (Nr. 25)

Das Thema der Vertreibung kann nicht oft genug in allen Medien verdeutlicht werden. Bis auf die Bombengeschädigten musste in Westdeutschland niemand für den verlorenen Krieg haften, seinen Grundbesitz behielt jeder. Die Ostdeutschen traf der Verlust von Heimat und Privatbesitz. Eine entsprechend hohe finanzielle Vergütung gab es nie. Doch auch westdeutsche Verwandte bekamen für zerbombte Stallungen und Häuser nur einen mit zwei Prozent verzinsten Aufbaukredit, der zurückzuzahlen war.

Als ich 1948 meine Arbeit im Schuldienst im Kreis Helmstedt (Niedersachsen) begann und in meiner Klasse von 72 Kindern viele Kinder aus Schlesien und Ostpreußen hatte, habe ich durch Lesestücke und Gedichte versucht, ihnen gedanklich die Heimat nahezubringen. Damals war ich noch fest davon überzeugt, dass die Ostgebiete nur zeitbefristet unter polnischer beziehungsweise sowjetischer Verwaltung stünden.

Im Heft „8. Mai 1945 – Erlöst und vernichtet zugleich – Ursachen und Folgen des II. Weltkriegs“, herausgegeben vom Verband deutscher Soldaten schreibt der Buchautor Gerd Schultze-Rhonhof („Der Krieg, der viele Väter hatte“), dass Polen 1933 dreimal Frankreich vorschlug, gemeinsam mit ihm einen Krieg gegen Deutschland zu beginnen. Das kann nicht oft genug erwähnt werden, wenn die alleinige Kriegsschuld Deutschland angelastet wird.

Warum musste Polen nach 1945 Frauen und Kinder jahrelang in polnische Internierungs- und Arbeitslager stecken? Potulitz und Lambsdorf waren die berüchtigtsten. Schämt man sich inzwischen dieser Verbrechen? Hat Polen die Inhaftierten entschädigt, so wie Deutschland polnische Zwangsarbeiter entschädigte?

Marg.-Elfriede Krause, Pattensen

Copernicus in Calgary, Canada

Zu: „Wer gehört wem?“ (Nr. 25)

Ihr Artikel („Streitgespräch um Copernicus und Chopin“) erinnerte mich an einen Urlaub vor etlichen Jahren in Kanada. Vor dem Rückflug ab Calgary (Provinz Alberta) nutzten wir die Zeit noch zu einem Spaziergang durch den Park auf dem „Prince Island“. Dort stieß ich auf einen Gedenkstein für Nicolaus Copernicus. Laut der Inschrift wurde dieses Denkmal durch eine polnische Vereinigung errichtet im Gedenken an den 500. Geburtstag des großen Astronomen.

In der Tat sehr erfreulich – wenn nicht dabei Copernicus als polnischer Astronom bezeichnet worden wäre. Ich schrieb daher an den Bürgermeister von Calgary (damals Mayor Al Duerr) und machte ihn mit Hinweis auf diverse Lexika-Eintragungen auf diese Unwahrheit aufmerksam.

Erfreulicherweise erhielt ich bereits wenige Wochen später eine sehr persönlich formulierte offizielle Antwort mit unter anderem dieser Formulierung:

„In meiner Nachforschung muss ich Ihnen Recht geben, dass Nicolaus Copernicus am 19. Februar 1473 in Thorn, Preußen, geboren wurde und somit hin als deutscher Astronom anerkannt ist. Ich möchte mich hier für den unterlaufenden Fehler entschuldigen und ich werde mein Bestes versuchen, dieses Missverständnis zu korrigieren.“

Ich habe mich damals über diese positive Reaktion sehr gefreut, zeigte sie doch, dass auch Lügen dieser Art – und davon gibt es zu viele – „kurze Beine“ haben.

Man sollte das unseren Politikern immer wieder hinter die Ohren schreiben.

Nun würde mich mal interessieren, ob inzwischen tatsächlich eine Korrektur erfolgt ist. Vielleicht gibt es in Calgary einen Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der das herausfinden könnte. Uns gibt es ja bekanntlich in aller Welt.

Im Übrigen: Machen Sie weiter so!

Rolf Löcken, Roxheim

Zeichen der Ehre

Zu: „Blass, blasser, Wulff“ (Nr. 26)

Das Titelbild zeige die „verschleierte Ehefrau“ des Bundespräsidenten. Aber verschleiert? Die Frau trägt lediglich ein Kopftuch. Ein solches, ursprünglich tatsächlich ein Schleier, soll nach 1. Kor. 11, 4ff. übrigens auch jede Christin beim Gottesdienst tragen. In der Ausgabe des Neuen Testaments von Bischof v. Keppler (1915/1936) heißt es zu dieser Stelle als Anmerkung: „Ist doch gerade der Scheier ein tiefes Symbol echten und reinen Frauentums.“

Womit einmal mehr die Verkehrung der Maßstäbe im entchristlichten Deutschland zu erkennen und in welchem Maße das Selbstverständliche unverständlich geworden ist. Was einst beim eigenen Stamm, auch außerhalb der Kirche, Normalität und Zeichen der Ehre war, wird heute angesichts hier lebender Fremdstämmiger als Bedrohung wahrgenommen, verbunden mit der Erwartung einer Anpassung an die herrschende Perversion. – Eine Angsthaltung, die nichts als Schwäche bezeugt!

Holger Bremhorst, Remscheid

2500 Milliarden

Zu: „Unbeirrt abwärts“ (Nr. 25)

Deutschland ist leider in der Europa-Union und haftet als Oberzahlmeister für die Schulden anderer EU-Länder. Der Zusammenschluss solch unterschiedlicher Volkswirtschaften hat keine Zukunft. In Deutschland leben Tausende Rentner unter der Armutsgrenze, stöhnen Kommunen unter den ständig steigenden Soziallasten, verkommen Straßen und Schulen, werden Bäder und Stadtbüchereien geschlossen und Ländern und Kommunen droht die Finanzaufsicht. Trotzdem karren wir unzählige Milliarden Euro nach Irland und in die südlichen Siesta-Staaten. Der ehemalige Präsident der Thyssen-Werke, Dieter Spethmann, berechnet die Verluste Deutschlands seit 1990 auf 2500 Milliarden Euro.

Unsere Politiker haben geschworen, Schaden von deutschen Volke fernzuhalten. Sie sollten zu ihrem Eid stehen und die EU verlassen, ehe wir selbst an den übermäßigen Zahlungen für fremde Pleite-Länder zugrunde gehen.

Reinhard Gierse, Herzebrock-Clarholz

Ein Abschweifen

Zu: „Es wird ernst“ (Nr. 26)

Diesem Kommentar von *PAZ*-Redakteur Hans Heckel, großartig in seiner stringenten Wirklichkeitsanalyse wie in seinem Ausblick, ist nichts hinzuzufügen. So handelt es sich im folgenden lediglich um ein Abschweifen, ausgelöst durch den Satz in der ersten Spalte: „Kanzlerin Merkel wich bloß zurück.“

Sie wich zurück, aber, wie oft zu beobachten, nicht mit durchgehaltener Konsequenz. Zur jäh radikal gewandelten Sicht der Physikerin, entstanden ohne neue wissenschaftliche Erkenntnisse, gehören jenseits der vorgenommenen Volte zwei weitere Konsequenzen: Keine Lagerung von Atombomben auf deutschem Boden, kein radioaktives Material in Händen der Bundeswehr!

Das ist zu fordern im Namen des just von den Amerikanern attestierten Eintretens für Freiheit, zu der die Pflicht zur Wahrnehmung unabdingbarer ethischer Verantwortung gehört. Doch dazu: Schweigen aus dem Kanzleramt.

Gudrun Schlüter, Münster

Gut recherchiert

Zu: „Israels ferner Friede“ (Nr. 26)

Ich möchte mich für den wirklich objektiven Bericht sehr bedanken. Sie haben nicht nur vorbehaltlos recherchiert, sondern auch in den Populärmedien verschwiegene Tatsachen angesprochen, die ich trotz guter Informationsquellen so noch nicht erfahren habe (zum Beispiel über den palästinensischen Siedlungsbau).

Ulrich Drübbisch, Ahrensburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 28 – 16. Juli 2011

MELDUNGEN

Beliebtes Fotomotiv

Allenstein – Auf Anregung des Architektenpaares Anna und Tomasz Lella wurden an vielen Punkten der Allensteiner Altstadt, darunter auf der Johannisbrücke und vor dem Rathausgebäude, aus bunt bemaltem Styropor angefertigte Figuren aufgestellt, die in verschiedenen Variationen den sogenannten prußischen Babas nachempfunden wurden. Sie stießen auf die Begeisterung sowohl der Einheimischen als auch der zahlreichen Besucher. Mehrere Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland ließen sich gern mit ihnen fotografieren. *G. S.*

Tafeln statt Steine

Allenstein – Janusza Kijowski, der Intendant des Allensteiner Theaters, hat mit der sogenannten Allee der Stars ein Stück Hollywood in die Alle gebracht. In der Woiwodschaftshauptstadt wurden bereits Mitte Juni Erinnerungssteine eingeweiht, die an fünf herausragende polnische Schauspielerinnen und Schauspieler erinnern sollen, deren Namen durch Auftritte mit der Allensteiner Bühne verbunden sind. Die kleine Allee der Stars wurde auf der schmalen Rasenfläche gegenüber dem Theatergebäude eingerichtet und löste sofort einige Kontroversen um die künstlerische Ausführung aus. Die vom namhaften Bildhauer Adam Myjak entworfenen Platten mit den Namen der Theaterleute erwecken nämlich unwillkürlich eine Assoziation zu einem Friedhof, der sich hier früher befand. Deshalb sollen künftig alle weiteren Namen lediglich in Form von Metalltafeln verewigt werden. *G. S.*

Ein Viertel der Jugend will weg

Die Zukunft Königsbergs drängt es nach Russland, in die Bundesrepublik und in die USA

In diesem Jahrtausend hat sich das Leben im Königsberger Gebiet dank des allgemeinen Wirtschaftswachstums in der Russischen Föderation wesentlich verbessert. Dennoch sieht ein Großteil der jungen Leute dort keine Perspektive und bereitet sich auf seine Ausreise vor.



Königsberg: Nur wenige junge Leute, wie hier die Jugend der Kommunisten, empfinden sich als Patrioten. Bild: J. Tschernyschew

Seit die Russen durch das Ende von Eisernem Vorhang und Sowjetherrschaft nicht mehr eingesperrt sind, zogen viele Russen ins Ausland. Bis Mitte der 90er-Jahre kehrten jährlich zehntausende Fachkräfte ihrer Heimat den Rücken. Menschen jeder Altersstufe und aller Berufszweige verließen das Land. Dieser Prozess erreichte eine solche Dimension, dass er zu einem ernsthaften Problem für Russland wurde. Die Regierung unternahm allerdings keine großen Anstrengungen, die Auswanderungswelle entgegenzuwirken. Aber selbst, wenn sie sich bemüht hätte, wäre sie damals nicht in der Lage gewesen, den Menschen etwas zu bieten, was sie von ihrer Ausreise hätte abhalten können. Vor allem junge Leute waren auf der Suche nach besseren Berufsmöglichkeiten und einer angemessenen Bezahlung.

Erst in unserem Jahrtausend, als wirtschaftliche Stabilität und eine verhältnismäßig gute materielle Versorgung erreicht wurden, ebbte die Migrationswelle allmählich ab. Dafür waren aber nicht nur das wirtschaftliche Wachstum, sondern auch äußere Gründe verantwortlich. Heute ist es für Russen schwieriger, ins Ausland auszureisen als zu Beginn der 90er-Jahre, als die Einwanderungsbestimmungen noch liberaler waren und man Übersiedler und Fachkräfte aus der Sowjetunion gerne aufnahm. In den vergangenen Jahren hat die russische Regierung einige Bemühungen unternommen, um ausgewanderte Landsleute ins Land zurückzuholen. Spezielle Programme und Einrichtungen wurden gegründet, die für die Rückkehr im Ausland lebender Russen werben sollten. Dass Wissenschaftler und Lehrkräfte in Russland sehr schlecht bezahlt werden, ist ein bekanntes Problem. Für junge Wissenschaftler wurden deshalb zusätzliche Stipendien eingerichtet, damit sie im Lande bleiben.

Dennoch schlugen die jüngsten Umfragen im Königsberger Gebiet wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Die Ergebnisse waren bei der letzten Jugendratssitzung im Amtssitz des Gouverneurs veröffentlicht worden. Es stellte sich heraus, dass fast ein Viertel der jungen Menschen zwischen 14 und 30 Jahren ihr zukünftiges Leben nicht im Königsberger Gebiet verbringen wollen. Ein Drittel von ihnen würde gerne in Moskau oder St. Petersburg leben, die übrigen Befragten wollen in andere russische Städte oder in andere europäische Staaten ziehen. An erster Stelle steht die Bundesrepublik Deutschland als Wunschziel, gefolgt von den USA.

Unerwartet hohe Protestbereitschaft

Einer der Hauptgründe für diese Stimmung ist die schlechte Bezahlung und weiter die Schwierigkeit, Arbeit im erlernten Beruf zu finden.

In letzter Zeit sind Zehntausende Gastarbeiter nach Königsberg geströmt, meist aus den asiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Doch das sind nicht die Mitbürger, die der ehemalige Gouverneur Georgij Boos gewollt hatte. Laut offiziellen Angaben der Gebietsregierung hat nur jeder Zehnte dieser Zugereisten eine Arbeitserlaubnis, alle anderen arbeiten illegal. Die Arbeitgeber bedienen sich ihrer nur zu gerne, da sie billig zu haben sind und bis zu zwölf Stunden am Tag arbeiten.

Interessant ist auch die Tatsache, dass die Mehrheit der Jugendlichen sich nicht als Patrioten bezeichnet. Nur für 40 Prozent der Befragten erweckt das Wort „Russland“ positive Emotionen. Als absolute Patrioten bezeichneten sich nur 27 Prozent.

Für Gouverneur Nikolaj Zukanow und seine Beamten war das Umfrageergebnis ein Schock, brachte es doch auch das Vorhandensein von Protestbereitschaft unter den Jugendlichen gegen die politische Führung des Gebiets ans Tageslicht. Diese Information nahm Zukanow mit Unverständnis auf. „Für wen arbeiten wir denn dann?“ Diese Frage stellte der Gouverneur in den Raum. *Jurij Tschernyschew*

Näher an Moskau statt an Europa und mehr Tourismus

Neuer Senator des Königsberger Gebiets im Russischen Föderationsrat setzt neue Prioritäten – und hat eigene wirtschaftliche Interessen

Die Königsberger Gebietsduma hat einen neuen Senator gewählt, der die Interessen der Exklave im Russischen Föderationsrat in Moskau vertreten soll. Es handelt sich um den in Palmnicken geborenen Abgeordneten der Präsidentenpartei „Einiges Rußland“ Nikolaj Wlasenko. Der Russe ist vor allem als Gründer und Hauptanteilseigner der russischen Supermarktkette „Viktoria“, zu der mehrere hundert Geschäfte in Königsberg, Moskau und Sankt Petersburg gehören, bekanntgeworden. In geheimer Abstimmung erhielt Wlasenko die Stimmen von 28 der 37 anwesenden Parlamentarier.

Der frischgebackene Senator kündigte eine Kehrtwende in der bisherigen Königsberger Haltung bei Verhandlungen mit der Zentralregierung in Moskau an. Bisher hätten die Königsberger Vertreter stets gefordert, man solle das Gebiet angesichts seiner isolierten Lage vor allem gegenüber Europa öffnen. Er wolle dies in Zukunft nicht mehr tun, sondern vielmehr eine „realitätsnähere“ Anbindung an das russische Zentrum erreichen. Sein Ziel sei vor allem ein Ausbau des innerrussischen Tourismus, der das wesentliche wirtschaftliche Potenzial der Region darstelle. Mit der Möglichkeit einer Öffnung nach Westen und einer nennenswerten Zahl europäischer Besucher rechnet Wlasenko nicht. Königsberg wäre aufgrund seiner fremdartigen historischen Denkmäler und seiner besonderen Natur für viele Russen eine Art Kuriosum, und es würde daher für sie einen ausgezeichneten Erholungsort darstellen. Dem stünden allerdings bisher die exorbitanten Flugkosten zwischen Russland und Ostpreußen sowie ein erheblicher Mangel an touristischer Infrastruktur entgegen. Bei letzterer denkt der Unternehmer seinen Verlautbarungen zufolge noch ganz in sowjetischer Tradition vorwiegend an staatliche Einrichtungen wie Kuranstalten in Trägerschaft der russischen Regionen sowie staatseigene Ferienzentren. Unlängst hatte Wlasenko eine Erziehungs- und Ausbildungsoffensive im Königsberger Gebiet angemahnt, da die Bevölkerung für eine Arbeit im Dienstleistungsgewerbe und dabei speziell im Tourismus völlig ungeeignet sei. Allgemein würden solche Tätigkeiten als minderwertig gelten. Offensichtlich möchte der neue Senator damit insbesondere weitere Subventionen für den Luftverkehr und für den Aufbau touristischer Strukturen aus Moskau gewinnen.



Königsbergs neuer Mann in Moskau: Nikolaj Wlasenko

Ob Wlasenko dabei auch an sich selbst denkt? Im Juni hat er in Rauschen das Hotel „Rus’“ erworben. Zugleich lässt er in Palmnicken ein neues Haus unter dem deutschen Namen „Schloß-Hotel“ bauen. Als Managerin für beide Projekte hat er die agile frühere Königsberger Vize-Industrieministerin Marina Drutman engagiert, deren Durchsetzungsfähigkeit im Gebiet weithin bekannt ist. Zudem ist Wlasenko auch anderweitig im Tourismus engagiert. Fördermaßnahmen aus Moskau würden sich daher auch für ihn persönlich positiv auswirken. Ein Zusammenhang von wirtschaftlichen Eigeninteressen und politischen Entscheidungen ist im Königsberger Gebiet immer wieder zu beobachten. Inwieweit es dem Oligarchen Wlasenko gelingen wird, den Bau des nicht nur in den Nachbarstaaten höchst umstrittenen „Baltischen Atomkraftwerks“ am Südufer der Memel zu stoppen, der von Moskauer Lobbyisten unter Absegnung der Zentralregierung betrieben wird und naturgemäß für den Aufbau des Tourismus alles andere als förderlich ist, bleibt abzuwarten. *Thomas W. Wyrwoll*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

was wir in der letzen Folge schon anklingen ließen, können wir heute eingehend behandeln: das Problem der Nachfrage nach Angehörigen, die irgendwann einmal in den letzten 60 Jahren in unserer Zeitung gesucht wurden. Aber von wem? Weder Namen noch Anschrift der Anfragenden wurden genannt, in den frühen Jahren nach der Vertreibung erfolgte die Suche auf Wunsch der Suchenden anonym, und wenn Anschriften genannt wurden, waren es die der ersten Unterkünfte oder von Mittelspersonen. Jedenfalls ist es heute fast unmöglich, die Anschriften der damaligen Auftraggeber zu ermitteln, von denen die meisten leider auch nicht mehr unter uns weilen. Trotzdem lassen wir nichts unversucht, das sind wir unseren Leserinnen und Lesern schuldig und wenn auch nur ein Hoffnungsfunken besteht, sollte man ihn am Glimmen erhalten.

Im Internet hat auch Herr **Gerhard Kowallik** aus Ammersbek auf der Suche nach Informationen über seine Eltern **Berta** und **Fritz** Kowallik eine Anzeige gefunden, die sich auf seine Mutter bezieht. Sie erschien im *Ostpreußenblatt* vom 8. Dezember 1956. Damals war Gerhard Kowallik erst elf Jahre alt und ein Waisenkind, sein Vater war und blieb verschollen und seine Mutter Berta war im Februar 1954 verstorben. Sein Wunsch, noch mehr über seine Eltern zu erfahren, ist in den letzten Jahren stark gewachsen und so war er natürlich überrascht und erfreut, als er den Namen seiner Mutter in der alten Ausgabe des *Ostpreußenblattes* fand. Der Suchwunsch erschien unter „Suchanfragen aus dem Kreis Johannisburg/Ostpr." und wurde von einer Person gestellt, die anscheinend wusste, dass Berta Kowallik die Flucht aus ihrem Heimatort Gr. Kessel überlebt hatte, denn es war als letzter Wohnort der Gesuchten Kiel-Wellingdorf angegeben. Der Sohn möchte nun natürlich wissen, wer damals nach seiner Mutter geforscht hatte. Das ist leider nicht mehr festzustellen, und die Betreffenden dürften auch nicht mehr leben, so dass es schwer sein wird, nach so langer Zeit herauszufinden, wer die Suchfrage gestellt hat, wahrscheinlich war es jemand aus dem Verwandten- oder Freundeskreis der Familie. Trotzdem fühlen wir uns verpflichtet, die Frage von Herrn Kowallik weiter zu geben.

In einem Telefongespräch, das ich mit Herrn Kowallik wegen einiger Unklarheiten führte, bat er mich, in diesem Zusammenhang nach dem Schicksal seines Vaters und dem seines älteren Bruders zu fragen, sie gelten beide als vermisst. Suchanfragen bei den betreffenden Institutionen hatten keinen Erfolg. Der Vater Fritz Kowallik aus Gr. Kessel wie auch sein ältester Sohn **Max** Kowallik *13. März 1924, dürften in russische Gefangenschaft geraten sein. Vielleicht weiß einer der Heimkehrer, die im Dezember 1956 endlich entlassen wurden, etwas von Vater und Sohn Kowallik, wann, wo und wie sie verstorben sind. So meint Herr Kowallik, aber er weiß auch, dass wenig Hoffnung besteht. (Gerhard Kowallik, Korten-Oth 23 in 22949 Ammersbek, Telefon 04532/3492.)

Im *Ostpreußenblatt* Folge 39 vom 26. September 1959 stand unter den Suchfragen folgende Anfrage: „... **Frau Berta Haak**, geborene **Schemioneck**, sowie deren fünf Kinder, darunter **Herta**, Fritz und **Else** Haak, alle zuletzt wohnhaft in Friedrichsberg, Kreis Angerapp, und **Richard** Haak, Staatsförster i.R. aus Vierbrüderkrug, Kreis Ortelsburg, sowie über **Adolf** Schemioneck aus Plöwken, Kreis Treuburg". Auf der Suche nach ihren Wurzeln fand die Enkelin von Berta Haak diese Suchmeldung und unterrichtete sofort ihre Mutter darüber, denn diese ist das jüngste der fünf Kinder. Sie kann sich aber an keine Person erinnern, die damals nach der Familie gesucht hat. Die Enkelin meint, dass es ein guter Kenner der Familienverhältnisse gewesen sein muss, wahrscheinlich ein naher Verwandter, da die beiden anderen Gesuchten der väterlichen wie der mütterlichen Linie der Haaks aus Friedrichsberg angehören. Wir können leider nicht weiter helfen, aber vielleicht erinnert sich jemand aus unserem Leserkreis, dass damals nach der genannten Familie geforscht wurde. Da die Enkelin leider keine Anschrift angegeben hat, müssen wir eventuelle Zuschriften, die an unsere „Ostpreußische Familie" zu richten sind, weiterleiten.

Ein wenig wunderte ich mich, als ich die eine E-Mail von Frau **Anke Zschiesche** aus Berlin bekam, die eine Suchfrage nach ihrer Stiefgroßmutter **Elisabeth Spannekrebs** aus Schakenhof, Kreis Gerdauen und deren drei Töchtern enthielt. Hatte ich ihren Suchwunsch doch bereits erfüllt – weil der Name so außergewöhnlich war, wusste ich es sofort –, und zwar in der großen Ausgabe Folge 21, die zum Deutschlandtreffen erschienen war. Anscheinend hatte Frau Zschiesche bisher keine Zuschrift erhalten, und so war es dann auch. Da sie keine Abonnentin der *PAZ* ist, hatte sie die Veröffentlichung nicht gelesen. Nun erklärte sie mir am Telefon, dass sie inzwischen einen Hinweis vom Kirchlichen Suchdienst erhalten hatte, dass die Töchter von Frau Spannekrebs leben und sie versuchen wollte, mit ihnen in Verbindung zu treten. Wir wünschen Frau Zschiesche weiter viel Erfolg


Am einsamen Niedersee bei Rudszanny/Niedersee Bild: privat

Hat Ihnen auch die wunderschöne Sauciere gefallen, die wir in der Folge 25 zeigten? Da hat sich schneller eine Lösung ergeben als wir dachten, und wir freuen uns, dass wir mit unserer Vermutung richtig lagen. Herr **Christoph Stabe** aus München hatte nämlich gefragt, wo das Restaurant „Kurhaus Siegemund" gelegen habe, das seine Gäste von diesem kostbaren Porzellanservice aus der KPM speisen ließ? Herr Stabe tippte auf Masuren, und ich fand dann in einem Touristenführer aus dem Jahr 1927 tatsächlich ein „Kurhaus Siegmund" in Rudszanny/Niedersee. So weit, so gut. Aber wie war die kleine Unstimmigkeit im Namen zu erklären? Hatte der Porzellanmaler bei der Beschriftung ein „e" zu viel eingefügt? Im Gegenteil: in dem alten Reiseführer war es ausgelassen worden! Aber damals, in der Mitte der 20er Jahre, hatte das Kurhaus seinen Glanz aus der Vorkriegszeit verloren und seinen neuen noch nicht gefunden. Den habe ich dann später auch genießen dürfen, denn ich kann mich noch an einen herrlichen Sommertag erinnern, als ich mit meiner Gastgeberin aus Rudszanny auf einer großen Terrasse saß und wir uns für die anschließende Ruderfahrt nach Nikolaiken stärkten. Es muss das „Kurhaus Siegemund" gewesen sein, denn es gab kein anderes Restaurant dieser Größe in dem stillen, vom Harzduft der sonnendurchglühten Kiefern durchwehten Ort. Das bestätigte mir auch Herr **Rolf W. Krause**, Kreisgemeinschaft Sensburg, der als Schriftleiter den Sensburger Heimatbrief gestaltet. Er konnte einwandfrei den Irrtum klären und dies auch Herrn Stabe mitteilen, der seinen Fund nun geografisch einordnen kann. Herr Krause war ebenfalls von dem schönen Stück begeistert. Und so wird die Geschichte auch im Sensburger Heimatbrief seine Fortsetzung finden.

Erinnerungen können manchmal trügen, und das befürchtet auch Herr **Helge-Jan Schmodde** aus Bad Soden. Nicht seine eigenen, aber die eines Internetbenutzers, der seinen Beitrag ins Netz gestellt hatte. „Da solche Berichte von bestimmter Seite gern als erfunden bezeichnet werden, wende ich mich an Ihren Leserkreis mit der Frage nach dem richtigen Ortsnamen", schreibt Herr Schmodde, und ich bin sicher, dass unsere Leserinnen und Leser diese Ansicht teilen. Es handelt sich um einen Augenzeugenbericht, wonach polnische Kavallerie vor Beginn des Zweiten Weltkrieges einen Ort im südlichen Ostpreußen überfallen und dabei getötete Deutsche und brennende Gehöfte hinterlassen hat. Als Schauplatz wird „Garnsee, Kreis Neidenburg" angegeben. „Aber das trifft nicht zu", behauptet Herr Schmodde, „denn Garnsee lag im Kreis Marienwerder/Westpreußen, keine zehn Kilometer vom Hof meines Großvaters entfernt. Von derartigen Ereignissen hätten wir mit Sicherheit erfahren müssen, was aber weder vor 1939 noch später der Fall war." In Bezug auf den Ortsnamen hat Herr Schmodde Recht. Im ostpreußischen Ortsregister, das auch dieses ehemals westpreußische, dann nach dem Ersten Weltkrieg zu Ostpreußen gekommene Gebiet enthält, ist nur ein Garnsee verzeichnet, und diese 2000 Einwohner zählende Stadt lag 15 Kilometer von Marienwerder östlich der Weichsel und war Bahnstation auf der Strecke Marienwerder–Graudenz. Im Kreis Neidenburg konnte ich keine Ortsnamen ausmachen, die eine Verwechslung vermuten lassen, höchstens Orte wie Gardenau oder Gardienen, Seeben oder Seehag, aber das wäre doch zu weit hergeholt. Wer weiß mehr über diesen Vorgang, von dem der „Zeitzeuge" berichtet? (H. J. Schmodde, Telefon 06196/26707, E-Mail: helgejanschmodde@t-online.de)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Unsere Zeitung trägt außer dem traditionellen Namen „Das Ostpreußenblatt" den Titel „Preußische Allgemeine Zeitung", und als vor einigen Jahren die Frage eines erweiternden Titels ins Haus stand, schlug ich diesen vor. Und fand Gehör. Ich hatte ihn als Tochter der Zeitungsstadt Königsberg gewählt, um an die „Königsberger Allgemeine Zeitung" anzuknüpfen, die einstmals zu den führenden Tageszeitungen zählte. Ich war immer stolz darauf gewesen, dass mein erstes Gedicht in der „Allgemeinen" erschienen war – es war der Start für ein sehr, sehr langes Schriftstellerleben. Und so ging sofort das Erinnern an die Heimatstadt und das Zeitungshaus in der Theaterstraße zurück, als ich die Anfrage von Frau Dr. **Deborah Vietor-Englaender** aus Mainz erhielt. Sie sucht nämlich bestimmte Ausgaben der „Königsberger Allgemeinen Zeitung", die sie bisher weder in Bibliotheken noch staatlichen Archiven gefunden hat. Es handelt sich um die Jahrgänge 1900 bis 1922, in denen die Kolumne „Berliner Plauderbriefe" erschien. In jeder Sonntagsausgabe waren diese in lockerer Art geschriebenen Beiträge enthalten, die wohl ein Spiegelbild des gesellschaftlichen Lebens der deutschen Hauptstadt waren. Ich selber habe sie nicht gelesen, später waren sie nicht mehr in den Sonntagsbeilagen der Zeitung enthalten. Frau Dr. Vietor-Englaender hofft nun, durch unsere Leserschaft Hinweise zu erhalten, wo eventuell in deutschen oder ausländischen Privatbibliotheken oder Pressearchiven noch diese Jahrgänge der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" vorhanden sein können. Jeder Hinweis ist willkommen. (Frau Dr. Deborah Vietor-Englaender, Am Finther Weg 8 in 55127 Mainz, Telefon 06131/477119, E-Mail: depenglander@hotmail.com)

Noch ein Nachschrapselchen vom Deutschlandtreffen, das unsere Zeitung betrifft. In unserm Familienbriefkasten fand ich das Angebot von **Frau Sieglinde Falkenstein**, einige geschlossene Jahrgänge der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* abzugeben. Als treue Abonnentin hat sie diese gesammelt und möchte sie gerne interessierten Neulesern, Heimatarchiven oder anderen Institutionen überlassen. Es handelt sich um die Jahrgänge 1995 bis 2010. Das sind immerhin 16 komplette Jahrgänge, die haben schon Gewicht. Da Frau Falkenstein in Achim bei Bremen wohnt, dürften vor allem Interessenten aus dem norddeutschen Raum in Frage kommen, die diese „gewichtige" Sammlung mit dem Auto abholen können. (Sieglinde Falkenstein, Mackensenweg 7 in 28832 Achim, Telefon 04202/81440.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

MELDUNGEN

Schönster Garten gesucht

Rosenberg – Rosenberg sucht den schönsten Garten. Der von Bürgermeister und Stadtamt veranstaltete Wettbewerb läuft noch bis zum 15. August. Alle Eigentümer von Gärten und Kleingärten innerhalb der Grenzen der Gemeinde Rosenberg können daran teilnehmen. Dazu müssen neben dem Meldeformular drei bis zehn Fotos eingereicht werden. *PAZ*

Feuerwehr feiert Gründung

Grocholub – Die Freiwillige Feuerwehr in Grocholub hat ihr 90. Gründungsjubiläum gefeiert. Bei den Feierlichkeit war auch der Sejmabgeordnete Ryszard Galla zugegen. *PAZ*

ALJO auf Vierländertournee

Auch in Danzig gastierte das Akkordeon-Landesjugendorchester Baden-Württemberg

Wie in den Jahren zuvor zog es das Akkordeon-Landesjugendorchester Baden-Württemberg (ALJO) auch in der diesjährigen Tournee vom 12. bis 24. Juni wieder zu einer Tournee in den Osten. Erstmals gastierte das Orchester dabei in Lettland und Litauen. Aber auch die Republik Polen und das Königsberger Gebiet standen wieder auf dem Programm.

Hierfür wurde unter der Dirigentin Heidrun Neugebauer wieder ein abwechslungsreiches Musikprogramm einstudiert. Dazu gehörten die Ouvertüre zu Leonard Bernstein „Candide", die Sätze 1, 2 und 5 aus Jindrich Felds „Evocations", das Concerto Grosso opus 6, Nummer 4 von Arcangelo Corelli, Variationen über „Komm, lieber Mai" von Rudolf Würthner und das Finale aus Dimitrij Schostakowitschs „Jazz-Suite No. 2" ebenso wie die Danza final aus Alberto Ginasteras „Estancia", die Sätze 1 und 4 aus Wolfgang Amadeus Mozarts Divertimento in B, „Unter Donner und Blitz" von Johann Strauss, das Intermezzo aus Pietro Mascagnis „Cavalleria Rusticana" und der Radetzky-Marsch von Johann Strauss (Vater).


Bild: ALJO
ALJO-Dirigentin Silke D'Inka

Auf den Start am 12. Juni in Leonberg folgte bereits tags darauf das erste Konzert in der Danziger Brigittenkirche, das von der örtlichen Kirchengemeinde gemeinsam mit dem Bund der Deutschen Minderheit in Danzig organisiert worden war. Nach der abendlichen Messe begann die Veranstaltung mit preußischer Pünktlichkeit um 19 Uhr. Nachdem die Mitglieder des Orchesters ihre Plätze eingenommen hatten, eröffnete der Gemeindepfarrer als Hausherr die Veranstaltung und gab seiner Freude über die Gäste aus dem Südwesten Deutschlands Ausdruck. Danach nahm Wolfgang Naujoks als Vertreter des Bundes der Deutschen Minderheit in Danzig das Wort. Gut gelaunt wies er darauf hin, dass aus Stuttgart nicht nur ausgezeichnete Autos kämen, sondern auch solch begabte Jugendliche, wie sie im Akkordeonorchester spielen. In der Pause stellte die Leiterin des Orchesters, Silke D'Inka, mit wenigen Worten ihr aus 30 jungen Menschen zwischen 16 und 27 Jahren bestehendes Orchester samt dessen bisherigen Erfolgen vor. Zu diesen bisherigen Erfolgen kann D'Inka zukünftig mit Fug und Recht diesen Besuch in der Hansestadt hinzuzählen, denn das begeisterte Publikum nötigte die Musiker mit seinem lang anhaltenden Beifall zu zwei Zugaben.

Schon an nächsten Tag machte sich das Orchester auf den Weg nach Königsberg, Außerdem wurden noch Konzerte in Wilna und Riga gegeben. Das letzte Konzert wurde dann wieder in der Republik Polen gegeben – diesmal in der Landeshauptstadt Warschau. *M.R.*

MELDUNGEN

500 Glocken aus 55 Ländern

Kreuzburg – Noch bis Ende September ist im Jan-Dzierzon-Museum in Kreuzburg eine Sammlung von Glocken aus aller Welt zu bestaunen. Sie enthält 500 Kirchen-, Schul-, Tier- und sonstige Glocken und Glöckchen aus 55 Ländern und verschiedensten Zeiten. *PAZ*

Sommerfest in Grocholub

Grocholub – Auf dem Gemeindesommerfest der Deutschen Minderheit in Grocholub sorgten Kabarett, Tanz und Musik für kurzweiliges Vergnügen. Auch für das leibliche Wohl war auf dem Sportplatz, auf dem das Fest stattfand, gesorgt. *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Czichowski, Wilhelm, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, jetzt Kronprinzenstraße 27, 45891 Gelsenkirchen, am 20. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Jacksohn, Hildegard, geb. **Petrowitz**, aus Lötzen, jetzt Otto-Langbehn-Straße 10, 23669 Timmendorfer Strand, am 2. Juli

Lettau, Herta, geb. **Stadie**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, jetzt Am Schützenplatz 2, 29525 Uelzen, am 20. Juli

Piepereit, Emma, aus Lyck, jetzt Tanneneck 3, 24816 Hamweddel, am 20. Juli

Schorsch, Marianne, geb. **Fengler**, aus Ogrodtken, Kreis Lötzen, jetzt Friedrich-Lau-Straße 27, 40474 Düsseldorf, am 10. Juli

Stutzke, Hedwig, geb. **Rimkus**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Immenweg 9, 30938 Burgwedel, am 18. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Göbel, Christel, geb. **Schulz**, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, jetzt Gartenstraße 20, Seniorenheim, 32805 Horn-Bad Meinberg, am 24. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kochanowski, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Heinz-Krey-Straße 15, 24944 Flensburg, am 18. Juli

Lowski, Alfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Reutlinger Straße 6, 89079 Ulm, am 22. Juli

Nikoleyczik, Gertrud, geb. **Kaleyka**, aus Lübecksfelde, Kreis Lyck, jetzt Hagebuttenweg 19/21, 23566 Lübeck, am 19. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Demant, Hedwig, geb. **Kaminski**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Am Sandbach 16, Alten- und Pflegeheim, 38162 Cremlingen, am 19. Juli

Golembeck, Bernhard, aus Lauken, Kreis Lötzen, jetzt Kammerstraße 50, 47057 Duisburg, am 13. Juli

TERMINE DER LO

Jahr 2011

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

30. September bis 2. Oktober: 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28. bis 30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Klein, Christel, aus Königsberg, Barbarastraße 51A, jetzt Bernauerstraße 106, 13355 Berlin, am 20. Juli

Krokowski, Johanna, geb. **Wieczorek**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Amalienweg 1, 24119 Kronshagen, am 21. Juli

Kulick, Herta, geb. **Werbun**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Bergstraße 35, 15745 Wildau, am 22. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brzoska, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, jetzt Alter Brauhof 36, 76137 Karlsruhe, am 24. Juli

Kipar, Meta, geb. **Heyer**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Glückaufstraße 25, 52531 Übach-Palenberg, am 19. Juli

Matthes, Christel, geb. **Matthes**, aus Wehlau, Grabenstraße, jetzt Süder-Allee 41, 25524 Itzehoe, am 22. Juli

Nadrowski, Anna, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Leezener Weg 15, 22417 Hamburg, am 23. Juli

Petzold, Elly, geb. **Skerra**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt Osterstraße 46, 32105 Bad Salzuflen, am 22. Juli

Schulz, Waltraut, geb. **Liebe**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, jetzt Martinusstraße 25, 41468 Neuss, am 20. Juli

Wiesner, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Berliner Straße 174, 33330 Gütersloh, am 18. Juli

Wydrinka, Walter, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Wittbräucker Straße 8, 44287 Dortmund, am 20. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böhnke, Herta, geb. **Böhnke**, aus Genslack, Neu Zimmau, Kreis Wehlau, jetzt Oeynhauser Straße 10, 32609 Hülhorst, am 22. Juli

Buber, Ernst, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Cronenberger Straße 191, 42119 Wuppertal, am 24. Juli

Burger, Frieda, geb. **Machmüller**, aus Allenburg, Gartenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Erolzheimer Straße 37, 88453 Edelbeuren, am 23. Juli

Emler, Ursula, geb. **Kopetsch**, aus Neidenburg, jetzt Teigelkamp 17, 48145 Münster, am 20. Juli

Gatzke, Paul, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Franzstraße 5, 30449 Hannover, am 4. Juli

Hahn, Martha, geb. **Plewa**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, jetzt Südstraße 6, 49201 Dissen, am 17. Juli

Matz, Margarete, geb. **Bekowski**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Elise-Bartels-Straße 1, 23564 Lübeck, am 23. Juli

Ploetz, Helene, aus Lötzen, jetzt Schießstattstraße 7 B, 83024 Rosenheim, am 13. Juli

Pruschinski, Edith, geb. **Klingbeil**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, jetzt Langstraße 16, 65779 Kelkheim, am 22. Juli

Schultze, Grete, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, jetzt Largauweg 13, 26135 Oldenburg, am 19. Juli

Strunck, Hildegard, geb. **Paykowski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Sommerskamp 1, 49356 Diepholz, am 18. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bach, Lieselotte, geb. **Pultke**, aus Balga (Partheinen), Kreis Heiligenbeil, jetzt Flemingstraße 4, 30880 Laatzen, am 16. Juli

Baltrusch, Walter, aus Lyck, Solldauer Weg 11, jetzt Neuwerkweg 2, 27755 Delmenhorst, am 19. Juli

Baumgarten, Christel, geb. **Beinert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Weverstraße 54, 13595 Berlin, am 22. Juli

Bräunig, Elli, geb. **Acktun**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, jetzt Alte Dorfstraße 19, 24214 Lindhöft-Noer, am 21. Juli

Felke, Helene, geb. **Kaminski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Am Tiefen Steg 16, 46569 Hünxe, am 23. Juli

Fetkenheuer, Wolfgang, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Kalkumer Straße 160, 40468 Düsseldorf, am 7. Juli

Friedrich, Agathe, geb. **Michallek**, aus Kalborn, Kreis Allenstein, jetzt Bernhard-Lichtenberg-Weg 5, 08529 Plauen, am 16. Juli

Hochmann, Charlotte, geb. **Teschner**, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lerchenstraße 8, 58455 Witten, am 11. Juli

Kahnau, Hanna, geb. **Böhm**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Laustraße 15, 70597 Stuttgart, am 22. Juli

Kowalewski, Fritz, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Murgtalstraße 23, 76448 Durmersheim, am 17. Juli

Kühn, Hans, aus Lyck, Morgenstraße 4, jetzt Olmöhlenstraße 2, 25791 Linden, am 22. Juli

Künzer, Lieselotte, geb. **Bolz**, aus Ebenrode, jetzt Joachim-Mähl-Straße 3, 22459 Hamburg, am 24. Juli

Kurtz, Edeltraut, geb. **Liebich**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Marschnerstraße 40, 22081 Hamburg, am 23. Juli

Lehmann, Elfriede, geb. **Bartoschewitz**, aus Lyck, Blücherstraße 5, jetzt Lister Meile 28-30, Pflegeheim, 30161 Hannover, am 19. Juli

Möller, Erna, geb. **Gayko**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Evangelisches Altersheim, Lulu-von-Strauß-und-Torney-Straße 16, 31675 Bückeburg, am 19. Juli

Niewind, Adelheid, geb. **Schwabe**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Meckelstraße 2, 42285 Wuppertal, am 19. Juli

Patro, Arno, aus Kosnehmen, Kreis Samland, jetzt Hauf 4, 89340 Leipheim, am 21. Juli

Pfeiffer, Hildegard, geb. **Koszinowski**, aus Lorenzhall, Kreis Lötzen, jetzt Horner Landstraße 360 D, 22111 Hamburg, am 10. Juli

Weiß, Elfriede, geb. **Bartels**, aus Reinlacken, Wachlacken, Kreis Wehlau, jetzt Handwerkerring 8, 38464 Twülpstedt, am 24. Juli

Wellerdt, Lydia, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt 87-2nd AVE, Kitchener, Ont. N2C 1N4, Kanada, am 20. Juli

Zielinski, Gerda, geb. **Kutz**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Am Fliederbogen 8, 24980 Schafflund, am 23. Juli

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ZUM 85. GEBURTSTAG

Assmus, Rosemarie, geb. **Stern**, aus Ortelsburg, jetzt Poolstraße 16, 20355 Hamburg, am 21. Juli

Baatz, Gisela, geb. **Rex**, aus Lötzen, jetzt Burgmühle 2, 41199 Odenkirchen, am 13. Juli

Beck, Ruth, geb. **Kelch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Kreimertsberg 3, 66663 Merzig, am 19. Juli

Czekay, Lisbeth, aus Reichensee, Kreis Lötzen, jetzt Marienstraße 66, 42105 Wuppertal, am 1. Juli

Droßmann, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Gewalterberg 40, 45277 Essen, am 18. Juli

Duszny, Emil, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Quellenstraße 49, 45481 Mülheim, am 21. Juli

Fehling, Elisabeth, geb. **Tchorz**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Langen Siepen 10, 42857 Remscheid, am 18. Juli

Förthmann, Rosemarie, geb. **Neumann**, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, jetzt Vossmoor 23, 25436 Moorrede, am 18. Juli

Hartwich, Karl, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Burenhofsweg 11, 40822 Mettmann, am 19. Juli

Hein, Siegfried, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 13 A, 24214 Großkönigsförde, am 19. Juli

Hofmeister, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kiebitzweg 28 A, 27607 Langen, am 14. Juli

Jankowski, Alfred, aus Schwenten, Kreis Angerburg, jetzt Goethestraße 13, 55291 Saulheim, am 12. Juli

Kirstein, Karl-Heinz, aus Neidenburg, jetzt Schäferberg 18, 06406 Bernburg, am 20. Juli

Kutzbora, Martha, aus Malkienen, Kreis Lyck, jetzt Böckmannweg 3, c/o Petersen, 23566 Lübeck, am 21. Juli

Mack, Erna, geb. **Stach**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Hampsteadstraße 81A, 14167 Berlin, am 23. Juli

Malinski, Gerhard, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Timm-Kröger-Straße 26, 21680 Stade, am 23. Juli

Meister, Lieselotte, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Teinerstraße 10, 44379 Dortmund, am 20. Juli

Müller, Anna, geb. **Witt**, aus Roggenhausen, Kreis Heilsberg, jetzt Pappelallee 57, 45663 Recklinghausen, am 20. Juli

Raphael, Edmund, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Zähringerstraße 41, 10707 Berlin, am 10. Juli

Rohde, Wolf, aus Lyck, jetzt Lindenallee 13, 53173 Bonn, am 22. Juli

Schuldt, Ella, geb. **Gubler**, aus Parnehmen, Kreis Wehlau, jetzt Am Berge 20, 21629 Neu Wulmstorf, am 19. Juli

Schulz, Maria, aus Groß Rautenberg, Kreis Braunsberg, jetzt Antoinettenstraße, 06844 Dessau, am 18. Juli

Schunder, Waltraud, geb. **Baranowski**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, jetzt Georg-Schumann-Straße 21, 98544 Zella-Mehlis, am 24. Juli

Skorzenski, Ernst, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, jetzt Geschwister-Scholl-Straße 37, 73732 Esslingen, am 18. Juli

Under, Martha, geb. **Baranowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Nachtigallenweg 6, 27777 Ganderkesee, am 20. Juli

Wienandt, Brunhild, geb. **Horn**, aus Wattlau, Kreis Wehlau, jetzt Waldweg 38, 29328 Faßberg, am 23. Juli

Wnuck, Harri, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Erlengrund 8, 24119 Kronshagen, am 21. Juli

Wydra, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Trakehner Straße 13, 44879 Bochum, am 12. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Gerhard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Darler Heide 66, 45891 Gelsenkirchen, am 18. Juli

Bogdahn, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Dürrweg 31, 42117 Wuppertal, am 18. Juli

Bohl, Bruno, aus Hanswalde, Deutsch Thierau, jetzt Mühlenstraße 81, 17213 Malchow, am 22. Juli

Daniel, Katharina, geb. **Rain**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Schwartzenbrink 6, 32457 Porta Westfalica, am 21. Juli

Ellmer, Dora, geb. **Killat**, aus Bitterfelde, jetzt Friedensstraße 29, 65510 Idstein, am 19. Juli

Erdmann, Lothar, aus Treuburg, jetzt Am Freibad 44, 32369 Rahden, am 19. Juli

Foss, Herbert, aus Tapiau, Landsturmstraße, Kreis Wehlau, jetzt Königsberger Straße 2, 58332 Schwelm, am 23. Juli

Friedrich, Herta, geb. **Zagorny**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, jetzt Siebenbürgenstraße 11, 45881 Gelsenkirchen, am 21. Juli

Fritz, Herta, geb. **Katzmarczyk**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Brunnenweg 10, 53773 Hennef, am 24. Juli

Härtling, Anneliese, geb. **Wisboreit**, aus Heiligenbeil, Braunsberger Straße 12, jetzt Donauallee 63, 33689 Bielefeld, am 20. Juli

Hunger, Ilse, geb. **Reiser**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Steinachstraße 54, 72770 Reutlingen, am 20. Juli

Katjejowsky, Erika, geb. **Wach**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Professor-Peter-Jordan-Straße 96, 2331 Vösendorf, Österreich, am 22. Juli

Kugla, Paul, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Kiebitzweg 5, 44534 Lünen, am 20. Juli

Labusch, Horst, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, jetzt Tempelhofer Straße 25, 33100 Paderborn, am 24. Juli

Limberg, Adelheid, geb. **Gorny**, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, jetzt Bertholdstraße 48, 77933 Lahr, am 17. Juli

Martischeski, Siegfried, aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Röntgenstraße 17/13, 53177 Bonn, am 21. Juli

Anzeige



Neumann, Peter, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Brandrain 25, 77876 Kappelrodeck, am 24. Juli

Ollesch, Erich, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Asternstraße 8, 46499 Hamminkeln, am 20. Juli

Pakusch, Günther, aus Grauden, Groß Grauden, Kreis Wehlau, jetzt Niedernfeldstraße 6, 30890 Barsinghausen, am 20. Juli

Rohde, Horst, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wolfsfelder Straße 26, 54668 Holsthum, am 22. Juli

Schakeit, Erwin, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, jetzt Im Lachtal 39, 29331 Lachendorf-Jarnsen, am 22. Juli

Schmidtke, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 30, jetzt Lindenallee 30, 20259 Hamburg, am 21. Juli

Schüler, Erna, geb. **Wundermann**, aus Deutsch Thierau, jetzt Friedrich-Lübben-Straße 6, 26203 Wardenburg, am 23. Juli

Schulz, Manfred, aus Köllmisch-Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Lübbener Straße 6, 15938 Kasel-Golzig, am 18. Juli

Spieß, Eva, geb. **Erretier**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Kiefernkamp 10, 22844 Norderstedt, am 23. Juli

Tiemann, Brigitte, geb. **Wieczorrek**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Cecilienstraße 22, 32427 Minden, am 21. Juli

Utke, Ursula Irmtraut, geb. **Brandt**, aus Heiligenbeil, Kärntner-Weg 11, jetzt Im Entenschwumm 8, 79576 Weil am Rhein, am 20. Juli

Waschk, Erich, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Gartenstraße 9, 38173 Veltheim, am 3. Juli

Wilhelm, Meta Anna, geb. **Burkatzki**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, jetzt Feilerweg 3, 84034 Landshut, am 22. Juli

Witzleben, Helga, geb. **Naujok**, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Pariser Straße 14, 67655 Kaiserslautern, am 22. Juli

Zastrau, Herta, geb. **Meyer**, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Thalenweg 4, 57258 Freudenberg-Alchen, am 17. Juli

Zunker, Reintraut, geb. **Becker**, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Im Ostholz 23, 44879 Bochum, am 15. Juli



Hausch, Kurt, und Frau Helga, geb. **Richter**, aus Gorbitten, Kreis Mohrungen, jetzt Georg-Landgraf-Straße 32, 09112 Chemnitz, am 19. Juli

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Sonntag, 7. bis Dienstag, 16. August: **Sommerfahrt nach Ostpreußen.** Der BJO unternimmt eine Reise in den Kreis Angerburg. Auf dem Programm stehen unter anderen ein Segeltörn auf den masurischen Seen, ein Ausflug in die Rominter Heide sowie Kontakt zur deutschen Volksgruppe. Auskunft unter (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de. – **Der neue FRITZ ist da!** Die „Junge Zeitschrift für Ostpreußen“ enthält viele interessante Beiträge, unter anderem Masurische Menschen im Laufe der Geschichte, Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen 1920, Königsberger Schloss, spannende Berichte über Veranstaltungen des BJO. Bestellung: Telefon/Fax (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de.



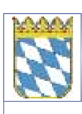
Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Das Bürgerfest in Zuffenhausen-Rot, das am 16. Juli stattfinden sollte, wurde kurzfristig auf den Herbst des Jahres verschoben. Der neue Termin wird bekannt gegeben.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 3. August, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße. 14 in Schwäbisch Hall: „Der Heimatnachmittag der Kreisgruppe Schwäbisch Hall der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen sowie Pommern e. V. Der Film „Unvergessenes Ostpreußen – Eine romantische Reise in die Vergangenheit“ bringt die Heimat wieder ein Stück näher. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Stuttgart – Freitag, 5. August, 17 Uhr, Neues Schloss: 61 Jahre – Charta-Feier.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 20. Juli, 15 Uhr, „Villa Remeis“ (Buslinie 910): Sommertreffen der Gruppe.

München-Karlsfeld – Sonnabend, 23. Juli, 13 Uhr, Bethkes Garten, Karlsfelderstraße 270g: Treffen zum traditionellen Gartenfest.

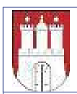
Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 29. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten des Röschelskellers, am Reutberg, Gunzenhausen: Gemeinsamer Sommerabend der Landsmannschaften.



Brandenburg

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Bad Pyrmont – Freitag, 22. bis Sonntag 24. Juli, Ostheim: Die Stiftung „Bildung und Erinnerung“ veranstaltet ein Grundlagenseminar: „Das historische Ostdeutschland“. Das Seminar richtet sich an Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet. Teilnehmer: Seminar für die junge und mittlere Generation, Kosten: Das Seminar ist kostenfrei. Die Fahrtkosten werden erstattet. Anmeldeschluss: 17. Juli 2011, Organisation: Oliver Dix, BdV-Präsidialmitglied Wilhelm v. Gottberg, BdV-Vizepräsident, Veranstaltungsort: Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont. Weitere Informationen: Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 (Frau Rinser).



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Landesgruppe – Referat Kultur: 12. Heimattreffen im norddeutschen Raum. Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Sonnabend, 23. Juli, 10 bis 17 Uhr (Einlass 9.30 Uhr), Hotel „Zur Glashütte“ der Familie Stubbe, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 529866-0, Fax (040) 529866-35. Programm: 10 bis 10.30 Uhr Begrüßungen und Informationen über alles was die Gruppe bewegt. 10.30 bis 12 Uhr „Kunst und Kultur in Ostpreußen“. Manfred Samel, ein Insterburger, wird aus der Kulturgeschichte der Heimat mit Lichtbildvortrag berichten. So zum Beispiel über Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust (Land der dunklen Wälder....) oder Bau und Geschichte des Königsberger Schlosses von 1740 bis 1945. Auch andere Themen sind vorgesehen, wenn die Zeit reicht. In 90 Minuten erleben wir ein lebendiges Kulturseminar. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 15 Uhr „Land der dunklen Wälder ...“ Singen gemeinsam mit dem LAB-Chor Hamburg unter der Leitung von Dieter Dziobaka. Danach folgen heimatliche Volkslieder und in Erinnerung an die Jugendzeit alte Schlagermelodien (Oldies). 15 bis 15.45 Uhr Ostpreußische Mundart und Ostpreußenplatt sollen nicht vergessen werden. Siegfried Grawitter wird die Gruppe literarisch versorgen und Humorvolles inszenieren. Dabei ergreift auch Hans Günter von Gumbinnen zu Ostpreußen die Initiative und versucht zu musizieren. Es darf gelacht werden. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause, mit der das Heimattreffen langsam ausklingt. Nach Veranstaltungsschluss (17 Uhr) können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A 7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg nach 12 Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Bis U-Bahn-Station Ochsenzoll. Von da ab mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach 10 Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Bei der U-Bahn-Station ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Sonnabend, 27. August, 7.45 Uhr, ZOB Hamburg (Abfahrt): Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm (wird im Bus verteilt) 35 Euro. Informationen und Anmeldungen bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304 oder unter Telefon (040) 346359 von 10 bis 14 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8.

Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

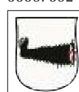
Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Juli, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatliche Veranstaltung.

KREISGRUPPE



Heiligenbeil – Sonnabend, 16. Juli, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlichst eingeladen, mit der Gruppe bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde einige fröhliche Stunden zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Vortrag: 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 ab den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis 15. Juli.



Sensburg – Sonntag, 14. August, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 22. Juli, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Treffen der Frauengruppe.



Hessen

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Zum letzten Treffen vor der Sommerpause hatten sich im Kranichsteiner Bürgerhaus am See trotz des schönen Wetters doch wieder viele Mitglieder eingefunden, um den Berichten vom Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt zuzuhören. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner dankte Schröder Gisela Keller und dem Vorsitzenden der Danziger, dass sie bei seiner und Erwin Balduhns Abwesenheit bei der letzten Zusammenkunft die Vertretung übernommen hatten. Besonders dankte er auch Waltraud Barth, die wie immer die Tische festlich mit Blumen geschmückt hatte. Herzlich begrüßte er auch die neuen Mitglieder Siegfried Kugies und Inge Kreuzer. Erwin Balduhn las ein Gedicht und kritisierte die kürzlich stattgefundenen deutsch-polnischen Gespräche, bei denen das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen mit keinem Wort erwähnt wurde. Anni Oest beglückwünschte mit einem Gedicht alle, die im letzten Monat Geburtstag hatten; Gerhard Turowski sprach sein geistliches Wort. Breiten Raum nahmen nach dem Kaffeetrinken die Berichte vom Ostpreußentreffen ein. Lebendig erzählten Gerhard Schröder und Gisela Keller von ihren Erlebnissen und Besichtigungen. Man nahm die Gelegenheit wahr, auch Weimar einen Besuch abzustatten. Viel Mühe hatte sich Christiane Mertz gegeben. Sie hielt einen besonders ausführlichen und eindrucksvollen Vortrag und ist sicher bereit, Interessenten eine Kopie zukommen zu lassen. Die Ostpreußen können darüber hinaus in der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* Nr. 22 vom 4. Juni ausführlich über das Deutschlandtreffen nachlesen. 38 Mitglieder der Gruppe und Gäste aus Mainz und Wiesbaden waren mit dem Bus in die Domstadt Erfurt gefahren. Man blieb noch eine Weile zum Plachandern beisammen. Zum Abschluss wurde das Ostpreußenlied gesungen.

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung konnte Lothar Hoffmann leider nur wenige Gruppenmitglieder begrüßen – Ferienzeit! Eine Dame war als Gast aber extra wegen des in der Zeitung angekündigten Berichts über Chodowiecki gekommen. Nach dem Kaffeetrinken berichtete dann Lothar Hoffmann über eine Reise des Zeichners und Kupferstechers Daniel Chodowiecki, die er im Jahre 1773 zu Pferde von Berlin nach Danzig unternahm. Er wollte seine alte Mutter, die er 30 Jahre lang nicht gesehen hatte, besuchen. Diesen Ritt hat er in einem Tagebuch in französischer Sprache und mit 108 Zeichnungen dokumentiert. Daniel Chodowiecki wurde 1726 in Danzig als Sohn eines polnischen Getreidehändlers und einer Hugenottin geboren. Nach dem Tode seines Vaters 1743 ging er nach Berlin und erlernte bei seinem Onkel den Kaufmannsberuf. Seine Künstlerlaufbahn begann er mit Schmuckminiaturen und Emaillemalereien, die er für das Eisenwarengeschäft seines Onkels herstellte. Seit 1754 arbeitete er im Hauptberuf als Maler und Kupferstecher. Davon konnte er mit seiner Familie gut leben. Mit lebensvollen Familienbildern wurde er bald berühmt; er übte sich aber auch in Anatomie, Aktmalerei und Porträts und zeichnete nach der Natur, „die meine einzige Lehrerein ist“, wie er selbst schrieb. Chodowiecki regte eine Reform der Berliner Kunstakademie an, deren Direktor er 1797 wurde. In der Berliner Gesellschaft wurde er anerkannt, als er eine Frau aus einer Hugenottenfamilie heiratete und damit Aufnahme in die Reformierte Französische Gemeinde fand. Durch seine Mutter und seine Frau erklärt sich auch die Vorliebe zur französischen Sprache. Nach seinem Tode 1801 zeichnete der Maler Adolf Menzel, der ihn sehr schätzte, ein Portrait Chodowieckis, das noch erhalten ist, und er bescheinigte ihm in einem Nachruf „großen Fleiß und kaufmännisches Geschick“. Chodowiecki hinterließ rund 4000 Zeichnungen und etwa 2000 Radierungen, darunter viele Porträts der preußischen politischen Führungsschicht. Für seine Reise nach Danzig – nach eigenen Angaben konnte er Postkutschenfahren nicht vertragen – kaufte er sich ein Pferd, einen neuen Regenmantel, feste Stiefel und eine Waffe und ließ sich seinen Hut mit Gummi überziehen. Notwendige Kleidung führte er im Mantelsack, hinter dem Sattel aufgeschnallt, mit sich. Am 11. Juni 1773 ritt er los, durch ganz Pommern; für die 450 Kilometer lange Strecke brauchte er 11 Tage. Die einzelnen Stationen beschreibt er – wie gesagt – in seinem Tagebuch, das er jeden Abend schrieb; außerdem hat er Herbergen, Ställe und Ereignisse, die ihm unterwegs zustießen, sehr genau und mit viel Liebe zum Detail gezeichnet. So geriet er einmal in einem Sumpfgebiet in Gefahr zu versinken. Die Quartiere waren nicht immer komfortabel. Sein Pferd versorgte er meistens selbst. In Danzig angekommen, wohnte er bei seiner Mutter, die zusammen mit seinen beiden Schwestern eine kleine Schule führte. Eine der Lieblingsschülerinnen war die damals noch sehr junge Johanna Schopenhauer, auf deren speziellen Wunsch hin Chodowiecki auch die Schulklasse besuchte. Er zeichnete den Klassenraum, die Lehrerinnen und Schülerinnen und fertigte für die neugierige Johanna ein Extra-Porträt, das noch erhalten ist. Alle diese Zeichnungen sind auch in dem Reisetagebuch abgebildet, von denen Lothar Hoffmann im Anschluss einen Teil als Dias zeigte. Gundborg Hoffmann las noch als Ergänzung den Bericht über diesen Besuch Chodowieckis in ihrer Schule.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 16. Juli, 16.15 Uhr, Arte: König, Kaiser, Bürger. Die preußischen Hohenzollern.
Sonnabend, 16. Juli, 21 Uhr, BR Alpha: Konrad Duden – Der deutschen Sprache auf der Spur.
Sonnabend, 16. Juli, 23.55 Uhr, 3sat: Deutschland, deine Künstler. Reinhard Mey.
Sonntag, 17. Juli, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 17. Juli, 15.20 Uhr, 3sat: Mielkes Menschenjäger. Kidnapper im Auftrag der Stasi.
Sonntag, 17. Juli, 22.15 Uhr, N24: Das Hitler-Tonband.
Montag, 18. Juli, 22.15 Uhr, RBB: Mauerjahre – Leben im geteilten Berlin.
Dienstag, 19. Juli, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch. Im Spreetal.
Dienstag, 19. Juli, 19.30 Uhr, BR Alpha: Zauber der Wolga – Mit Rollo Gebhard durch Russland (2/5).
Dienstag, 19. Juli, 21 Uhr, ZDF: Frontal 21 – Dokumentation. Zukunft Elektroauto.
Dienstag, 19. Juli, 22.25 Uhr, 3sat: Aghet – Ein Völkermord.
Mittwoch, 20. Juli, 17 Uhr, 3sat: Hitlers Österreich.
Mittwoch, 20. Juli, 20.15, Phoenix: Unerkannt durch Freundesland.
Donnerstag, 21. Juli, 0.00 Uhr, Arte: Auf der Datscha. Doku.
Donnerstag, 21. Juli, 20.15 Uhr, 3sat: Die letzte Reise der Hindenburg.
Freitag, 22. Juli, 11.15 Uhr, 3sat: Polen – Leben hinter Klostermauern.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

den Johanna Schopenhauer später in ihren Erinnerungen beschrieben hat. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen. Die nächste Monatsversammlung findet erst wieder am Mittwoch, 31. August, um 15 Uhr im Café Eckstein statt. Dann wird Herr Löhner, geboren in Aussig, „aus meinem Leben“ berichten.

Wiesbaden – Donnerstag, 28. Juli, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Treffen der Gruppe mit Essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte bis spätestens 22. Juli anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29224 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Juli, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Braunschweig, Jasperallee: Treffen der Gruppe. Entgegen der letzten Ankündigung findet wegen Wegfalls zum Tag der Landsmannschaften doch eine Monatsversammlung statt. Beim letzten Treffen im Juni berichtete Hagen Mörig über seine Bemühungen und Weiterentwicklung zur Rückführung der Statue des Tempelhüters nach Trakehnen.

Osnabrück – Dienstag, 2. August, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Donnerstag, 28. Juli, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Essen – Mittwoch, 27. Juli: Jahresausflug auf dem Wasser, **Ruhrtalfahrt mit der Weißen Flotte**. Entspannung und Weitblick verheißt die Fahrt von Essen-Kupferdreh bis zum Wasserbahnhof in Mülheim. Nach den Schleusendurchfahrten in Baldeney und Kettwig wird das Ruhrtal breiter und der Fluss teilweise von Deichen begrenzt. Dahinter dehnen sich weite Wiesen aus. Bei Mintard überspannt die 65 Meter hohe imposante Autobahnbrücke das Tal. Vorbei am Schloss Saarn erreicht man den Wendepunkt der Reise am Wasserbahnhof. Dort gibt es einen einstündigen Aufenthalt vor der Rückreise. Die Reisezeit beträgt etwa sieben Stunden inklusive Pause. Die angemeldeten Teilnehmer treffen sich pünktlich um 11 Uhr an der Anlegestelle Essen Kupferdreh in der Nähe der „Eisenbahnbrücke“. Auf dem Schiff sind noch Plätze frei. Wer mitfahren will, kann sich an der Anlegestelle melden, Gäste sind herzlich willkommen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Köln – Dienstag, 26. Juli, 14 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41: Rückblick auf das große und kleine Ostpreußentreffen. Preußen, Ostpreußen und in Bildern mehr Geschichte, Gedichte, Gesang, Geburtstage, Neues in Köln. – Im August sind Ferien.

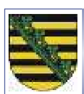
Neuss – Das Grillfest der Ostpreußen in Neuss war trotz des Regens ein großer Erfolg. Am Sonnabend, 25. Juni, war das traditionelle Grillfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss in der Cornelius-Pfarre in Erfttal völlig verregnet. Die Veranstaltung fand im Festsaal statt, nur der Grill stand regengeschützt im Garten. Der Besuch aber war mit etwa 120 Personen gar nicht „verregnet“. Es kamen Ostpreußen und Gäste, die sich für Ostpreußen interessierten, zu einem gemütlichen Miteinander. Peter Pott, der 1. Vorsitzende, war sehr zufrieden und dankte seinen Helfern; denn eine so gute Beteiligung zeugt vom Interesse der Mitglieder und der Verbundenheit untereinander und mit ihrem Ortsverband Neuss.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Die Kreisgruppe hatte am 24. Juni eine besonders interessante Veranstaltung. Das Thema lautete: „Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920“. Als Gastreferent war Dr. Wieslaw Roman Gogan anwesend. Er gab viele Informationen und Hinweise in die damalige Zeit. Der Vertrag von Versailles von 1919 sah vor, dass in mehreren Grenzgebieten des Deutschen Reiches Volksabstimmungen stattfinden sollten, durch die die Zugehörigkeit der Gebiete entweder zum Deutschen Reich oder zu dessen Nachbarstaaten (Dänemark, Polen, Frankreich, Belgien) festgelegt werden sollte. In Ostpreußen (gemessen an den Grenzen der Zwischenkriegszeit) fanden am 11. Juli 1920 in zwei Gebieten Abstimmungen über die künftige Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen statt. Im Abstimmungsgebiet Marienwerder stimmten 92,8 Prozent für das Deutsche Reich, damit kam das Gebiet als Regierungsbezirk Westpreußen zur Provinz Ostpreußen. Im Abstimmungsgebiet Allenstein (Masuren und Teile des Ermlandes) stimmten 97,9 Prozent für Deutschland. Damit blieb das Gebiet beim Deutschen Reich. Dr. Gogan zeigte 139 historische Dokumente in seinem Diavortrag. Die Teilnehmer sahen Bilder von Lyck, Allenstein, Lötzen, Osterode und anderen Orten von 1920 und das dazugehörige Kartenmaterial aus dieser Zeit sowie Auszüge aus den damaligen Zeitungen. Kurz nach der Volksabstimmung entstanden die ersten Gedenkstätten und Denkmale, die an den 11. Juli 1920 erinnern sollten. Es wurden Briefmarken und Geldnotscheine gedruckt, die an die Volksabstimmung erinnerten. Durch das gemeinsame Erlebnis der Abstimmung wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl der Ost- und Westpreußen mit in andere Reichsprovinzen verzogenen Deutschen gestärkt. Es wurden Vereine heimattreuer Ost- und Westpreußen gegründet. Dieser interessante Nachmittag wurde von der Kulturgruppe Simon Dach umrahmt. Es wurden Lieder und Gedichte vorgetragen. In einer kleinen Broschüre der Landsmannschaft Ostpreußen „Ostpreußen, was ist das?“ schreibt man: „Die Gebiete Deutschlands ostwärts von Oder und Neiße sind Bestandteil 750-jähriger deutscher Geschichte und des gesamten deutschen Kulturraumes. In einem vereinten Europa können sie als Brücke zwischen den Völkern des 21. Jahrhunderts einen entscheidenden Beitrag zum friedlichen Miteinander zwischen Deutschen, Russen, Polen und Litauern leisten.“ In diesem Sinne erkennt auch die Kreisgruppe ihre Arbeit im Vereinsleben.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Harrislee – Unsere Heimat Ostpreußen ist weit entfernt, jedoch für uns so nah! – Erneut führte der Weg die Gruppe in das Herz von Niedersachsen, in die Grafschaft Hoya an der Weser. Am Sonntag, dem 3. Juli begann das Treffen in der Stiftkirche zu Bücken, südlich von Hoya. Hier erlebten die Schlobitter und Prökelwitzer aus dem ehemaligen Ostpreußen einen regelrechten Heimatgottesdienst, den Pastor Peter Meißner abhielt. Alle Absprachen und Planungen hatten Arnold Korth und Horst Baranski aus Bücken lange zuvor mit den Verantwortlichen besprochen. Die heimatlichen Kirchenlieder, „Lobe den Herrn; Geh aus mein Herz; Nun danket alle Gott ...“ wurden kräftig mitgesungen. Die Predigt stütze sich auf; Ich taufe Dich auf den Namen ... und die Flucht im Januar 1945 ab. Nach dem Gottesdienst konnte das Heilige Abendmahl eingenommen werden. Mit den Worten von Pastor Meißner wurde die Gruppe an die vielen Gottesdienste in Bücken, ab 1954 beginnend, erinnert. Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten lud damals seine ehemaligen Beamten, Angestellten und Mitarbeiter zu dem ersten großen Treffen ein, es kamen fast 350 Menschen! Heute ist das „Häuflein“ schon kleiner geworden, 51 Anwesende konnten festgehalten werden. – Das reichhaltige Mittagessen und die Kaffeerunde wurden im Landgasthof Hünecke in Nordholz, westlich von Bücken, eingenommen. Hier hatte Lisa Korth mit dem Gastwirt das Essen und den Kaffeetisch abgestimmt. Das Wiedersehen war ein regelrechtes Stimmengewirr, nur mit akustischen Signalen konnten die Sprecher um etwas Ruhe bitten um ihre Ansprache, Grüße vorzutragen. Arnold Korth, stellvertretend für den bisherigen Organisator Joachim Prinz, der leider erkrankt war, begrüßte die anwesende Gräfin Alexandra zu Dohna-Schlobitten – ihre Geschwister befanden sich auf einem großen Familientreffen in Berlin. Frau Herrad Marrs hatte die längste Anreise, sie kam aus Los Angeles, USA, Tochter des Forstassessors Karl Christian Tielsch 1933 – 1945, Forstmeister der Schlobitter und Prökelwitzer Forsten. Frau Giesela Harder mit Ehemann als stellvertretende Kreisvertreterin des Mohrunger Heimatkreises, ließ Grüße ausrichten. Alle Schlobitter und Prökelwitzer haben die große Einquartierungsplanung von Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten und Herrn von Behr – die Familie ist auf das Jahr 1189 zurückzuverfolgen und ab 1325 auf dem Rittergut in Hoya anwesend, heute in Hämelhausen lebend – nicht vergessen! Die Anwesenden, oft Kinder aus der damaligen Zeit, sind heute noch immer unendlich dankbar, wie sie mit ihren Eltern nach den so schweren Fluchtwochen, nur mit Pferd und Wagen, oft nur zu Fuß, alle Menschen liebevoll auf den Höfen untergebracht haben. Ab dem Sommer 1945 trat erst etwas Ruhe ein. Fürst zu Dohna-Schlobitten trug damals den Titel „Flüchtlingsbeauftragter Dohna“, die Mutter des Autors erhielt Anfang 1946 in Gransee, Mark Brandenburg, ein Telegramm mit seinem Absender. Auch für diese Familie trug er zum Umzug in den Westen bei. Die Familie des Autors – fünf Menschen, Mutter mit zwei Kindern und beide Großmütter – fanden bei Familie Schumann, später Wöpking in Schweringen eine Unterkunft, sie zogen 1952 im Rahmen der Familienzusammenführung nach Travemünde um. Noch heute besteht Kontakt nach Schweringen. Kein Mensch durfte ohne schriftliche Genehmigung damals die Besatzungszonen wechseln! Alexandra Gräfin zu Dohna-Schlobitten erfreute die fröhliche Runde mit ihren selbst erstellten Fotobüchern, Trakehnerzucht in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Mit Recht kann sie auf ihre Arbeit stolz sein, denn Hengste wurden gekört, Fotos mit Trakehnerfohlen waren eine Augenweide! Der zweite Bildband war das Ergebnis eines großen Traumes der Gräfin, den sie sich im Jahr 2010 erfüllt hatte, Reiten in der Landschaft von Schlobitten, dem elterlichen Besitz. Auch wenn über die Jahrzehnte fast alle Gebäude des Gutes Schlobitten, das Schloss total verfallen, zusammengebrochen sind, erfreuten die Reiterfotos in der immer noch herrlichen Landschaft das Auge! Die so herzliche Begrüßung von Gräfin zu Dohna-Schlobitten, „Hier stehe ich nun – ohne meine Geschwister, die heute zu einem Dohna-Familientag nach Berlin gefahren sind. Dieses Treffen heute ist für mich immer noch ein Stück Heimat! Ich wünsche uns ein besinnliches, aber auch fröhliches Beisammensein“, zeigt das einmalige Zusammengehörigkeitsgefühl. In einem kleinen Dorfmuseum im heutigen Slobity fand Gräfin Alexandra eine Bronzebüste von ihrer Mutter, diese Büste stand immer auf dem Schreibtisch von Fürst Dohna-Schlobitten. Auch er sah sie vor vielen Jahrzehnten erstmals, der heutige „Besitzer“ machte damals und auch im Jahr 2010 keine Anstalten, sie zu überreichen, beziehungsweise sie an Gräfin zu Dohna zu verkaufen. Sehr gerührt „durfte“ Alexandra die Büste wieder in das Regal stellen. – Preußen wurde von den drei Hauptalliierten in der Zeit vom 17. Juli bis 2. August 1945 aufgelöst, ausgelöscht. Auch wenn uns alles genommen wurde – die Heimat, jeglicher Besitz, Kirchen mit Inventar, Eltern, Geschwister –, bleibt vieles für ewige Zeiten bestehen: niemand auf der Welt ist in der Lage, das schöne Heimatland, unsere Kultur und das Geschaffene der Vorfahren aus unserem Gedächtnis zu entfernen! Jeder Flüchtling auf der Welt wird bedauert, unterstützt, anerkannt, die deutschen Heimatvertriebenen dürfen immer noch warten. – Bis heute konnte auch Frau Lilienthal aus Bücken mit ihren 97 Jahren warten, sie beging am Sonntag ihren großen Geburtstag, konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht erscheinen. Ein Blumengruß wurde ihr im Namen aller überreicht. Einen Vortrag mit vielen Digitalbildbildern von der im Jahr 2008 durchgeführten Reise hielt Frieda Blome aus Mehringen mit Sohn. Der Vortrag stützte sich auf die Gebäude des Gutes Schlobitten und des Dorfes Schlobitten ab. Leider sind auch viele Gebäude des Gutes zusammengebrochen, verfallen. Herr Reinhard Feuerabend aus Walsrode, der auf Gut Schlobitten geboren wurde, konnte aus seiner Jugend berichten, wer wo wohnte, wer in welchem Gebäude arbeitete. Dieses „Personen- und Gebäudepuzzle“ ergab nach kurzer Zeit ein Gesamtbild, es wird vom Autor auf ein vergrößertes Messtischblatt übertragen, denn diese Zeitzeugenaussagen sind für die Nachwelt, deutsche und polnische Archive wichtig! Gertraut Grudinski aus Visselhövede schaffte mit ihren Eltern und Geschwistern leider nicht die Flucht gen Westen, sie mussten von 1945 bis 1948 unter den Russen leben und leiden. Im Einzelgespräch erfuhr der Autor von schrecklichen Gräueltaten der Roten Armee, darüber berichtet die heutige Presse fast gar nicht. – Zur Auflockerung wurden das Ostpreußenlied und andere Lieder gesungen, aber das persönliche Gespräch stand stets an erster Stelle. Mit großem Dank an Arnold Korth und Ehefrau, Horst Baranski, der Familie Hünecke verabschiedete sich das kleine ostpreußische Häufchen. Am 1. Juli 2012 gibt es an dem gleichen Orten zur gleichen Zeit ein Wiedersehen, sicherlich mit noch mehr heimatlichen Informationen. Diese Treffen sind für die jüngeren Menschen wichtig, denn diese Zeitzeugen weisen das nach, was bisher fast keine deutsche Presse berichtet hat, ausgenommen unsere Heimatzeitung, die *Preußische Allgemeine Zeitung*. Sie lag zum Treffen auch kostenlos aus.

Stiftung »Bildung und Erinnerung«

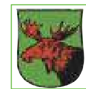
Seminar: Das historische Ostdeutschland II

22. bis 24. Juli im Ostheim Bad Pyrmont. Das Seminar ist kostenfrei, Fahrtkosten werden erstattet.

Programm und Anmeldung bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser M.A., Telefon (040) 414008-26, E-Mail: rinser@ostpreussen.de Landsmannschaft Ostpreußen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Freitag, 16. September bis Sonntag, 18. September 2011, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798 110: Einladung zur Mitgliederversammlung der früheren Bewohner des Kreises Niederung/Elchniederung und Kreistreffen von Freitag, 16. September ab 14 Uhr, Eröffnung des Tagungsbüros und Treffen im Restaurant. Geplanter Ablauf: Gleichzeitig Delegiertenversammlung / Kreistagssitzung im „Hufeland-Raum“. Von 16 bis 18 Uhr Film und/oder Diavorträge im „Agnes-Miegel-Raum“. Am Sonnabend, 17. September, öffnet das Tagungsbüro um 9 Uhr, Film- und Dia-Vorträge ab 10.30 Uhr. Außerdem können mitgebrachte Bilder zum Einscannen abgegeben werden. Um 12 Uhr Mittagessen im Restaurant. Um 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung, Begrüßung durch den Kreisvertreter und Totenehrung sowie Grußworte vom Patenkreis Grafschaft Bentheim. Bericht des Versammlungsleiters des Kreistages. Grußworte der Kirchspielvertreter. Gegen 16 Uhr Ehrungen, Wahl eines Kirchspiel-Vertreters. Nach Ostpreußen-Lied und Schlussworten des Kreisvertreters ist gemütliches Beisammensein und Plachandern angesagt. Am Abend ist musikalische Unterhaltung vorgesehen.

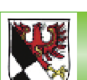


GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Fachmann für GIRDAWE-Homepage gesucht. Die Historisch-Genealogische Forschungsgemeinschaft GIRDAWE in der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V. verfügt nunmehr über einen Datenbestand von mehr als 270000 Personendatensätzen von ehemaligen Einwohnern des Kreises Gerdauen. Sie möchte diesen Datenbestand erheblich ausweiten und auf Anfrage die Angaben anderen Familienforschern zur Verfügung stellen. Doch was nutzt der beste Datenbestand, wenn keiner von dieser Quelle Kenntnis hat. Die Heimatkreisgemeinschaft möchte deshalb einen eigenen Internetauftritt konzipieren, doch dafür benötigt sie Hilfe. Gesucht wird ein Fachmann, der mit der Gruppe diesen Internetauftritt plant und verwirklicht. Da über den Internetauftritt Datenbankabfragen möglich werden sollen, sind entsprechende Kenntnisse erforderlich. Interessenten können sich an den 1. Sprecher von GIRDAWE Klaus Christeleit, Neustraße 23, 50171 Kerpen, Telefon (0 22 37) 46 98, E-Mail: christeleit_klaus@hotmail.com wenden.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

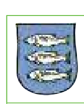
Verschwundene Gleise – Die Kaiserbahn Goldap-Szittkehmen. Obwohl sich die Königlich Preußischen Eisenbahnen bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges zur größten Bahngesellschaft der Welt entwickelt hatten, verband sich mit Ostpreußen über Jahrzehnte hinweg das Bild einer nicht nur entlegenen, sondern auch einer erschließungsmäßig vernachlässigten Provinz. Erst seit den 1880er Jahren entstand hier ein durch schmalspurige Kleinbahnen verdichtetes Normalspurnetz, dessen Struktur bis 1945 durch seine weitgehende Eingleisigkeit und fehlende Elektrifizierung gekennzeichnet war. „Verschwundene Gleise – Die Kaiserbahn Goldap-Szittkehmen“ greift die Geschichte des letzten größeren Streckenbaus in Ostpreußen vor dem schicksalhaften Herbst 1944 auf, wirft einen Blick in die Betriebsverhältnisse und in die durch Demontage gekennzeichnete Nachkriegszeit. Eine Streckenwanderung über die frühere Trassenführung dokumentiert das 65 Jahre danach Erfahrbare. Breiter Raum ist der Vorgeschichte der 1927 nach zwei vorhergehenden Teileröffnungen dem Verkehr übergebenen Strecke gewidmet, welche länger bemessen ist als die Betriebszeit der Bahn. Ausgehend vom 1908 bekundeten Interesse des letzten Kaisers an einem Weiterbau der gerade eröffneten Strecke Gumbinnen-Szittkehmen nach Goldap stehen dabei die nachfolgenden Ereignisse im Mittelpunkt. Wenngleich hierin der Ursprung des geläufig gewesenen Beinamens Kaiserbahn zu sehen ist, wird nicht übergangen, dass der eigentliche Ideengeber für den Bahnbau beim Gemeinderat von Szittkehmen zu suchen ist. Dieser hatte sich schon 1897 mit einem direkt an den Kaiser gerichteten Gesuch um einen solchen Bau bemüht. Erstmals werden die militärischen Interessen beleuchtet, welche in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges dazu führten, mit dem zweigleisigen Ausbau eines großen Teils der über anfängliche Baumaßnahmen noch nicht hinausgekommenen Strecke zu beginnen. Verschiedene Brückenbauten, vor allem bei Staatshausen, erinnern noch heute eindrucksvoll daran. In diesem Zusammenhang wird auch dem Einsatz bayerischer Eisenbahnpioniere nachgegangen, welche mit vorbereitenden Arbeiten im Raume Pablindszen beauftragt waren. Der zweite Teil befasst sich mit den betrieblichen Gegebenheiten der Strecke, ihren Bauten, Anlagen und Einrichtungen sowie der Betriebsführung einschließlich Personenbeförderung, Fahrplangestaltung und Einsatz der Betriebsmittel. Nicht zuletzt widmet sich ein Exkurs auch den häufig länger andauernden Aufenthalten Görings als Oberbefehlshaber der Luftwaffe und seines Generalstabschefs in und am Rande der Rominter Heide zwischen 1941 und 1944, welche Streckensperrungen nach sich zogen. Ein Ausblick in die Zeit nach der Demontage 1945 schließt diesen Teil ab, bevor das Verbliebene in Bild und Wort vorgestellt wird. 135 Seiten, mit rund 200 Abbildungen (davon 20 großformatigfarbige), zahlreichen Luftbildern, Karten, Plänen, Skizzen und Faksimile, einer Chronologie des Bahnbaus und einem dreisprachigen Ortsnamens-Verzeichnis. Ab sofort zu beziehen bei der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. oder im Buchhandel unter ISBN 978-3-00-034548-7, Preis 19,90 Euro.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

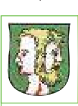
Kreisausschuss-Sitzung in Burgdorf: Am Wochenende vom 1. bis 3. Juli 2010 tagte der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil in den Geschäftsräumen in der Wilhelmstraße in Burgdorf. Hauptthema an diesem Wochenende: das bevorstehende Hauptkreistreffen in Burgdorf, das dieses Jahr vom 10. bis 11. September stattfindet. Bitte schon jetzt an die Zimmerreservierung denken! Das Programm finden Interessierte im aktuellen Heimatblatt der Kreisgemeinschaft. Aber auch etliche andere Themen, wie die aktuelle Situation im Kreisgebiet, die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den dortigen Verwaltungen sowie die geplante Satzungsänderung und Nachwahlen zum Kreistag wurden erörtert. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass es sich um eine Sitzung in einer harmonischen und konstruktiven Arbeitsatmosphäre handelte. Zurück zum Kreistreffen, liebe Landsleute: es ist alles bestens vorbereitet. Was jetzt noch fehlt ist nur eines: Sie! Kommen Sie, dann wird es auch ein schönes Treffen werden!



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@ freenet.de

Masuren in Neumünster. Am 18. Juni wurde in der Patenstadt Neumünster im Lötzener Heimatmuseum, Brachenfelder Str. 23, die Ausstellung mit Landschaftsfotografien des polnischen Fotografen Mieczysław Wieliczko eröffnet. Gezeigt werden 40 großformatige, eindrucksvolle Aufnahmen unter dem Titel „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Sie sind – als Leihgabe des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen – noch bis Ende Oktober 2011 zu sehen. Auch die ständige Ausstellung, die zur Geschichte und Kultur des Kreises Lötzen in vier Räumen gezeigt wird, ist um ein besonderes Exponat bereichert: eine mächtige Elchschaufel-Trophäe. – Am 16. Juli findet im Lötzener Heimatmuseum ein besonderer „Tag der offenen Tür“ statt: Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gelegenheit zum Stöbern und Schabbern an diesem Tag von 10 bis 16 Uhr. Besuche sonst nach Absprache mit U. Eichler (040) 608 30 03 oder M. Kickstein (04326) 14 36.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Kreistreffen am Sonnabend, 27. und Sonntag, 28. August 2011: Kreistreffen in der Stadthalle der Patenstadt Hagen in Westfalen. Folgendes Programm ist vorgesehen: Sonnabend, 27. August: 13 Uhr, Tagung der Orts- und Bezirksvertreter im Ratssaal des Rathauses der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, 14.30 Uhr Öffentliche Kreistagssitzung ebenfalls im Ratssaal, 15 Uhr Öffnung der Stadthalle, 17 Uhr Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten, 19 Uhr Heimatabend im Vorraum der Stadthalle. Sonntag, 28. August: 9.30 Uhr Öffnung der Stadthalle, 11 Uhr Feierstunde im kleinen Saal der Stadthalle, 13 Uhr Arbeitstagung des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Clubraum der Stadthalle, 14 Uhr Begrüßung und gemütliches Beisammensein im großen Saal der Stadthalle. Es sollte eine Ehrenpflicht eines jeden Lyckers aus Stadt und Land sein, an dem Kreistreffen – soweit Gesundheit und Finanzen dies zulassen – teilzunehmen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Parkplatz an der Stadthalle ertragsmäßig kostenpflichtig ist. Die Gebühr beträgt 3 Euro für den ganzen Tag. Dafür wurde das Eintrittsgeld von 6 auf 5 Euro herabgesetzt.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Hauptkreistreffen. Sonnabend, 20. August bis Sonntag, 21. August, Niederrheinhalle, Wesel. Sonntag, 11 Uhr (Beginn 11.30 Uhr): Einladung zur Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung. Tagesordnung: Begrüßung durch den Kreisvertreter, Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, Bericht des Kreisvertreters, Kassen- und Prüfungsbericht, Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, Haushaltsplan 2012, Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, Bildband Rastenburger Treffen 2011/2012, Mitgliedsbeitrag, Verschiedenes. Anträge oder Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 9. August 2011 einzureichen.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 2424, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Hochkarätiger Besuch aus dem Rayon Krasnoznamensk. Russische Delegation zu Gast in der Samtgemeinde Land Hadeln sowie in Winsen (Luhe) beim Landkreis Harburg und in der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Schlossberg. Seit dem Jahr 1991, also bereits 20 Jahre, bemüht sich die Kreisgemeinschaft Schlossberg, der im Heimatkreis Schlossberg/Pillkallen (heute Rayon Krasnoznamensk im Oblast Kaliningrad) lebenden, zum größten Teil russischen Bevölkerung, in Form von Hilfstransporten mit allen dringend benötigten Hilfsgütern und durch andere humanitäre Hilfsaktionen die allergrößte Not zu lindern. Seit eben dieser Zeit hat die Kreisgemeinschaft auch die Möglichkeit genutzt, für deutsche und russische Kinder zwei gemeinsame Ferienwochen in Deutschland zu veranstalten. Im Rahmen der Völkerverständigung eine gute und wichtige Gelegenheit, sich kennen zu lernen. In all den Jahren hat die Kreisgemeinschaft Schlossberg Unterstützung im Rahmen der Patenschaft durch den Landkreis Harburg und die Stadt Winsen (Luhe) erfahren, für die an dieser Stelle herzlich gedankt sein soll! In der Kreisgemeinschaft Schlossberg hatte damals der stellvertretende Kreisvertreter Gerd Schattauer die Organisation und Durchführung des Kinder- und Jugendaustausches sowie die Durchführung von Hilfstransporten übernommen. Er verstarb im Jahr 2004. Seine Aufgaben werden nun von gleicher Stelle aus in Wanna, Samtgemeinde Land Hadeln/Niedersachsen, von seinem Sohn Norbert Schattauer mit Unterstützung durch seine Frau Edith gewissenhaft und mit viel Engagement weitergeführt. Von der Samtgemeinde Land Hadeln und den dort ansässigen verschiedenen Institutionen wird die Organisation und Durchführung von Hilfstransporten inzwischen tatkräftig unterstützt. Die Begleiterinnen und Begleiter der Hilfstransporte aus der Samtgemeinde Land Hadeln hatten den Wunsch zu einem Gegenbesuch einer russischen Delegation immer wieder angeregt und nun Wirklichkeit werden lassen. Am Montag, 23. Mai 2011, reiste eine siebenköpfige russische Delegation aus dem Rayon Krasnoznamensk in Wanna an, einem Ort innerhalb der Samtgemeinde Land Hadeln. Unter den russischen Gästen waren der Verwaltungschef des Rayon Krasnoznamensk, Vladimir Petrowitsch Sitnjuk; die Leiterin der Finanzabteilung, Natalia Kachalowa; die Leiterin des Kindergartens Schlossberg/Dobrovolsk, Elena Mischkina; aus der Serviceabteilung der Rayonverwaltung, Tatiana Pedtesowa; der Leiter des örtlichen, staatlichen Busunternehmens, Juri Shusbin; der Lehrer für Geschichte und Rechtsberater der Rayonverwaltung, Denis Kljuchnikow sowie als Fahrer, Reiseorganisator und Dolmetscher, Vladimir Volkov. Im Rahmen des Besuches wurden in der Samtgemeinde eine Schule, ein Kindergarten und landwirtschaftliche Betriebe besichtigt. Viele Ideen und Anregungen wollte man mit nach Hause nehmen, um sie eventuell dort umzusetzen. Die russischen Gäste wurden auch vom stellvertretenden Landrat des Kreises Cuxhaven, Hans-Volker Feldmann, im historischen Rathaus in Otterndorf empfangen. Am Mittwoch, 25. Mai 2011, reiste die russische Delegation per Deutsche Bahn in Winsen (Luhe) an. Begleitet wurde sie von Irina Felker aus Wanna, die als weitere Dolmetscherin fungierte. Abgeholt am Winsener Bahnhof, ging es zu Fuß zum Verwaltungsgebäude des Landkreises Harburg. Landrat Joachim Bordt hatte zu einem Empfang eingeladen. Nach der Begrüßung brachte Landrat Bordt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass nach mehreren vergeblichen Versuchen nun ein persönliches Kennenlernen möglich wurde. Vladimir P. Sytnjuk ist seit fast sechs Jahren Leiter der Administration der Gemeindeformation des Stadtbezirks Krasnoznamensk. Er brachte zum Ausdruck, dass man sehr dankbar ist für die bisher geleistete humanitäre Hilfe und wünschte sich, wie auch Landrat Bordt, eine weiterhin gute und gedeihliche Zusammenarbeit. Nach dem Überreichen von Gastgeschenken und dem Eintrag in das Gästebuch des Landkreises Harburg ging es über den Schlossplatz mit Blick auf das Schloss, das Rathaus und den Marstall in die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Schlossberg. Hier begrüßte der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Schlossberg, Michael Gründling, alle in der Heimatstube Anwesenden, darunter neben den Gästen aus dem Rayon Krasnoznamensk den Bereichsleiter im Landkreis Harburg, Thorsten Heinze; den Kreisjugendpfleger Franz Schaffeld, von der Stadt Winsen Christian Riech, den Geschäftsführer des DRK-Kreisverbandes Harburg-Land, Roger Grewe, einige Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie Vorstands- und Kreistagsmitglieder der Kreisgemeinschaft Schlossberg, darunter Frau Dr. Barbara Loeffke und der stellvertretende Kreisvertreter Ch.- Jörg Heidenreich. Sämtliche Anwesende stellte Gründling einzeln mit Namen und Funktion vor. Vladimir P. Sytnjuk bedankte sich für erlebte Gastfreundschaft und stellte fest, dass die Delegation in den letzten drei Tagen sehr viele unvergessliche Eindrücke von Deutschland aufnehmen konnte. Rückblickend betonte er, dass die Vertreter der Kreisgemeinschaft der russischen Verwaltung im Rayon Krasnoznamensk um das Jahr 1990 die Hand gereicht hatten und bedankte sich für die große Hilfe in den vergangenen 20 Jahren. Als Chef im Rayon sei er bemüht, die Arbeit zu fördern und weiterzuentwickeln. In den fast sechs Jahren seiner Tätigkeit sei viel gebaut und jährlich seien 50 Mio. Rubel zur Weiterentwicklung des Rayon verwendet worden. Er kündigte an, dass es Pläne gibt für die Ansiedlung von zwei landwirtschaftlichen Betrieben mit je 2000 Milchkühen. Er schloss seine Ausführungen mit den Worten: „Das Schicksal hat es so gewollt, dass wir die Nachfolger von Euch sind“ und „ich kenne die Geschichte Ostpreußens der letzten 300 Jahre!“ Mit einem in der Schlossberger Heimatstube unvermeidbaren „Pillkaller“ fand die Vorstellung und Begrüßung einen zünftigen Abschluss. Nach einem vom Patenkreis Harburg organisierten reichhaltigen Imbiss übernahm Geschäftsführerin Renate Wiese den Part, die russischen Gäste durch die Heimatstube zu führen, die Exponate zu erklären und Fragen zu beantworten. Nach dem Besuch der Schlossberger Heimatstube freute sich die russische Delegation auf eine Rundfahrt durch die Stadt Hamburg. Unter der Leitung von Herrn Lange wurden verschiedene Sehenswürdigkeiten der Stadt angefahren. Der Deutschlandbesuch der russischen Gäste endete am Freitag, 27. Mai 2011.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

9. gemeinsames Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden. Irene Piepenbrink berichtet: Adalbert Teuber hatte zum 9. gemeinsamen Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden eingeladen und viele,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

viele kamen auch von fern bei herrlichem Sommerwetter und guter Stimmung nach Gelsenkirchen in den „Middelicher Hof“, in dem auf der Speisekarte die „Königsberger Klopse“ nicht fehlten. Die weiteste Anreise hatte Gerd Sacknieß von Holstein auf sich genommen. Er ist der Sohn der damaligen Lehrerin Anni Daleit, die mit dem Lehrer Sacknieß aus Mojthienen verheiratet war. In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Adalbert Teuber an die Vertriebenen und deren Schicksal und gedachte der Toten der Kriege sowie der in den letzten Jahren verstorbenen Landsleute. Auch wies er auf die vielen verwaldeten und verwahrlosten deutschen Friedhöfe in der Heimat hin. Irene Piepenbrink knüpfte hier an und betonte, dass es ihr als Kirchspielvertreterin gelungen sei, in Aweyden den gesamten Komplex evangelischer historischer Friedhof, ehemals evangelische Kirche mit umgebendem Kirchhof und einfriedender Kirchenmauer sowie dem Gedenkstein für die Gefallenen im Weltkrieg 1914-1918 unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Ihre vielen Fahrten in die Heimat habe sie nicht nur als Studienfahrten durchgeführt, sondern auch im Dienste des Denkmalschutzes. Es lohne sich, auf den Spuren des Ritterordens im Preußenland zu reisen. Martin Kostka präsentierte einen Film über den Kreis Sensburg, den er im Jahr 2007 aufgenommen hat. Dieser Film rief viele Erinnerungen wach. Allerdings sieht es heute zum Beispiel in Aweyden sehr viel schöner aus als vor vier Jahren. Die Straßen sind in gutem Zustand und die Fassaden der Häuser haben einen Putz in hellen Farben erhalten. Aweyden ist zu einem gepflegten Dorf geworden. Das trifft auch für andere Dörfer im Kirchspiel Aweyden zu, stellte Irene Piepenbrink fest. Es gab viel zu erzählen, jeder wollte über den neuesten Stand in der Heimat informiert werden. Immer wieder wurde die Frage laut: „Und wie sieht es auf unserem Hof aus, warst Du da? Erzähl mal!“ Zur Unterhaltung trugen auch ein Chor sowie ein Akkordeonspieler bei. Es wurde viel gesungen. Natürlich durfte das Ostpreußenlied nicht fehlen. Das Treffen war sehr gut gelungen, aber leider war es nicht so gut besucht wie die Treffen der letzten Jahre, an denen eine bei weitem höhere Anzahl von Besuchern teilnahm. Schade, kommt doch wieder!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Herzog-Albrecht-Schule – Das diesjährige Schultreffen der Herzog-Albrecht-Schule Tilsit findet vom Montag, den 22. bis Donnerstag, den 25. August in Bad Frankenhausen/Kyffhäuser statt. Die Gruppe wohnt im Thüringer Hof, Anger 15, günstig im Ort gelegen. Es sind noch Doppel- und Einzelzimmerplätze frei, DZ-Preis 50 Euro, EZ 30 Euro. Im Preis ist das Frühstück enthalten, Parkplätze sind kostenlos. Den Teilnehmern stehen zwei volle erlebnisreiche Tage zur Verfügung. Die Gruppe besucht am ersten Tag das Panoramamuseum mit dem Monumentalbild von Werner Tübke, 3000 Bilder zeigen eindrucksvoll den Bauernkrieg von 1525. Am zweiten Tag besteht die Möglichkeit mit einer Busreise das Erlebnisbergwerk in Sonderhausen, die älteste befahrbare Kaligrube der Welt zu sehen oder die größte Modelleisenbahn der Welt in Wiehe zu besuchen. Bisher haben sich 16 Teilnehmer gemeldet. Anmeldung und Rückfragen bei Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Angelikastraße 13, 01099 Dresden, Telefon (0351) 8037740, E-Mail: dannath-grabs@t-online.de. – **Ausstellung „Juden in Tilsit“:** Mit der Herausgabe der Broschüre „Es begann in Tilsit” hat die Stadtgemeinschaft begonnen, über das Leben und Schicksal Tilsiter Juden zu berichten und eine Wissenslücke zu schließen. Diesem Ziel dient auch die Ausstellung „Juden in Tilsit“, die vom 4. bis 26. August 2011 im Kieler Rathaus präsentiert wird. Die Ausstellung, die bereits im Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museum gezeigt wurde, gibt wissenswerte Einblicke in die Geschichte der jüdischen Bevölkerung Ostpreußens und ihre Rolle in Wirtschaft und Kultur. Die Eröffnung findet am 4. August um 17 Uhr im Wandelgang des Kieler Rathauses statt. Die Kreisgemeinschaft rechnet mit einem regen Besuch.



WEHLAU

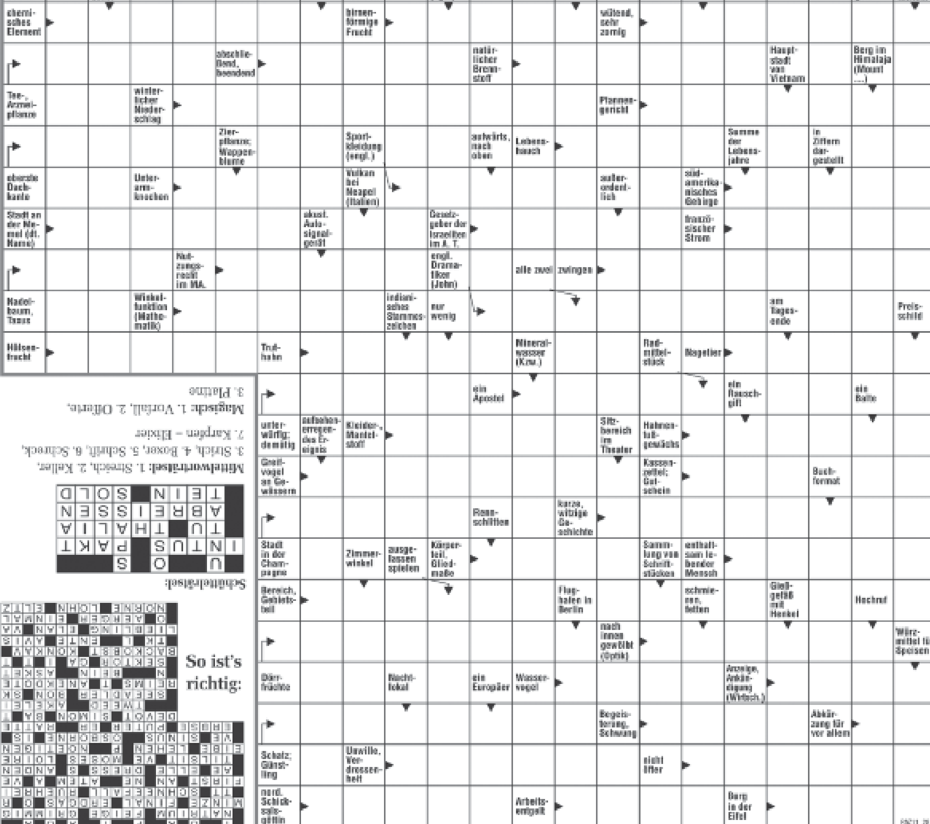
Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@freenet.de.

Eine kleine Nachlese. Liebe Landsleute aus dem Kirchspiel Schirrau, nach 14 Jahren ist nun Schluss. Die Treffen im Hotel „Neetzer Hof“ finden nicht mehr statt. Es war das letzte Mal. Schade! Ade liebe Freunde, ade liebgewonnenes Neetze. Magdalena Dörfling ist aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr bereit, die Verantwortung und die Organisation zu übernehmen. Ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin wurden leider nicht gefunden. Der Anreisetag war der 3. Juni und pünktlich um 17 Uhr konnten 24 Personen von Magdalena Dörfling begrüßt werden. Auch in diesem Jahr mussten einige aus Krankheitsgründen kurzfristig absagen. Schön, dass Christa Wendel nach einer unfreiwilligen, vierjährigen Pause wieder dabei war. Gesundheitliche Probleme und der Tod ihres Mannes im Dezember 2009 ließen eine Teilnahme nicht zu. Sie kam mit ihrem Sohn Johannes. Es soll ein ehemaliger Schüler von Magdalena Dörfling, Matthias Künzel ein Nicht-Ostpreuße aus Düsseldorf, erwähnt werden. Er ist an der Geschichte Ostpreußens sehr interessiert und hoffte, auf dem Treffen reichlich Informationen zu erhalten. Er hat sich sehr über die nette Aufnahme gefreut und fühlte sich gleich wie zu Hause. Mit Worten eines echten Ostpreußen (Walter Krause aus Schorkenicken) fing der Abend an – ein Resümee seines Lebens: „Oft denk ich tiefsinnig wie im Traum ...“ begann Magdalena leise und endete: „Nochmals kurz und klar, ich bin dankbar, denn mit Gottes Hilfe war mein Leben wunderbar“. Es waren Zeilen, die die Anwesenden sehr zum Nachdenken (vielleicht auch über ihr Leben) anregten. Vor dem Abendessen konnte Magdalena den Schriftsteller Arno Surminski begrüßen, der anschließend einige seiner Bücher vorstellte. Der Ausschnitt aus dem Buch „Jokehnen“ oder „Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ fand großen Gefallen. Er erinnert an den 22. Juni 1941, als Ostpreußen „laut wurde“. Überall Soldaten, Fahrzeuge, Stukas. War es ein Manöver in der Rominter Heide? Krieg konnte es doch auf keinen Fall sein. Anschließend gab es noch etwas Lustiges zu hören, „Masurische Eisenbahnreise“ oder „Die Reise zum deutschen Kaiser“. Das Plachandern kam auch nicht zu kurz, denn was hatte man in dem vergangenen Jahr alles erlebt. Nach dem ausgiebigen Frühstück am Sonnabend stand der Bus um 9 Uhr pünktlich zur Abfahrt bereit. Es ging zur Elbfähre nach Neu Darchau. Hier begann bei herrlichem Sonnenschein eine zweistündige Floßfahrt. Die Gruppe konnte die Elbe ganz neu entdecken und erleben, es war wunderschön. Man konnte so richtig die Seele baumeln lassen. Wer hatte wohl vorher schon einmal das Vergnügen, auf einem Floß durch das Elbtal zu schippern! Gegen 12 Uhr legte das Floß wieder an der Fähre in Neu Darchau und das Restaurant „Göpelhaus“ erwartete die Teilnehmer zum Mittagessen. Anschließend ging es mit dem Bus ins Heide-Kastell Montagnetto (Bispingen), das Neuschwanstein des Nordens, Burg der Sammelleidenschaften. Das Jagdschloss wurde von 1913-1914 im schwedischen Holzbaustil für den königlich-preußischen Kommerzienrat Ernst Noelle (Großvater von Frau Professor Noelle-Neumann) erbaut. Von 1929 bis 1986 war das gesamte Areal im Besitz von Reemtsma. Die jetzigen Eigentümer ermöglichen die Besichtigung einiger Räume. Beeindruckend im Eingangsbereich der D-Mark-Teppich (aus Münzen von 1948 bis 2001). Der Spiegelsaal kann auch für Trauungen genutzt werden. Der schönste Raum jedoch ist das Diana-Sanssouci-Zimmer und besticht durch eine klassische und kaum zu übertreffende Handwerkerleistung. Mit der Besichtigung des Vierjahreszeiten-Eichensaales endete der Rundgang. Nicht alle Sehenswürdigkeiten können hier aufgezählt werden, aber der Ebereschen-Eisen-Glocken-Baum muss einfach erwähnt werden. Er befindet sich im Mittelpunkt des philosophischen barocken Eisenparks. Jede Glocke steht für ein Jahr des Eigentümers. Die neuere Errungenschaft auf Iserhatsche ist jedoch die Arche Noah. Sie ist 30 Meter lang, 15 Meter breit und 10 Meter hoch und bietet Platz für 40 Personen. Bei Kaffee und Kuchen konnte die Gruppe noch einmal das Erlebte Revue passieren lassen. Gegen 18 Uhr trudelten die Teilnehmer dann im „Neetzer Hof“ ein, wo um 18.45 Uhr das traditionelle Spargelessen serviert wurde. Ein Dankeschön an den Chef des Hauses und an das ganze Team. Ganz besonders haben sich die Teilnehmer gefreut, dass Hans Schlender es doch noch ermöglichen konnte, abends dabei zu sein. Der gemütliche Teil des Abends konnte nun beginnen. Wer kam da hereinspaziert? Horst Beck mit seiner Volkstanzgruppe „De Nordendorper“. Magdalena Dörfling hatte sie wieder für einen Auftritt gewinnen können. Sie gaben alles, sie waren völlig durchgeschwitzt, wurden mit reichlich Beifall belohnt. Es war eine Freude, den Tänzerinnen und einem Tänzer in ihren Trachtenkleidern zuzusehen. Wer war denn das? Ein Neuzugang bei der Truppe? Ja, es war Frau Seebauer, die Wirtin des Hotels. Der Rest des Abends stand zum Erzählen zur Verfügung, keiner wollte so recht aufstehen und ins Bett gehen, war es doch der letzte gemeinsame Abend, dann war Schluss – nie wieder ein gemeinsames Plachandern. Am Sonntagmorgen hieß es nun für immer Abschied nehmen. Es war doch immer so schön. Magdalena, Dir sei gedankt. Sie fand noch einige bewegende Abschiedsworte und wünschte allen einen „großen Sack“ voller Gesundheit. Dem einen oder anderen wurden doch die Augen feucht. Ja – es war einmal!

LO-Geschichtsseminar

„Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte“

Das diesjährige Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen befasst sich mit der Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte Ostpreußens. Das Seminar findet vom 23. bis 25. September 2011 im Ostheim, Bad Pyrmont, statt und wird von Dr. Sebastian Husen geleitet. Dr. Stefan Hartmann spricht über die ethnischen Verhältnisse in Pommerellen um 1900, Dr. Timo Ibsen (angefragt) über den frühmittelalterlichen Fundplatz mit dem Titel „Etwa hier die Siedlung“. Dr. Stefan Hartmann referiert über ethnische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Masuren im 15. und 16. Jahrhundert, Günter Uschtrin behandelt die preußischen Litauer im nördlichen Ostpreußen, Ruth Geede die Einwanderung nach Ostpreußen in literarischen Zeugnissen. Prof. Dr. George Turner spricht über die Auswanderung der Salzburger Protestanten und ihre Ansiedlung in Ostpreußen und Dr. Insa Mareike Rega über die sowjetische Neubesiedlung des nördlichen Ostpreußens bis 1950. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser M.A., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax: (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare/geschichtsseminar.html.



Schüttelrätsel

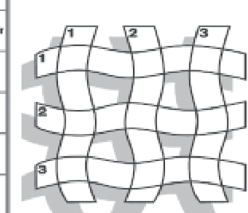
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ANTTU, BETU, ENOST, APSSS, ALOS, EIKL, ADNT, AKPT, INSTU, AAHI LT, ABEEI NRSS, EINT, DLOS

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Heil- oder Zaubertrank.

1	HAND		HOLZ
2	WEIN		TREPPE
3	BINDE		PUNKT
4	PREIS		MOTOR
5	KURZ		ZUG
6	KINDER		SEKUNDE
7	SPIEGEL		TEICH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Begebenheit, Ereignis
2 schriftliches Kaufangebot
3 Montageplatte für elektrische Bauteile

Großartig integriert

65 Jahre LO in Wiesbaden – Neues Zuhause gefunden

Vor 65 Jahren, am 23. Mai 1946, gründete sich in Wiesbaden die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Damals fanden sich zahlreiche Landsleute zusammen, die einfach aufgrund von Namen und Sprache weitere Ost- und Westpreußen in Wiesbaden aufspürten, die mit ihnen gemeinsam einen Verein gründen wollten. Trotz Koalitionsverbots der Alliierten durfte man sich treffen – zunächst in einer Kirche –, denn es hatte bereits seit 1915 einen „Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen“ in Wiesbaden gegeben.

Während am Anfang der Glaube auf eine baldige Rückkehr in die Heimat den Verein festigte, danach die Eingliederung in die hiesige Bevölkerung und die Lösung der Probleme des Lastenausgleichs im Vordergrund stand, sieht heute die Landsmannschaft ihre Aufgabe darin, das west- und ostpreußische Kulturgut zu erhalten.

Das 65-jährige Bestehen des Vereins wurde mit einer Feierstunde im Wiesbadener „Haus der Heimat“ gewürdigt, die von zahlreichen musikalischen und literarischen Beiträgen umrahmt wurde. Pianistin Natalia Ickert, Bariton Helmut Domes sowie der landsmannschaftliche Frauenchor unter Leitung von Ehrentraud Gerlach sorgten für die stimmungsvolle Musik; Lieselotte Paul für lyrische Beiträge, die mit leisen, wehmütigen Tönen an die Heimat erinnerten. Es durften dabei auch nicht das „Land der dunklen Wälder“ und das „Westpreußenlied“ fehlen – beide Lieder wurden vom gesamten Auditorium mitgesungen.

Helga Kukwa erinnerte mit einem Gedicht von Heinz Adomat an die „verklingende Mundart“ der Ostpreußen, die immer seltener zu hören ist und deren unverkennbare Sprachmelodie in Zukunft wohl immer weniger Menschen geläufig bleiben wird.

Den Festvortrag zur Jubiläumsveranstaltung hielt der Historiker Wolfgang Stribrny aus Bad Sobernheim. Er befasste sich mit „Erbe und Auftrag der preußischen Geschichte in Europa“. Ost- und Westpreußen bildeten in früheren Jahrhunderten preußisches Kernland. Der Anteil der Preußen an der Kultur- und Geistesgeschichte Deutschlands und Europas, so Stribrny, werde heute oft nicht vollständig und ausreichend wahrgenommen. „Preußen erscheint unter Friedrich dem Großen als erster moderner Rechtsstaat auf dem Kontinent“, sagte der Wissenschaftler. Die Tatsachen, die Preußens Bedeutung für die Weltgeschichte der Freiheit ausmachten, seien leider vielen unbekannt.

Er erinnerte beispielsweise daran, dass Preußen als erster großer Flächenstaat die Allgemeine Schulpflicht für Mädchen und Jungen einführte sowie der erste Staat der Welt mit Glaubens- und

Preußen erster moderner Rechtsstaat auf dem Kontinent

Religionsfreiheit war. Auch die Einheit von Forschung und Lehre an Universitäten sowie das demokratische Wahlrecht und sozialstaatliche Prinzipien waren sehr früh in Preußen verbreitet. „Mag man Preußen auch von der Landkarte streichen – aus der Erinnerung nie“, so Stribrny in seinen ausführlichen Darlegungen.

Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Dieter Schetat, erinnerte an die Geschichte der heimatvertriebenen Ost- und Westpreußen nach dem Krieg in Wiesbaden. „Wir dürfen glücklich und dankbar sein, weil wie hier ein neues Zuhause gefunden haben und wieder von Neuem beginnen konnten – und das in einer geschichtlich vertrauten Region, denn von 1866 bis zum Ersten Weltkrieg war Wiesbaden preußisch“, so Schetat.

Die Landsmannschaft zähle zurzeit 200 Mitglieder (2010 traten sechs neue Mitglieder bei) und biete für diese eine breite Palette an unterhaltenden oder literarischen Veranstaltungen, Film- und Diavorträgen sowie regelmäßige Treffen und heimatliche Stammtische mit Plachandern sowie original ost- und westpreußischen Gaumenfreuden an.

Auch Reisen in die Heimat, in den vergangenen Jahrzehnten auch oft verbunden mit konkreten Hilfsaktionen, stehen immer wieder auf dem Programm.

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums hatte die Landsmannschaft vor fünf Jahren ein Buch mit dem Titel „Den Kummer von der Seele schreiben“ erstellt, in dem einige Mitglieder ihre persönlichen Erlebnisse bei Flucht und Vertreibung offen schildern. Auch an diese Tatsachen zu erinnern, hat sich die Landsmannschaft auf die Fahnen geschrieben.

Alle Redner betonten die Integrationsleistungen der Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit und in späteren Jahren, auf die die Mitglieder der Landsmannschaften heute noch stolz sein könnten.

Dieter Schetat/ Christiane Rinser



65 Jahre und kein bisschen leise: Impressionen von der Feier Bild: D. Schetat

Ostpreußen lebt im Herzen

LO-Landesgruppe Niedersachsen tagte in Lüneburg

Die neue Konzeption des Ostpreußischen Landesmuseums und der Erfahrungsaustausch der Gruppen auf Bezirks-, Kreis- und Ortsebene standen im Mittelpunkt der von der Vorsitzenden Barbara Loeffke geleiteten Hauptversammlung 2011 der Landesgruppe Niedersachsen. Mit zahlreichen Gästen aus befreundeten Vertriebenenorganisationen, unter ihnen der BdV-Landesvorsitzende Oliver Dix, fand sie im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg statt.

Wenngleich die Zahl der Kreis- und Ortsgruppen in den einzelnen Bezirken unterschiedlich ist, so lässt sich doch feststellen, dass in den Bezirken Braunschweig, Lüneburg und Weser-Ems sowie im Raum Hannover die vielen landsmannschaftlichen Gruppen erfolgreich wirken und nach wie vor die Erinnerung an Ostpreußen mit Leben erfüllen. Einzelne Gruppen verzeichnen sogar Neuzugänge. Das ist nicht zuletzt auf das vielfältige Veranstaltungsangebot und auf die beeindruckende Treue der Mitglieder zurückzuführen. Die Themen in den in der Regel monatlichen Zusammenkünften reichen von der Kultur und der Geschichte Ostpreußens über Aktuelles aus Politik und Zeitgeschehen in Deutschland und Europa bis zu Reiseberichten von Mitgliedern.

Neuzugänge in einzelnen Gruppen

Höhepunkt in vielen Orten sind der Tag der Heimat und der Tag der Landsmannschaften sowie die Weihnachtsfeiern, die in Holzminden mit einem Gottesdienst verbunden wird; in Buxtehude ist der Ostpreußenstand auf dem Weihnachtsmarkt ein viel beachteter Anziehungspunkt für Jung und Alt, Einheimische und Vertriebene gleichermaßen. Gerne werden in allen Gruppen Mitglieder aus anderen ostdeutschen Regionen und auch Einheimische, die sich Ostpreußen verbunden fühlen, aufgenommen. So gehören beispielsweise zur Gruppe Hildesheim seit langem neben den Ostpreußen auch Westpreußen und Danziger und tragen damit auch zur Belebung des Programms bei.

Dem Vorsitzenden Rüdiger Epp konnte nachträglich zu seinem 70. Geburtstag gratuliert werden. Bei allem, so war die einhellige Meinung, muss die Heimat im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen, und es gilt, den Gedanken an Ostpreußen vor allem auch in der Familie zu pflegen und schon an die Kinder und Enkelkinder weiterzugeben.

Loeffke erinnerte in ihrer Jahresrückschau nach einem kurzen Blick auf die auch die deutschen Vertriebenen bewegenden Probleme, die auf vielen Kontinenten durch Krieg und Vertreibung zu Armut, Hunger und Heimatlosigkeit geführt haben, an einige historische Ereignisse im Jahr 2011: die Volksabstimmung in Oberschlesien vor 90 Jahren, den 66. Jahrestag der Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, der „Steuben“ und der „Goya“ mit 20000 Toten, den 50. Jahrestag des Mauerbaus und den 20. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages.

Thematisiert wurden von ihr auch die Arbeit und die Aufgaben der Landsmannschaft Ostpreußen und des Bundes der Vertriebenen auf Bundesebene. Der neue Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Rechtsanwalt Stephan Grigat, hatte mit seiner Eröffnungsrede auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt deutliche Akzente für seine zukünftige Arbeit gesetzt (*PAZ* berichtete), die bei allen Ostpreußen ein positives Echo fand.

Die BdV-Initiative Zentrum gegen Vertreibungen und die Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung, insbesondere die von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) vorgegebene Zielsetzung sind auch für die Landesgruppe ein wichtiges Diskussionsthema. Die Delegierten begrüßten nachdrücklich, dass Sprecher Stephan Grigat als Mitglied in den Stiftungsrat berufen wurde.

Auch der BdV-Landesvorsitzende Oliver Dix wandte sich in seinem Grußwort dem Zentrum gegen Vertreibungen und insbesondere der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung zu. Grundlage der musealen Darstellung ist das von der Stiftung erarbeitete Eckpunktepapier. Die sechs heimatvertriebenen Mitglieder des Stiftungsrats werden darauf zu achten haben, dass auch die Anliegen der deutschen Vertriebenen wahrheitsgemäß dargestellt werden. Beiden Einrichtungen kommt bei ihrer Arbeit ein hohes Maß an Verantwortung zu.

Auf großes Interesse stießen Dix' Ausführungen über das in Friedland geplante Museum „Grenzdurchgangslager Friedland“, in dem die Ankunft der vier Millionen Menschen, die das „Tor zur Freiheit“ durchliefen, ebenso dargestellt wird wie deren weiterer Lebensweg.

In einem Vortrag, eingeleitet durch einen kurzen Rückblick

Mehr Attraktivität durch Erweiterung

auf die Geschichte des Ostpreußischen Landesmuseums durch Frau Loeffke, beschrieb Museumsdirektor Joachim Mähnert die derzeitige Situation des den Ostpreußen in seiner Vielfältigkeit bekannten Museums. Auch auf die geplanten Baumaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung ging er ein. Im kommenden Jahr soll es damit losgehen. Bestehende Abteilungen sollen ergänzt werden.

Die Erweiterung des Museums durch eine Deutschbaltische Abteilung, die verstärkte Einbeziehung des Brauereimuseums, die Öffnung des Museums zur stark durch Touristen frequentierten Heiligengeiststraße und die Schaffung von neuen besucherfreundlichen Einrichtungen gehören zu den Plänen, die mit der Erweiterung verwirklicht werden und das Ostpreußische Landesmuseum für neue Besuchergruppen attraktiv machen sollen. Man möchte stärker als bisher zum Anziehungspunkt für die rund acht Millionen Touristen werden, die Lüneburg jährlich besuchen.

Aufgeschlossen zeigte sich Museumsdirektor Joachim Mähnert auch für die Aufnahme von Sammlungen aus ostpreußischen Heimatstuben. Mit einem langen Applaus dankte ihm die Versammlung für seine informativen Ausführungen, sein spürbares Engagement für die Arbeit für Ostpreußen und wünschte viel Erfolg bei der Erfüllung der Aufgaben und der Realisierung der gesetzten Ziele.

Barbara Loeffke

Weder Titel noch Posten entscheiden

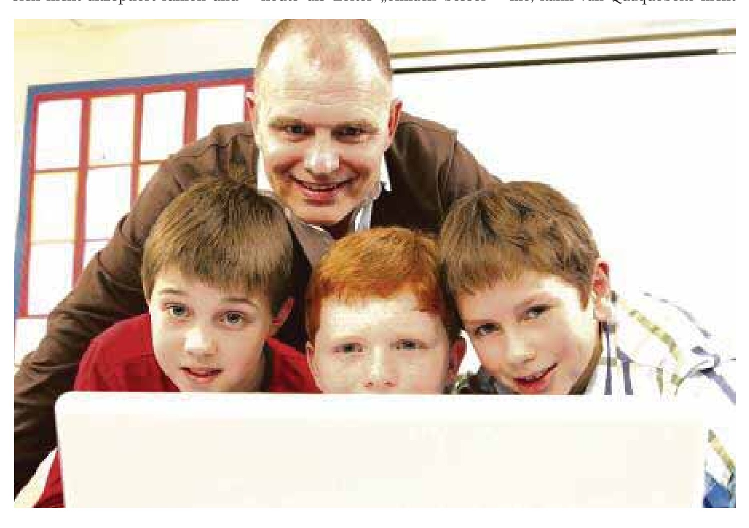
Respekt muss man sich heute erst erwerben – Leistungsfähigkeit und gutes Vorbild zählen

Vorbei sind die Zeiten, wo einem Menschen allein deswegen Respekt entgegengebracht wird, weil er einen Titel oder einen leitenden Posten innehat. Hamburger Forscher fanden in einer neuen Studie heraus, wann es leicht oder richtig schwer fällt, jemandem Respekt zu zollen.

Respekt erwartet eigentlich jeder. Besonders jugendliche Immigranten fordern häufig genug lautstark „Respekt“ ein, obwohl sie selbst sich oftmals respektlos gegenüber Lehrern oder Mitschülern verhalten. Sie gehören zudem zu der Gruppe, von denen rund 20 Prozent die Schullaufbahn ohne Abschluss verlassen. Respekt kann man aber nicht einfach einfordern, sondern er beruht im Berufsleben auf Leistung und Höflichkeit, fanden die Forscher der Respect Research Group der Hamburger Universität heraus.

„Respekt ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass das alltägliche soziale Miteinander gelingen kann“, sagt Niels van Quaquebeke, der Leiter der neuen Studie. Viele Mitarbeiter gaben an, dass es für sie wichtiger sei, vom Chef respektiert zu werden und selbst den Vorgesetzten zu respektieren, als viel Geld zu verdienen. Damit bestätigt die Studie der Hamburger Forscher Erkenntnisse aus früheren Untersuchungen, die zeigen, dass das Arbeitsklima auf Dauer für die Zufriedenheit von Mitarbeitern wichtiger ist als die monetäre Entlohnung.

Allerdings weiß auch Niels van Quaquebeke, wie schwierig und facettenreich der Umgang mit dem Wort „Respekt“ sich gestalten kann. Leicht verstehe jeder Mensch etwas anderes darunter.



Vertrauensvolles Miteinander statt Autorität: Wer als Lehrer Wissen besser vermitteln kann als andere, wird von Schülern eher respektiert. Bild: mauritius

Manchmal verbergen sich hinter dem Begriff auch Frustrationen wie im obigen Beispiel von jugendlichen Immigranten, die sich nicht akzeptiert fühlen und Schwierigkeiten mit den Schulleistungen haben. Daher sei es wichtig, zwischen zwei Formen von Respekt, dem horizontalen und dem vertikalen, zu unterscheiden.

Wer etwa den Geschäftsführer einer Firma, auch wenn dieser als richtiges „Ekelpaket“ gilt, nicht begrüßt, tut sich in der Regel keinen Gefallen. Das ist eine Frage der Höflichkeit. Der vertikale Respekt beruht jedoch in der Regel auf mehr als der höflichen Akzeptanz einer höheren Stellung des anderen. „Je nachdem, wie gut jemand in einer Sache ist, desto mehr kann ich ihm Respekt zollen“, erklärt der Wissenschaftler. Man müsse heute als Leiter „einfach besser sein als die anderen“. Natürlich werde nach wie vor bestimmten Ämtern oder Stellungen ein gewisser Respekt entgegengebracht, aber der Vertrauensvorschuss könne sich schnell aufbrauchen. „Immer weniger Leute können sich in punkto Respekt auf ihr Amt berufen“, so die Hamburger Studie.

> Kleinigkeiten und Höflichkeit tragen zur Vertrauensbildung bei

Die oft geäußerte Vermutung, dass die Respektlosigkeit zunehme, kann van Quaquebeke nicht bestätigen. Dies zeige sich besonders beim horizontalen Respekt, wo es um das Miteinander von Mitarbeitern geht. Obwohl hier fast alle Menschen Respekt für sich selbst und die eigene Arbeitsleistung erwarten, fällt es den meisten Menschen schwer, anderen Mitarbeitern im Team Respekt zu erweisen. Hier müsse man nachdenken und fragen: Was ist für den anderen wichtig? Was treibt mein Gegenüber an? Warum macht er das so? „Das ist anstrengend, weil ich mich zurücknehmen muss und die Wünsche und Wahrheitsdefinitionen des Anderen im eigenen Handeln stets berücksichtigen muss“, sagt van Quaquebeke. In vielen Betrieben wird daher heute vermehrt darüber gesprochen, wie man miteinander umgehen will. Persönliche Lebenslagen wie Krankheit, Schwangerschaft und familiäre Probleme spielen in dieses Feld ebenso hinein wie die persönlichen Fähigkeiten und Begabungen. Ehe man zwei schlechte Eigenschaften eines Kollegen anspricht, empfiehlt es sich eher, fünf gute Seiten zu nennen, so die einfache, aber schwierige Regel.

Die Wissenschaftler sind sich darüber einig, dass sich die Arbeitsleistung in einer Firma oder Behörde steigern ließe, wenn ein respektvollerer Umgang herrschen würde. Dazu gehören vermeintliche Kleinigkeiten, die schon in der Schule oder im Elternhaus gelernt sein sollten: Jemanden ausreden lassen, vor Entscheidungen die Meinungen anderer einholen, Vertrauen entgegenbringen und Höflichkeit zeigen.

Wie aber können sich Chefs zusätzlichen Respekt verdienen? Immer noch zählt es zu den Pluspunkten, wenn sie sich mehr verausgaben als andere. Wenn sie einmal, besonders in Krisenzeiten, auf einen Bonus verzichten oder für Fehler der Firma geradestehen, erhöht das ihren Respekt bei den Mitarbeitern, so die Hamburger Forscher. Die Vorgesetzten zeigen mit solchen mehr symbolischen Gesten, dass ihnen ihre Mitarbeiter nicht egal sind und sie noch mit beiden Beinen auf dem Boden stehen. In der letzten Wirtschaftskrise waren solche Zeichen mehr die Ausnahme als die Regel. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Sphärenmusik unter Wasser

Bad Orb, die Kurstadt in Hessen, brilliert mit dem neuen Wellnesshit des „Badens in Klang, Farbe und Licht“ – kurz auf Neudeutsch als „Liquid Sound“ in der Toskana-Therme propagiert. Von außen erinnert das riesige Wellness-Areal mit einer Wasserfläche von über tausend Quadratmetern manch einen an die Berliner Kongresshalle, im Volksmund besser als „schwangere Auster“ bekannt. Mehrere unterschiedlich temperierte Thermalbecken laden zum Bade. Und ein großer Außenpool gewährt Ausblicke in die dicht bewaldeten Höhenzüge des Spessarts.

Seit „Opas Kur“ nach den verschiedenen Gesundheitsreformen tot ist, müssen sich die Kurorte in Deutschland etwas Neues und möglichst Originelles einfallen lassen, um Gäste anzulokken. Auch Bad Orb, das in guten Zeiten 1,6 Millionen Gäste pro Jahr in seinen Mauern empfing, musste starke Einbußen hinnehmen. Mit dem neuen Konzept der Aqua-Wellness hofft man nun, verlorenes Terrain zurükkzugewinnen. Die Aussichten sind nicht schlecht, da auch viele junge Leute den luxuriösen Badetempel frequentieren. Besonders an den Wochenenden geht es unter dem planetarischen Kuppeldach der Therme hoch her. Da wird die illuminierte Halle zur Disco. Während man sich wie ein Fisch in den warmen Fluten tummelt, einen tropischen Drink an der Bar zu sich nimmt oder es sich einfach nur gut gehen lässt, sorgt ein DJ bis spät in die Nacht für gute Unterhaltung. Auskünfte unter: www.bad-orb.info *Uta Buhr*

»Ach, da ist noch etwas«

Mit Vergnügen verkörperte Peter Falk den unscheinbaren »Inspektor Columbo«

Wer kannte (und liebte) ihn nicht, den kleinen Detektiv mit dem beigen, leicht zerknitterten Mantel über dem Anzug von der Stange, dem Glasauge unter dem zerzausten dunklen Haarschopf, dem alten Peugeot und den coolen Sprüchen? Er war der unscheinbar auftretende Kommissar der Los-Angeles-Mordkommission auf der Spur von Verbrechen der Reichen und Mächtigen, der es faustdick hinter den Ohren hatte. Wenn die arroganten Täter am Ende seiner entnervenden Untersuchung gerade höhnisch verschwinden wollten, nach einem letzten triumphierenden Blick auf den vermeintlichen Verlierer, sprach der kleine Mann mit der heiseren Stimme die berühmt gewordenen Worte „Ach, da ist noch etwas ....“ und der Weg auf die geplante Sieges-Party endete stattdessen im Gefängnis.

> Vor der Karriere: Hochschulabschluss in Politikwissenschaft

Peter Falk hat mit seinem „Columbo“ dem Fernsehen einen der größten weltweiten Hits in der TV-Geschichte beschert. Er übertrumpfte mühelos selbst Konkurrenz-Fernseh-Detektive wie James Garner's „Rockford“ und Telly Savalas' „Kojak“. 1971 startete die Serie, lief wöchentlich sechs Jahre, dann sporadisch, und danach gab es bis 2003 diverse „Columbo“-Filme. Falk wurde „Columbo“ nie los und das war sein größtes Vergnügen. „Ich liebe Columbo“, sagte er. „Er ist exzentrisch… Seine Besessenheit verbirgt sich unter seiner Freundlichkeit. Er hat einen verschmitzten Humor, ist von natürlicher Höflichkeit und bar jeder Angabe. Aber wehe dem, der in Los Angeles einen Mord begeht!“



Peter Falk Bild: Archiv

Umso trauriger erschien jetzt die Mitteilung vom 23. Juni, dass „Columbo“, der den Mördern so lange ein Schnippchen schlug, nun selber von dem größten Mörder überhaupt besiegt wurde, dem Tod. Und besonders tragisch, dass er, dessen heller Kopf auch die schwierigste Aufklärung von Verbrechen meisterte, keinem überraschenden Herzschlag erlag oder gar einem Racheakt zum Opfer fiel, sondern dass er langsam seinen wachen, humorvollen Geist verlor und in die Dunkelheit von Alzheimer entglitt. Wie vor ihm Ronald Reagan, Frank Sinatra und Charlton Heston. 86 ist er geworden, zuletzt in seinem schönen Haus in Beverly Hills als Pflegefall lebend, betreut von seiner langjährigen Ehefrau, der Schauspielerin Shera Dannese. Sein Tod machte größere Schlagzeilen als das Ableben vieler anderer, einst großer Stars. Und die Nachrufe waren oftmals nostalgisch gefärbt – wie bei dem unersetzlichen Verlust eines guten Freundes.

Geboren 1927 in New York City (seine Eltern besaßen später eine Boutique in Ossining, New York), verlor Peter Falk mit drei Jahren sein Auge durch Krebs. Vielfach gehänselt, lernte er, sein Glasauge mit Humor und Selbstsicherheit zu tragen. Nach Schulabschluss 1945 war er ein Jahr Koch bei der Handelsmarine. Danach erwarb er einen College-Abschluss als Bachelor of Arts in Politischen Wissenschaften und später ein Masters Degree der Syracuse Universitet in Öffentlicher Verwaltung. Dann siegte sein Talent und mit 28 wurde er professioneller Schauspieler. Schon ein Jahr später erregte er Off-Broadway-Aufsehen als Bartender in Eugene O'Neill's „Der Eismann kommt“. Danach ging es steil bergauf. Broadway, Fernsehen, Filme. Zwei Oscar-Nominierungen – amüsanterweise für einen Mörder – in „Murder Inc.“ 1960 und einen Mafia-Boss-Assistenten 1961 in Frank Capra's „Pocketful of Miracles“. 1971 startete „Columbo“, zunächst gedacht für Bing Crosby, der ablehnte, weil die Rolle mit seinem Golfspiel konterkarierte. Der Rest ist Geschichte.

Der listige Detektiv, der nie eine Waffe trug (im Arm nur seinen schläfrigen Basset-Hund), der stattdessen seinen Verstand benutzte, rankt unter Nr. 7 auf einer Liste vom „TV-Guide“ der 50 wichtigsten TV-Persönlichkeiten aller Zeiten.

Persönlich war Peter Falk mit Shera Dannese in zweiter Ehe verheiratet und hatte zwei Adoptiv-Töchter aus erster Ehe. Sein Hobby war Zeichnen, womit er sich beschäftigte, als die Demenz seine hochaktive Schauspielerkarriere ab 2007 langsam beendete.

1987 hatte Wim Wenders in seinem Film „Der Himmel über Berlin“ die Rolle des „Filmstars“ mit Falk besetzt, und im Fortsetzungsfilm „In weiter Ferne, so nah!“ von 1993 spielte er sich selbst. Das Motiv des Engels, der seine Unsterblichkeit opfert für ein Leben auf der Erde – jetzt erfüllt es sich umgekehrt. *Liselotte Millauer*

Lebensbegleiter

Wald: Mittler zwischen Himmel und Erde

Das Jahr 2011 wurde von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt. Ziel ist, das Bewusstsein und Wissen um die Erhaltung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen zu fördern. In der Vorstellung der Germanen trug die Weltesche Ygdrasil mit ihrer ausladenden Krone den Himmel. In ihrem Gezweig wohnten Vögel, die als Boten die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen zu den Göttern tragen, denn die konnten nicht fliegen. Der Baum des Lebens streckte seine Wurzeln tief ins Erdreich zu den drei Quellen, zwischen denen im großen Saal der Urd die Nornen der Unterwelt saßen und die Zukunft der Menschen bestimmten.

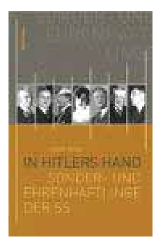
> Bäume standen in der Mythologie für Trost und Hoffnung

Die Eibe galt in der germanischen und in der keltischen Mythologie als Totenbaum, weil Odin den Tod in ihren Zweigen suchte. Ihr weiches, immergrünes Nadelkleid vermittelte ihnen dennoch Trost und Hoffnung, immerwährendes Leben erhebt sich über den Tod. Als man aber das Gift in den Früchten der Eibe erkannte, verführerisch rotleuchtend anzuschauen, mischten sich Furcht und Schauder in die Vorstellung der Menschen vom Tod.

Wahrscheinlich brachten Kreuzritter den Lebensbaum aus Vorderasien nach Europa. Als ewiger Wächter scheint dieser vielfältig auf den Friedhöfen für die Ruhe der Toten zu sorgen. Er steht hinter den Grabmalen und bildet schützende Hecken.

Arnold Böcklin malte majestätische Zypressen als trauernde Zeugen in den Mittelpunkt seines berühmten Gemäldes „Toteninsel“, winzig klein die leidgeprüfte, schwarz gekleidete Frau auf seinem Bild „Villa am Meer“, riesengroß dagegen die vom Sturm zerzausten Totenbäume des Mittelmeerraumes.

Auf dem Museumsfriedhof in Hamburg-Öjendorf steht der steinerne Torso eines Baumes. Dieser Grabstein aus der Zeit, da den Menschen der Versuch geglückt schien, mit motorisierten Flugzeugen den Himmel zu erobern, mahnt, dass das Dasein immer noch der Erde verbunden und schicksalhaft gekoppelt ist an die Lebenskraft der Bäume, die die Luft reinigen und den Sauerstoff abgeben, ohne den die Menschen nicht existieren können. Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) schätzt, dass jedes Jahr 130000 Quadratkilometer der Wälder der Welt verloren gehen. *Anne Bahrs*



Prominente Gefangene

Regime hielt Elite als Pfand

Das System des nationalsozialistischen Herrschafts- und Unterdrückungssystems ist inzwischen in aller nur denkbaren Breite erforscht und dargestellt. Und doch findet jedes Detail hierzu immer wieder Aufmerksamkeit, so auch dieses Buch, das sich dem meist nur am Rande behandelten Thema „Ehren- und Schutzhäftlinge“ des NS-Regimes widmet. Im Vergleich zur Masse der in Konzentrationslagern, Gefängnissen und Gestapokellern inhaftierten Menschen handelt es sich hier zwar nur um einen verschwindend kleinen Personenkreis; gleichwohl wird auch an ihm die ganze Brutalität und Menschenverachtung des Systems sichtbar.

Mit der Besetzung Österreichs im Frühjahr 1938 und besonders nach Kriegsausbruch im September 1939 fielen dem Regime immer mehr ausländische prominente Staatsoberhäupter und Politiker in die Hände, die entweder als Faustpfand für mögliche Tauschgeschäfte (etwa bei Gefangenen) wertvoll schienen oder von denen man wusste, dass sie Gegner des Systems waren, weshalb sie in Haft genommen wurden. Sie galten als „Ehren-“ oder „Schutzhäftlinge“, die oft bis Kriegsende entweder unter vergleichsweise günstigen Bedingungen in Konzentrationslagern inhaftiert oder in Schlössern und Burgen überall im Reich interniert waren. Zu den prominentesten Häftlingen zählten unter anderen Leon Blum, Kurt von Schuschnigg, der belgische König Leopold III., zahlreiche hohe Generäle und Politiker sowie Angehörige des europäischen Hochadels. Der letzte österreichische Bundeskanzler von Schuschnigg beispielsweise wurde schon im Mai 1938 in Wien unter Hausarrest gestellt, erlebte dann in den Folgejahren eine wahre Odyssee durch Sachsenhausen und andere Lager, bis er am Ende eines letzten Transports nach Österreich dort befreit wurde.

Von Schuschniggs Haft ging noch vergleichsweise glimpflich ab; zahlreiche Inhaftierte aber überlebten die Haft nicht, andere wurden noch im letzten Moment von der SS ermordet, wie überhaupt über allen Gefangenen die ständige Angst vor plötzlicher Hinrichtung wie ein Damoklesschwert schwebte. Besonders brutal ging das Regime gegen Eliten aus den besetzten Ländern Osteuropas vor; selbst Kollaborateure wurden, wo sie nicht mehr „nützlich“ waren, bedenkenlos fallen gelassen und inhaftiert. Belastend war zudem, dass alle Häftlinge unter strengster Abschirmung gegenüber der Außenwelt und in größter Anonymität lebten. Von ihrem Schicksal sollte weder die deutsche noch die internationale Öffentlichkeit etwas erfahren.

Neben diesen Ehren- und Sonderhäftlingen gab es sogenannte Vorbeugungshäftlinge, das waren vermeintliche Gegner im Innern, und das System der Sippenhaft, das vor allem nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gegenüber zahlreichen Angehörigen der Verurteilten praktiziert wurde. Als Hitlers „persönliche Gefangene“ wurde Pastor Martin Niemöller gefangen gehalten, der kurz vor Kriegsende in Südtirol freikam, ferner der Hitlerattentäter Georg Elser, der in Sachsenhausen und Dachau unter strengster Abschirmung eingesperrt war und am 9. April 1945 in Dachau erschossen wurde.

Der Autor, Zeithistoriker in Berlin, hat mit bewundernswertem Fleiß unzählige Details zusammengetragen, um aus den vielen Mosaiken, die ja in Form von Memoiren, Dokumenten und Untersuchungsberichten natürlich längst vorliegen, eine Zusammenschau zu bringen, die man in dieser Konzentration bislang noch nicht kannte. Auch ist bekannt und doch immer wieder erschreckend zu sehen, mit welcher Skrupellosigkeit das System seine Terrorherrschaft sicherte, wobei Menschen, welcher Abstammung, welcher Stellung und welchen Wissens auch immer, sofort fallen gelassen wurden, sofern sie nicht mehr zu instrumentalisieren waren.

Dirk Klose

Volker Koop: „In Hitlers Hand. Die Sonder- und Ehrenhäftlinge der SS“, *Böhlau Verlag, Köln Weimar Wien 2010, 295 Seiten, 24,90 Euro*



Ein Schlesier alias Mehmet

Deutscher Mediziner wird Zeuge der Kolonialgeschichte Afrikas

Der Heilige Krieg, der Dschihad, stand für ihn über allem. Muhammad Ahmad kannte hier kein Erbarmen. Sein Kampfgebiet war allerdings nicht Afghanistan, sondern der Sudan. Einer, der sich nicht von Ahmad und seinen Kämpfern einschüchtern ließ, war der Schlesier Eduard Schnitzer. Wie es möglich war, dass der 1840 geborene Deutsche überhaupt von Ahmad bedroht werden konnte, beschreibt die Britin Patricia Clough in ihrem Roman „Emin Pascha, Herr von Äquatoria – Ein exzentrischer deutscher Arzt und der Wettlauf um Afrika“. Die Journalistin, die viele Jahre für britische Zeitungen wie die „Times“ und den „Independent“ aus Deutschland berichtete, hat bereits mehrere Bücher mit ostdeutschem Bezug verfasst. „In langer Reihe über das Haff – Die Flucht der Trakehner aus Ostpreußen“ und „Aachen-Berlin-Königsberg – Eine Zeitreise entlang der alten Reichsstraße 1“ wurden bereits in der *PAZ* gewürdigt. Und auch ihr aktuellstes Buch hat einen Ostpreußen-Bezug, denn Eduard Schnitzer studierte nicht nur an der Albertina in Königsberg, er erhielt auch 1889 die Ehrendoktorwürde seiner alten Universität.

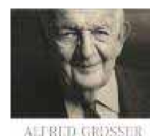
Glaubt man Clough, so war es vor allem Wankelmut statt Heldenmut, der Schnitzer weltberühmt machte. Als junger Mann trieb es den Schlesier vor allem in die Ferne. Ohne abgeschlossenes Medizin-Studium, aber voller Forscherdrang zog es ihn erst auf den Balkan. Auf Umwegen wurde er Leibarzt des Gouverneurs des zum osmanischen Reich gehörenden nördlichen Albaniens, gab sich als Türke aus und verliebte sich in die aus Siebenbürgen stammende Frau seines Arbeitgebers. Nach dessen Tod nahm er die Witwe samt Kindern mit in seine schlesische Heimat, doch dort langweilte er sich schnell und er verschwand ohne Kommentar über Nacht gen Ägypten, wo er vorgab, ein Türke namens Mehmet Emin zu sein. Dort traf er auf den Briten Colonel Charles Gordon, der Gouverneur der Provinz Äquatoria war, dort Sklavenhändler bekämpfte und einen Stabsarzt benötigte. Schnitzer nahm die Position an, zog nach Lado in Äquatoria und wurde 1878 selbst dort Gouverneur.

War das vorliegende Buch bis hierhin hauptsächlich eine Biografie, wird es nun auch zu einem Buch über Afrikas Kolonialgeschichte, denn von nun an ist Schnitzer mitten drin im Kampf um die Aufteilung Afrikas. Äquatoria, vergleichbar mit den heutigen Staaten Nord- und Südsudan, war 1821 vom osmanischen Vizekönig von Ägypten erobert worden. Großbritannien übte großen Einfluss auf die Herrscher in Kairo aus. Als Muhammad Ahmad 1881 mit seinen Dschihadisten gegen die ägyptischen Kolonialherren und ihre westlichen Unterstützer in die Schlacht zog und Gordon im Kampf gegen Ahmad unterlag, regte sich in Großbritannien Unmut, da dieser von London seinem Schicksal überlassen worden war. Nachdem Freunde von Schnitzer, der nur noch überall Emin Pascha hieß, in den Medien in England und Deutschland Unterstützung für den von Ahmad Bedrohten einforderten, entsandten beide Länder Rettungstrupps.

Clough schildert sehr nachvollziehbar, welche machtpolitischen Motive die jeweiligen Herrscher antrieben. Der deutsche Reichskanzler Bismarck schickte so mit äußerst gemischten Gefühlen Carl Peters zur Rettung von Emin Pascha. Wie chaotisch und todbringend für viele diese mit brachialen Methoden durchgesetzte Rettung war, wie wenig Emin Pascha, obwohl von Briten „befreit“, sich gerettet fühlte, zeichnet die Autorin nach. Aus heutiger Sicht ist es kaum nachvollziehbar, wieso so viele Menschen ihr Leben im Kampf um die Aufteilung Afrikas riskierten, wo die meisten starben und die Überlebenden statt Diamanten und Elfenbein Abenteuergeschichten als „Beute“ heimbrachten. Schnitzer selbst schickte seine wissenschaftlichen Aufzeichnungen und Tagebücher heim, er selbst machte sich auf die nächste Expedition, bei der er Sklavenhändlern in die Quere kam, die ihm 1892 „versehentlich“ die Kehle durchschnitten.

Rebecca Bellano

Patricia Clough: „Emin Pascha, Herr von Äquatoria – Ein exzentrischer deutscher Arzt und der Wettlauf um Afrika“, *DVA, München 2010, gebunden, 334 Seiten, 22,99 Euro*





Sogar SS-Männern verzeihen

Ein Leben für die deutsch-französische Freundschaft

Nach der Lektüre fragt sich wohl jeder Leser, wie so viel Leben Raum findet auf knapp 300 Seiten, Raum in bislang 86 Jahren. Allein die Auszeichnungen füllen eine knappe Seite, beginnend mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1975 bis hin zum Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband 2003. Kein Leser dürfte daran zweifeln, dass sie alle hoch verdient sind.

Grosser wird am 1. Februar 1925 in Frankfurt am Main geboren. Als er sechs Jahre alt ist, verlässt die Familie Deutschland, um den rassistischen Nachstellungen Hitlers zu entgehen. 1934 stirbt der Vater, 1935 werden Mutter und Kinder französische Staatsbürger. Mit falschen Papieren kann er sein Dasein fristen. 1944 beteiligt er sich an den Kämpfen zur Befreiung von Marseille. 1946 ist er Mitarbeiter am „Wochenkurier“, einer Zeitung für deutsche Kriegsgefangene. 1951 beginnt seine akademische Karriere, die er als ordentlicher Professor am Pariser Institut d'études politiques mit der Emeritierung 1992 beendet. Bis heute sind die Tage bis zum Rand mit dem Schreiben von Büchern und dem Verfassen von Zeitungsbeiträgen, mit Vorträgen und ehrenamtlichen Funktionen ausgefüllt.

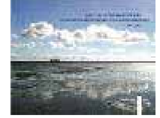
Was ihn schier unermüdlich antreibt, ist die große Aufgabe, die sich ihm stellt: die Welt menschenwürdiger zu machen als Mittler zwischen Franzosen und Deutschen, zwischen Christen und Atheisten, zwischen Juden und Nichtjuden. Sein Lebenslauf hat ihn dazu in außergewöhnlicher Weise prädestiniert. Hinzu kommt ein gesundes Selbstbewusstsein, das er seinen vorzüglichen geistigen Fähigkeiten verdankt und das ihn befähigt, auch namhaften Persönlichkeiten reinen Wein einzuschenken.

An der Verwirklichung der deutsch-französischen Freundschaft war er, wenngleich nicht als Politiker, intensiv beteiligt. Sie ist heute ein Faktum. Die eherne „Erbfeindschaft“ verblasst selbst im Gedächtnis der Alten. Anders der „Clash of Civilizations“. Für ihn ist das Nebeneinander von Christen und Atheisten das zentrale Thema von alltäglicher Bedeutung. Seine heiß geliebte Frau, mit der er seit 1959 verheiratet ist, praktiziert als Katholikin. Er ist bekennender Atheist und schreibt darüber ein eigenes Kapitel. Seine gelebte Ethik ist bewundernswert. Er könnte sogar verführten SS-Männern verzeihen, wie er betont. Keinesfalls aber Hitler und Himmler. Freilich: Ein Christ müsste es zumindest wollen.

Den schlimmsten Anfeindungen ist er ausgesetzt, wenn er an das Leiden der aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser erinnert. Doch in den Augen der billig und gerecht Denkenden leistet er gerade dadurch einen unschätzbaren Dienst im Kampf gegen den Antisemitismus, verkörpert er doch die hehre Gestalt Nathans, die alle Kollektivbeschuldigungen entschieden bekämpft, obgleich auch Verwandte von ihm durch Hitler den Tod fanden. (Grosser: „Ich verabscheue die Verallgemeinerung ‚die Deutschen.‘“) Grosser will weiter wirken, und wohl jeder Leser wünscht ihm noch viele Jahre. Doch dem, so wörtlich, „nicht erwünschten“ Tod sieht er gelassen entgegen. Die Totenfeier ist bereits geplant. Sie soll in der Pariser Jesuitenkirche stattfinden, „mit Hervorhebung meines Atheismus“.

Konrad Löw

Alfred Grosser: „Die Freude und der Tod – Eine Lebensbilanz“, *Rowohlt Verlag, Reinbek 2011, 288 Seiten, 19,95 Euro*



Heimatbund eine politische Abwehrorganisation?

Dissertation bezeichnet Landesbewusstsein in Schleswig-Holstein als gegen die Dänen gerichtete Verschwörung

Ist es zu missbilligen, dass es in dem historisch gewachsenen Schleswig-Holstein ein spezifisches Landesbewusstsein gibt? Der frisch gebackene Doktor und Studienleiter an der SPD-nahen Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Malente Knud Andresen sowie sein profiliert linker Doktorvater Karl Heinrich Pohl jedenfalls vertreten diese Meinung in der jetzt als voluminöses Buch vorliegenden Dissertation ‚über die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) von 1947 bis 2005. Das Landesbewusstsein, basierend auf einer bestimmten Geschichtspolitik, sei, so die Behauptung, durch den SHHB in Gemeinschaft mit der lange Zeit die Landesregierung tragenden CDU den Schleswig-Holsteinern übergestülpt worden als Ersatz für die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, und das mit dem Zweck, sie als Einheitsfront gegen das Nachbarland Dänemark zu formieren.

Tatsächlich hat es nach der deutschen Niederlage 1945 einige Jahre lang heftige Auseinandersetzungen zwischen starken dänischen Kräften, die den Traum dänischer Nationalisten aus dem 19. Jahrhundert verwirklichen wollten, die Grenze ihres Landes nach Süden an die Eider – etwa dort, wo jetzt der Nord-Ostsee-Kanal verläuft – zu verschieben, und den sich in der Defensive befindenden deutschen Schleswig-Holsteinern gegeben (siehe *PAZ* 31/2010). Die Begründung der dänischen Grenzrevisionisten: Sie wollten „urdänisches Land“ zurückgewinnen mit der darauf lebenden Bevölkerung, in deren Adern „dänisches Blut“ fließe. Dass sich die deutschen Schleswig-Holsteiner im 19. Jahrhundert fast drei Jahre lang in einer blutig verlaufenen Erhebung gegen dänische Fremdherrschaft gewehrt hatten und dass 1920 in einer Volksabstimmung zwar die Bevölkerung eines schmalen nördlichen Teils des Landes (Nordschleswig) mehrheitlich dänisch stimmte, dass aber das Hauptziel der Expansion, die Stadt Flensburg, verfehlt wurde, da sich die Flensburger zu 75 Prozent zu Deutschland bekannten, wurde ignoriert.

Als eine der deutschen Abwehrorganisationen wurde 1947 der SHHB als Rechtsnachfolger des „Schleswig-Holsteinischen Landesvereins für Heimatschutz“ aus dem Jahre 1908 wieder gegründet. Ihm schlossen sich im Laufe der Zeit nahezu alle regionalen Heimatvereine an, so dass er schließlich mit fast 55 000 Mitgliedern eine starke Position einnahm. Die deutsch-dänischen Verhältnisse entspannten sich. Hatte der SHHB unter dem Druck der Verhältnisse in den ersten Jahren fast ausschließlich seine Aktivitäten zur Abwehr der dänischen Bestrebungen gerichtet, so schrumpfte dieser Aufgabenbereich nach und nach, bis er nur noch ein kleines Segment neben den klassischen Gebieten der Heimatarbeit wie Landschafts- und Naturschutz, Pflege der plattdeutschen und friesischen Sprache, Denkmalschutz, Regionalgeschichte, Trachtenwesen und Ähnliches ausmachte. Dabei arbeitete er eng mit den Landsmannschaften der vertriebenen Deutschen, vor allem der Ostpreußen und Pommern, zusammen.

Knud Andresen aber erweckt den Eindruck, als ob der SHHB bis 2005 kaum etwas anderes im Sinne hatte, als die geschrumpfte dänische Minderheit zu bekämpfen, um so den Schleswig-Holsteinern ein gegen die Dänen gerichtetes Landesbewusstsein einzuimpfen. Da sich die Interessen getroffen hätten, sei es zwischen dem SHHB und der CDU zu einer Art Verschwörung gekommen, weil beide, und das entgegen dem Zeitgeist, die Schleswig-Holsteiner zu einer Gemeinschaft unter konservativem Vorzeichen integrieren wollten. Vor allem hat es dem Autor der Staatssekretär a. D. Werner Schmidt angetan, der wohl profilierteste Vorsitzende des SHHB (von 1974 bis 1984), sowie die schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg und Uwe Barschel. Sie alle seien in der Wolle gefärbte Konservative gewesen, die sich verbündet hätten mit dem Ziel, aus der CDU die Landespartei zu machen.

Bei diesen Rundumschlägen bekommt auch der Autor dieser Zeilen, der von 1980 bis 1993 als Landesgeschäftsführer des SHHB in Übereinstimmung mit Werner Schmidt dem Verband diente und nichts von der „Verschwörung“ mitbekam, sein Fett weg, so dass sich die jetzige Vorsitzende des SHHB in der linken Zeitung „taz“ von ihm distanzierte.

Mit dem Tod von Werner Schmidt und Uwe Barschel sowie mit der, wie Andresen sich ausdrückte, „Verrentung“ des SHHB-Geschäftsführers habe die konservative „Verschwörung“ ihr Ende gefunden. Heute sei der Heimatbund ein „moderner“ Verein, der keinerlei politischen Anspruch erhebt.

Dass die Friedrich-Ebert-Stiftung das Entstehen dieses Buches jahrelang mit erheblichen Mitteln finanzierte, ist verständlich, nicht aber, dass die von dem CDU-Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen geführte Landesregierung dem jetzigen Heimatbund bedeutende Mittel zur Mitfinanzierung des Buches zur Verfügung stellte.

Hans-Joachim von Leesen

Knud Andresen: „Schleswig-Holsteins Identitäten – Die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes 1947 bis 2005“, *Wachholtz Verlag, Neumünster 2011, broschiert, 390 Seiten, 22 Euro*

Ostpreußen-Provinz-Schirmmützen





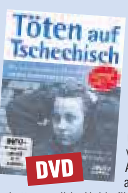
Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Mützen je € 14,95

Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105





Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl

NEU



Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117



Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

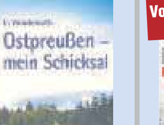
Memelland-Schlüsselanhänger

NEU



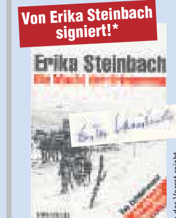
Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 5,95

David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
Drei Millionen Sudetendeutsche werden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben. Hass und Rachegefühle der Tschechen gegenüber den Deutschen entladen sich – egal, ob sie mit den Nazis kooperiert hatten oder nicht. 20.000 bis 30.000 Menschen werden bestialisch ermordet. Manche Historiker sprechen sogar von über 200.000. Diese DVD mit Filmmaterial von damals zeigt die Massaker im Nachkriegs-Tschechien. Die Aufnahmen belegen erstmals, was Augenzeugen und Historiker seit Jahrzehnten behaupten und nie mit Bewegtbildern beweisen konnten: Tschechen erschossen damals, in den Tagen nach der Kapitulation, gezielt deutsche Zivilisten auf offener Straße, nachdem sie sie wie Vieh zusammengetrieben hatten. Jiri Chmelicek hat die Gräueltaten im Mai 1945 vor seiner Prager Haustür mit der Filmkamera festgehalten. Als die deutschen Zivilisten von tschechischen Revolutionsgardisten und Soldaten der Roten Armee mit Peitschen und Gewehrkolben durch den sechsten Prager Gemeindebezirk getrieben wurden, herrschte dort eine Stimmung wie auf einem Volksfest. Frauen und Kinder sahen zu, es wurde getrunken und gelacht. Unter der kommunistischen Herrschaft versteckte Chmelièek die Aufnahmen. Helena Dvoøakova, die Tochter des Hobbyfilmers, hatte das Zeitdokument schon vor zehn Jahren, lange nach dem Tod ihres Vaters, dem bekannten tschechischen Fernsehhistoriker Cáslavsky gegeben.



DVD

DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best.-Nr.: 7118, € 19,95



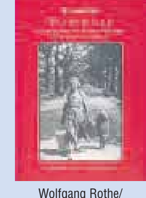
E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Von Erika Steinbach signiert!*



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.



statt € 7,95 nur noch € 4,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos, Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

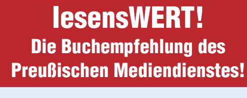


Wolfgang Rothe/ Daniela Wiemer
Ortsatlas Trakehnen
Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf
Geb., 560 Seiten mit zahlreichen Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7113, € 49,00

statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



psychischen Verwundungen und Verletzungen alleingelassen. Eine rechtmäßige Unterstützung müssen sie oft vor Gericht erstreiten. „Die reden - Wir sterben": Diese traurige Bilanz zieht der langjährige Berufssoldat und Oberstleutnant a. D. Andreas Timmermann-Levanas aus über 20 Jahren Berufserfahrung. Er schildert erschütternde Erlebnisse und kritisiert grundsätzliche Probleme der Einsatzarmee. Das Buch zeigt, was sich ändern muss, um die Soldaten nicht weiter kaputt zu machen.

Andreas Timmermann-Levanas, Andrea Richter
Die reden – Wir sterben
Wie unsere Soldaten zu Opfern der deutschen Politik werden
Deutsche Soldaten kämpfen und sterben im Krieg in Afghanistan. Die Gefallenen werden mit militärischen Ehren in der Heimat beerdigt. Über 40 deutsche Soldaten sind gefallen, Zehntausende sind traumatisiert. Alltag in Deutschland. Erst jetzt werden die Mängel an Ausbildung und Ausrüstung der Truppe diskutiert, die politische und die militärische Führung versuchen noch immer, die Gefahren und Konsequenzen zu verharmlosen. Für Tausende von Soldaten geht der Kampf nach ihrer Rückkehr weiter: Sie werden mit ihren Erlebnissen, mit ihren psychischen und

Kart., 268 Seiten, 4-farbiger-Bildteil, 32 Seiten
Best.-Nr.: 7119

€ 18,90

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.

DVD



Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325

statt € 14,95 nur noch € 9,95*

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.

Inge Mommert

Ostpreußische Erinnerungen
Lieder, Gedichte, Episoden aus Ostpreußen. Inge Mommert vermittelt in ihren Erinnerungen liebenswerte, zum Schmunzeln anregende Bilder des Lebens in dem Ostpreußen ihrer Kindheit und Jugend.
Laufzeit: 59 min 08 sec
Best.-Nr.: 1181, € 14,95

CD

Vom ostpreußischen Gemüt
Lieder und Gedichte in ostpreußischer Mundart. Inge Mommert liest eine Auswahl aus „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus" sowie aus „Das Hausbuch des ostpreußischen Humors".
Laufzeit: 59 min 36 sec
Best.-Nr.: 3675, € 14,95

CD



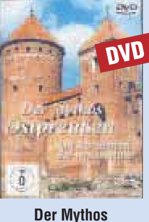
CD

Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



CD

Die neue CD von BernStein zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2011 in Erfurt
Gesamtlaufzeit: 40 Minuten
Best.-Nr.: 7110
€ 14,95



DVD

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land eroberte und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.

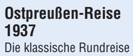


Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur noch € 9,95

Juli-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau-'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074



2 CDs

statt € 12,95 nur noch € 10,00

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedenen Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.



Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

DVD

statt € 19,95 nur noch € 17,00



Herman Glaser
Die 60er Jahre
Deutschland zwischen 1960 und 1970
Geb., 192 Seiten mit 193 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 7115
statt € 19,95 nur noch € 9,95



statt € 12,90 nur € 9,95

Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder in ostpreußischem Dialekt
Laufzeit: 46 Minuten
Best.-Nr.: 1057

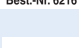


€ 9,95

Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709

Rundstempel



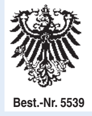


Best.-Nr. 6216

Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539

statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00



Heimatflaggen

Ostpreußen-Flagge – Provinz –
Best.-Nr.: 3990



Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm

statt € 12,95 pro Stück nur noch € 10,00

*nur gültig im Monat Juli 2011 und solange Vorrat reicht

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 28/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Mehr Geburten als Todesfälle

Berlin – Erstmals seit Jahrzehnten sind in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg 2010 wieder mehr Menschen geboren worden als starben. Während in Hamburg der Geburtenüberschuss gut 300 Personen betrug, waren es in der Hauptstadt fast 400. In allen übrigen Bundesländern wurde ein Sterbeüberschuss verbucht. Daher schrumpfte die Bevölkerung Deutschlands trotz positivem Wanderungssaldo weiter. *H.H.*

Spanier wollen nach Deutschland

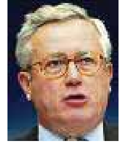
Nürnberg – Auf der Jobbörse der EU-Kommission haben sich in den vergangenen Monaten bereits 17000 junge Spanier gezielt nach einer Arbeitsmöglichkeit in Deutschland erkundigt, so die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Mit einer Jugendarbeitslosigkeit von rund 45 Prozent bietet ihnen die Heimat kaum noch Chancen. Die Zahl der Teilnehmer bei Deutschkursen der Goethe-Institute in Spanien hat sich im Jahresverlauf verdoppelt. *H.H.*

ZUR PERSON

Klügster Lieblingsfeind

Eines spricht ihm niemand ab: seine Chuzpe. Selbstbewusst verbindet Italiens Wirtschafts- und Finanzminister **Giulio Tremonti** sein eigenes Schicksal mit dem seines Landes und des Euro: „Wenn ich stürze, stürzt Italien. Wenn Italien stürzt, ein Land, das zu groß ist, um gerettet zu werden, dann stürzt der Euro.“

Der 1947 geborene Juraprofessor kam 1994 zur Politik, als er als Mitglied der zentristischen Patto Segni in die Abgeordnetenkammer einzog. Noch im gleichen Jahr schloss er sich der Forza Italia an und wurde Finanzminister im ersten Kabinett von Ministerpräsident Silvio Berlusconi. In dessen zweitem Kabinett diente der ehemals überzeugte Sozialist als Finanz- und Wirtschaftsminister, trat aber 2004 nach Kritik an seiner Haushaltspolitik zurück. Im September 2005 kehrte er in das Amt zurück, bis er von 2006 bis 2008 vorübergehend als Vizepräsident des Parlaments fungierte, bevor er 2008 erneut Finanz- und Wirtschaftsminister wurde. Er gilt als kühler Analytiker, dem nationale Interessen näherstehen als eine Marktöffnung. In der Euro-Krise tritt Tremonti, im Urteil des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair der „gebildetste Wirtschaftsminister Europas“, für einen rigorosen Sparkurs ein. Damit steht er im Kreuzfeuer der Kritik vor allem seiner eigenen Parteifreunde, die ihm vorwerfen, das Wirtschaftswachstum zu behindern und der Regierungskoalition zu schaden. Allerdings mag Berlusconi den klugen Kopf nicht so einfach entlassen, fürchtet er doch ein politisches und wirtschaftliches Debakel.



Tremonti aber bleibt standhaft. Ohne das Sparpaket drohe eine Katastrophe, machte er Berlusconi deutlich. Ende Juli soll das Parlament über das 40-Milliarden-Sparpaket abstimmen. Sollte es zustimmen, wäre das Tremontis größter Triumph. Vorausgesetzt, er ist dann noch Minister. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Panzerdeal

Warum die deutsche Industrie weg muss, wie wir fast griechisch geworden wären, und wozu wir 130 Prozent Steuern benötigen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Haben wir etwas übersehen auf unserem Weg in ein Deutschland, „vor dem sich die Welt nicht mehr zu fürchten braucht“? Mal nachdenken ... Die Bundeswehr haben wir über 20 Jahre hinweg so eifrig kleingehackt, dass bald nichts Nennenswertes mehr übrig sein wird: Sie ist mittlerweile die am schlechtesten ausgerüstete Armee der westlichen Welt, die Wehrpflicht haben wir bei Tempo 200 aus dem fahrenden Zug geschubst, und den traurigen Rest der Truppe zerdrückt eine gigantische Verwaltungsglocke, unter der kaum ein Atemzug möglich ist.

Wo doch noch ein leiser Hauch vernommen wird, da schlagen wir mit unseren gut orchestrierten „Bundeswehrskandalen“ zu, von denen bald jedes Jahr einer aufgeführt wird. Zwischendurch pirschen Traditionsbeauftragte und zivilgesellschaftlich engagierte Bürger durch die Kasernen, um die letzten Erinnerungen daran zu tilgen, dass deutsche Militärgeschichte vor Bundeswehr und NVA etwas anderes gewesen sein könnte als ein einziges großes Erschießungskommando.

Im Grunde könnten wir uns also zufrieden zurücklehnen: Wir haben der Menschheit tatsächlich das wehrloseste Deutschland geschenkt, das es je gab.

Wir sind aber nicht zufrieden. Zwar haben wir unsere Streitkräfte mit den vereinten Kräften von Politik, Medien und Zivilgesellschaft an den Rand des Kollaps gedrückt, doch unsere Waffenschmieden, die funktionieren bedrückenderweise immer noch. Sie bieten 70000 Menschen Arbeit, und wenn die Berechnung von Wirtschaftswissenschaftlern stimmt, dass ein Industriearbeitsplatz zwei weitere im Dienstleistungssektor schafft, dann lebt fast eine Viertelmillion deutscher Arbeitnehmer so oder so von der Rüstungsproduktion. Zudem landen Entwicklungen aus der Rüstung nicht selten als Innovation in der zivilen Fertigung und zementieren damit die deutsche Wettbewerbsfähigkeit, unter welcher unsere Konkurrenten so sehr leiden müssen.

Der wachsame Bürger fragt sich, wie es diese Halunken geschafft haben, sich der Zerschrumpfung der deutschen Streitkräfte hinterhältig zu entziehen. Nun endlich rückte die Wahrheit ins öffentliche Bewusstsein: Sie haben einfach weiterproduziert und entwickelt, um ihre Produkte anderen Armeen anzubieten, statt mit ihrem bisherigen Hauptabnehmer Bundeswehr dahinzuscheiden.

Was für eine Perfidie. Es geht hier ja nicht nur um Geld. Mit dem Überleben einer gut geölten Rüstungsbranche behält Deutschland auch die Möglichkeit, seine eigene Armee wieder aufzurüsten, falls sich die Bedrohungslage ändern sollte. Daher kann die deutsche Wehrlosigkeit langfristig nicht als gesichert betrachtet werden, solange unsere Waffenschmieden im Ausland Geschäfte machen dürfen.

> Wenn ich mich beim Autokauf ruiniere, ist natürlich der Hersteller schuld an meiner Pleite

Da musste also dringend mal was gemacht werden. Der „Panzerdeal“ mit den Saudis bot dazu eine wunderbare Gelegenheit. Schon das Wort: „Panzerdeal“. „Deal“ gemahnt an Drogendealer und klingt in deutschen Ohren wunderbar schmutzig.

Und „Panzer“? Wer denkt da nicht an den 17. Juni, den Ungarn-Aufstand, das Ende des Prager Frühlings! Was sagen Sie? Das waren doch alles russische Panzer, keine deutschen? Mag ja sein, aber woher soll die Grünen-Politikerin Barbara Lochbihler das wissen? (Und wozu?) Bei Anne Will schoss Frau Lochbihler dem deutschen Publikum ins Gewissen: „Panzer sind Symbole für Unterdrückung!“ Mit einem Schlag hatten wir etwas gelernt – über die Schlechtigkeit bewaffneter Kettenfahrzeuge ebenso wie über die Kategorien des Politischen bei den Grünen.

Über Nacht waren sich jene Grünen, die sonst gegen jede „Dramatisierung“ der angeblichen islamistischen Bedrohung auftreten, zudem einig, das Saudi-Arabien eine gefährliche Fundamentalisten-Diktatur sei, welche den Islamismus in alle Welt exportiere. Da mussten einige von uns nochmal schlucken: War die „islamistische Bedrohung“ nicht gestern noch ein Kampfbegriff der „islamfeindlichen Rechten“ und „christlicher Fanatiker“? Tja, so schnell kann sich alles wenden, wenn's passen muss.

Es darf ja auch nicht vergessen werden, dass insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie Griechenland in den Ruin getrieben hat. Ja, genau! Die Hellenen waren nämlich bis vor kurzem die größten ausländischen Abnehmer deutscher Waffentechnik, weshalb die Athener Demonstranten nicht müde werden, auf die deutsche Schuld an ihrer Pleite hinzuweisen. Ist doch ganz klar: Wenn ich mich mit einem Autokauf überhebe, den ich mir niemals hätte leisten können – wer ist dann schuld an meiner Pleite? Etwa ich? Frechheit. Nein, der gierige Autohersteller selbstverständlich!

Wir hätten mit der deutschen Industrie schon viel früher aufräumen müssen. Schon in den 70er Jahren wäre Gelegenheit dazu gewesen. Damals fraßen Roboter und ihre kleinen Herren und Meister, die Computer, die Arbeitsplätze weg. Weitsichtige Gewerkschafter und SPD-Linke riefen damals zum Sturm auf diese „Arbeitsplatzvernichter“. Wäre man ihnen gefolgt, dann hätten wir das Industrieproblem heute schon lange hinter uns, weil die großen Unternehmen entweder pleitegegangen oder abgewandert wären.

Und die Arbeitsplätze? Dafür gab es eine einfache Lösung, welche die Linkspartei in ihrem Programmentwurf gerade wieder neu entdeckt hat: den „öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor“, kurz ÖBS. Schon in den 70ern lag das Bestreben linker Beschäftigungspolitiker darin, möglichst viele Menschen aus der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft in den ÖBS hinüberzuretten. Heute wäre ein Großteil von uns also beim Staat oder bei staatlichen Wirtschaftsbetrieben beschäftigt, wo es nicht um kalten Profit geht, sondern allein um die sozialen Rechte der Belegschaft. Da sind der Phantasie für Sonderzulagen, Extra-Urlaube oder Früh- und Frühestpensionierungen keine Grenzen gesetzt. Wir würden Gehälter bekommen, die sich nicht an der Gewinnsituation des Unternehmens orientieren, sondern an den „realen Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“.

Na? Erkennen Sie die Melodie? Ihnen summt bestimmt auch gerade Udo Jürgens' „Griechischer Wein“ durch den Kopf, nicht wahr? Ja, jenes alte Zukunftsmodell, welches uns die Linkspartei heute wieder andient, ist exakt dasjenige, welches in Griechenland seit 40 Jahren konsequent verfolgt wurde. Allerdings ist wohl niemandem entgangen, dass das griechische Modell in Gefahr schwebt. Wie jede Form von Sozialismus benötigt auch die griechische Variante einen Dummen, der alles finanziert. Das Schlüsselwort lautet „Umverteilung“. Aus der CDU kam nun der Vorschlag, einen europäischen Finanzausgleich nach dem Vorbild des deutschen Länderfinanzausgleichs zu schaffen. Damit wäre der Erhalt des griechischen Systems bis zur Erschöpfung aller deutschen Mittel gesichert.

Der CDU-Haushaltspolitiker Georg Schirmbeck erntete für diesen Vorschlag spontanes Lob der SPD. Auch die Grünen freuen sich darüber, wie da einer in der Union „konstruktiv weiterdenkt“, während die Linkspartei Herrn Schirmbeck ein Aufnahmeformular zugeschickt hat. Stopp, nein, das mit der Linkspartei ist gelogen. Folgerichtig wär's aber, oder?

Würde man den deutschen Länderfinanzausgleich eins zu eins auf Europa übertragen, kostete dies die Deutschen nach vorläufigen Schätzungen etwa 250 Milliarden Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Der gesamte Bundeshaushalt umfasst gut 300 Milliarden. Kein Wunder, dass solidarische Europa-Politiker mit solchem Kampfgeist gegen Steuersenkungen in Deutschland anrennen. Eher eine Anhebung auf, sagen wir, 110 bis 130 Prozent des Bruttoeinkommens wäre wohl angebrachter, wenn Schirmbeck und seine Freunde erst so richtig loslegen mit der europäischen Solidarität.

MEINUNGEN

*Starökonom **Max Otte** wundert sich in „Focus money“ (online) über die **Ziellosigkeit der Bundesregierung**:*

„Ich hätte nie gedacht, dass die Bundesregierung so komplett einknickt, was die Stabilitätsfragen des Euro angeht – dass sie sich völlig über den Tisch ziehen und überfahren lässt. Sie hat im Prinzip eine deutsche Position nach der anderen aufgegeben. Von den vielen Ankündigungen von Kanzlerin Merkel ... ist nichts mehr übrig.“

***Timothy Snyder**, US-Historiker der angesehenen Yale-Universität, warnt im „Spiegel“ (11. Juni) vor einer **Verengung** des historischen Blicks **auf NS-Verbrechen**:*

„Wir werden die europäische Geschichte nie verstehen, wenn wir alle Massenmorde bis auf den Holocaust ignorieren.“

*Der FDP-Chef im Stuttgarter Landtag, **Hans-Ulrich Rülke**, zum **Koalitionsklima** in Berlin:*

„Wenn es in der Ehe immer schlechter geht und man sucht den Arzt auf, und der stellt fest, dass einem die Ehefrau täglich Gift ins Essen mischt, dann ist es durchaus naheliegend, über eine Scheidung nachzudenken.“

Geballte Ethik

Der Vogel Strauß hat
Hausverstand –
sofern nicht Zeichen trügen:
Er steckt das Köpfchen
in den Sand
und hat schon sein Vergnügen.

Denn seht, dass Strauss zu
solch Behuf
was anderes verwendet,
das ruinierte
seinen Ruf,
und seine Laufbahn endet!

Doch der Fauxpas des noblen Herrn
– das muss man hier ergänzen –
hat auch für andre nah und fern
gewisse Konsequenzen.

So kam bereits Christine dran,
die ihn im Amt beerbte:
Sie ist zwar zweifellos kein Mann
und gilt nicht als Verderbte.

Trotz allem, quasi unter
Zwang,
hat nun sie unterschrieben,
was andern puncto Sturm und
Drang
bisher erspart geblieben:

Die höchsten Standards wurden
Pflicht
für ethisches Verhalten –
Privates muss diskret und
schlicht
sie künftiglich gestalten.

Ein strenges Ethik-Seminar
muss auch sie absolvieren,
zudem wird ein Berater gar
ihr ethisch assistieren.

Und sicher geht jetzt nichts
mehr schief,
denn jährlich muss sie beichten –
vorm Direktoren-
Kollektiv
aus Ethikern, geeichten!

Was wetten, dass das Schule macht:
Die Ethik-Institute
sind hochrentabel über Nacht
dank Paukerei fürs Gute.

An Ethik-Börsen spekuliert
man nur in Ethik-Waren,
und alle werden observiert
von Ethik-Kommissaren ...

Pannonicus